Mittwoch, 21. März 1984 - D ✶

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 69 - 12.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 3,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kommunalwahlen: Die CSU in München hat auch die absolute Mehrheit im Stadtrat verloren. Nach dem vorläufigen Endergebnis büßte sie acht Prozent der Stimmen ein und kam auf 42,1 Prozent. Die SPD erhielt 42,2 Prozent gegenüber 37,6 Prozent im Jahre 1978. (S. 5)

Libanon: Ratlosigkeit und Ohnmacht prägten gestern die Versöhnungskonferenz in Lausanne. Drusenführer Dschumblatt sagte ein Scheitern voraus und kündigte an, er werde die Schweiz noch am selben Tag verlassen. (S. 7)

Afghanistan: Verteidigungsminister Abdul Kadir ist offenbar abgelöst und zur „Ausbildung" in die UdSSR geschickt worden. Als Grund vermuten westlichen Diplomaten Versagen Kadirs im Krieg gegen die Freiheitskämpfer.

Berliner Ehrenbürger: Am 3. April wird Bundespräsident Karl Carstens wie alle seine Amtsvorgänger im Schöneberger Rathaus die Ehrenbürgerwürde erhalten. Der Senat fraf diese Entscheidung bereits vor einigen Wochen, hieß es.

Saalschlacht: Im italienischen Oberhaus flogen die Fetzen. Senatoren der Sozialisten und Kommunisten gingen bei der Debatte über die Lohnpolitik mit Fäusten aufeinander los und lieferten sich eine 20minütige Schlacht. (S. 8)

Israel: Vorgezogene Neuwahlen sind so gut wie beschlossene Sache. Nach Angaben von Bildungsminister Hammer gibt es im Parlament eine Mehrheit für Neuwahlen, fraglich sei nur der Zeitpunkt. Allgemein wird mit Herbst gerechnet. (S. 12)

Warnung an Washington: Libyen hat mit dem Abschuß der beiden von den USA nach Ägypten entsandten fliegenden Frühwarnsysteme Awacs gedroht. Zweck ihrer Mission sei offenbar, Aggression gegen Libyen zu steuern.

Geld aus Irak: Der als Spion für die Sowjets enttarnte Staatssekretär im norwegischen Außenministerium, Treholt, hat gestanden, auch für Irak gearbeitet und 50 000 Dollar erhalten zu haben.

Verteidigungsministerium: Minister Wörner hat die Berufung der beiden neuen Staatssekretäre Manfred Timmermann und Günter Ermisch bekanntgegeben. Timmermann wird sich um Rüstungsangelegenheiten, Ermisch als Nachfolger von Joachim Hiehle vor allem um den MAD und das Personalwesen der Bundeswehr kümmern. (S. 5)

Heute: Frankreichs Präsident Mitterrand beginnt neuntägigen Staatsbesuch in USA. – NATO-Generalsekretär Luns wird in Bonn mit großem Zapfenstreich verabschiedet.

ZITAT DES TAGES



›› Die Gewerkschaften selbst wollen diese Forderung als Hebel gegen eine ihnen mißliebige Regierung benutzen ‹‹

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einem Schreiben an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit zur 35-Stunden-Woche FOTO: WITSCHEL/DPA

WIRTSCHAFT

Prime Rate: Führende US-Banken haben den Kreditzins für ihre besten Kunden um 0,5 auf 11,5 Prozent angehoben. Graf Lambsdorff wertete dies als „Sensation" und erwartet Zinssteigerungen in den USA. Der US-Aktienmarkt reagierte mit einem Kurseinbruch. (S. 13)

Mineralölwirtschaft: Im Zeitraum 1980 bis 1983 haben sich die Verluste der deutschen Ölindustrie in Verarbeitung und Vertrieb auf 15,4 Milliarden DM summiert und damit deutlich das in dieser Branche eingesetzte Eigenkapital von knapp 12,5 Milliarden DM übertroffen. (S. 13)

Zustimmung gering: Nur noch 31 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder halten die 35-Stunden-Woche für richtig; bei den nichtorganisierten Arbeitnehmern sind es lediglich 23 Prozent, ergab eine Emnid-Umfrage im Auftrag des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall.

Börse: Bei ausgesprochenem Ordermangel konnte sich an den Aktienmärkten eine eindeutige Tendenz nicht ausbilden. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 151,3 (151,1). Dollarmittelkurs 2,6354 (2,6365) Mark. Goldpreis pro Feinunze 393,85 (393,60) Dollar.

KULTUR

Raffael: Wahrscheinlich mehr als die Malerei hat den Künstler in den letzten Jahren seines Lebens die Architektur beschäftigt. Doch der größte Teil seiner Arbeit auf diesem Gebiet ist zerstört, entstellt oder schwer zugänglich. Zum 500. Geburtstag Raffaels in diesem Jahr zeigt Rom eine aufwendige Dokumentation. (S. 21)

Mailänder Scala: Der 42jährige Riccardo Muti ist zum neuen musikalischen Leiter der Scala berufen worden. Muti, zur Zeit Dirigent des Philadelphia Orchestra, kann wegen seiner weltweiten sonstigen Verpflichtungen nicht vor der Saison 1986/87 nach Italien gehen. Bis dahin bleibt Claudio Abbado in Mailand.

SPORT

Ski: Die Liechtensteinerin Hanni Wenzel gewann den Weltcup-Slalom in Zwiesel. Damit hat sich der Zweikampf zwischen ihr und der Schweizerin Erika Hess im Weltcup zugespitzt. (S. 11)

Fußball: Bundestrainer Jupp Derwall berief den Hamburger Jürgen Milewski ins Länderspielaufgebot gegen die UdSSR am kommenden Mittwoch in Hannover um 20.15 Uhr.

AUS ALLER WELT

Geldhahn zugedreht: Dem skandalumwitterten Krebsforscher Karl Illmensee von der Universität Genf wurde vom Schweizer Nationalfonds der Etat für seine Forschungsarbeit gesperrt. (S. 22)

Erdbeben: Schwere Erdstöße haben das Gebiet an der sowjetisch-iranischen Grenze erschüttert. Das Epizentrum lag offenbar bei der Stadt Gazli, die 1976 durch Beben verwüstet worden war.

Wetter: Meist sonnig und niederschlagsfrei. 6 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

EG-Gipfel scheitert an der Härte von Frau Thatcher

Gelten aber Beschlüsse über Agrarreform und Mehrwertsteuer?

dpa/LÜKE/W. HADLER, Brüssel

Das Gipfeltreffen der EG-Staats- und Regierungschefs von Brüssel ist in einem wesentlichen Punkt gescheitert. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher lehnte ein weitgehendes Angebot ihrer neun EWG-Partner für eine langfristige Beitragserstattung ab.

Der französische Staatspräsident Mitterrand und Gastgeber des Gipfels betonte jedoch, alle Teile des Paketes, die bisher schon einvernehmlich geregelt waren, blieben gültig. Das betrifft die Reform der Agrarpolitik mit ihren wesentlichen Punkten: Senkung der Agrarpreise um durchschnittlich ein Prozent, Abbau des Währungsausgleichs, Einführung von Beschränkungen bei den Preisgarantien für Milch.

Die Regierungschefs verständigten sich auch darauf, die Mehrwertsteueranteile, die Brüssel zufließen, zum 1. 1. 1986 auf 1,4 Prozent und zum 1. 1. 1988 auf 1,6 Prozent zu erhöhen. Die Aussagen Mitterrands wurden in deutschen Delegationskreisen allerdings mit dem Vorbehalt versehen, daß es über die unstrittigen Teile des Reformpaketes noch einer förmlichen Abstimmung bedürfe.

Um nach den zweitägigen verbissenen Verhandlungen die Gefahr eines Scheiterns der Konferenz und damit die bisher schwerste Krise der EG zu bannen, einigten sich die Partner von Frau Thatcher auf ein neues Kompromißangebot. In ihrem Auftrag bot Bundeskanzler Helmut Kohl Frau Thatcher an, Großbritannien in den nächsten fünf Jahren pro Jahr eine Milliarde ECU (2,25 Milliarden Mark) Beitragsrabatt zu gewähren. Damit kamen die Partner der Forderung ihrer britischen Kollegin nach einer Beitragsermäßigung von 1,3 Milliarden ECU, aber auch ihrem Wunsch nach einer dauerhaften Lösung des Beitragsproblems entgegen.

Nach einer dreiviertelstündigen Unterbrechung der Konferenz, in der

SEITE 3:
„Lieber verhandeln als aufgeben"

Frau Thatcher das Angebot prüfen sollte, erklärte die „Eiserne Lady": „Danke für Ihr Angebot, aber es ist nicht genug." Die britische Regierungschefin legte ein Gegenangebot auf den Tisch: „Großbritannien soll im nächsten Jahr zwar eine Milliarde ECU bekommen, aber dieser Betrag soll im darauffolgenden Jahr auf 1,1 Milliarden und im folgenden Jahr auf 1,25 Milliarden ECU erhöht werden." Danach soll ein Mechanismus im Haushalt für eine Dauerlösung des Beitragsproblems sorgen. Darüber konnte jedoch keine Einigung erzielt werden.

Obwohl die Konfrontation mit Frau Thatcher eindeutig den Gipfel beherrschte, stellte sich am Dienstag auch Irland quer. Ministerpräsident Garret FitzGerald verließ am späten Nachmittag aus Protest gegen die Weigerung den Sitzungssaal. Er protestierte gegen die Weigerung der Partner, die irische Milchproduktion aus der EG-Mengenbeschränkung auszuklammern. Sein Außenminister Peter Barry blieb zunächst im Saal, um im Fall einer Beschlußfassung ein irisches Veto einzulegen.

FitzGerald blieb aber im Brüsseler Ratsgebäude. Konferenzkreise gingen davon aus, daß die Partner bei einer Einigung über das britische Problem auch den Iren noch Zugeständnisse machen würden. Irland fordert zusätzlich zu den angebotenen eine Million Tonnen Milchproduktion in diesem Jahr eine zusätzliche Milchquote von 260 000 Tonnen.

Die Schlußdebatte des Brüsseler Gipfeltreffens konzentrierte sich neben dem britischen Problem vor allem auf die Sonderfrage der irischen Spezialregelung für Milchprodukte und auf die Erhöhung der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft.

Die EG hatte im Vorfeld des Gipfels Beschränkungen der Preisgarantien bei Milch festgelegt, von denen Dublin ausgenommen werden will. Vor allem auf Druck Margaret Thatchers versuchte die französische Präsidentschaft, die Iren dazu zu bewegen, Sonderregelungen im Rahmen der ohnehin schon beschlossenen Ausnahmequote zuzustimmen. Dazu schlug Paris vor, diese Quote von bisher 600 000 Tonnen auf eine Million Tonnen zu erhöhen. Das lehnte der irische Premier Garett Fitzgerald jedoch ab.

Erhebliche Bewegung gab es in den letzten Gipfelberatungen in der Frage der Erhöhung der Eigeneinnahmen. Nachdem der Vorschlag der EG-Kommission, die Mehrwert-

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Das Zweite Gesicht

PETER GILLIES

Vor fünfundzwanzig Jahren kurten die Sozialdemokraten in Bad Godesberg. Die Regeneration schlug an, die SPD wandelte sich von einer Klassen- zu einer Volkspartei. Sie schloß ihren Frieden mit der Marktwirtschaft, ohne freilich je zu ihrem glühenden Anhänger zu werden. Heute halten manche Genossen eine programmatische Revitalisierung für nötig, wobei sie unterschiedliche Anwendungen verschreiben möchten.

Die einen wollen das Godesberger Programm so lange fortschreiben, bis es fort ist. Andere Sozialdemokraten möchten es ergänzen und modernisieren, weil sie sonst die Basis für eine Volkspartei wegrutschen sehen. Diese Linie – nennen wir sie die „pragmatische" – erfreut sich in jüngster Zeit des Zuspruchs der SPD-Spitze. Einer programmatischen Versöhnung der unversöhnlichen Modelle von Klassenkampf und Marktwirtschaft steht indes die jüngste Erfahrung entgegen. Denn welche Partei wird wieder mehrheitsfähig, wenn sie jene Rezepte, mit denen sie scheiterte, an Gruppen empfiehlt, die es nicht mehr gibt? Sie muß in der Minderheit enden.

Die SPD weiß natürlich, daß die Soziale Marktwirtschaft das mit Abstand überlegene Modell des Wohlstandes, wichtiger noch: der Freiheit, ist. Derzeit traut dieser Partei jedoch niemand die Kompetenz zur Lösung der Wirtschaftsprobleme, vor allem der Arbeitslosigkeit, zu. Von der Nachrüstung bis zur 35-Stunden-Woche besetzt sie unbeirrt Minderheitspositionen, die außer von bekannten Claqueuren vom Rest der Bevölkerung mit Nichtachtung bedacht werden. Das muß eine Führung, die auf Rückkehr an die Macht sinnt, natürlich sorgen.

Im Bemühen, das Unvereinbare zu harmonisieren, schimmert durch ihr marktwirtschaftliches Bekenntnis das Mißtrauen. Die SPD glaubt noch immer an eine – im Zweifel staatliche – Instanz, von der alles Heil kommt. Sie faßt allen Bürgern noch einmal kräftig in die Tasche, und heraus purzeln Investitionen, Nachfrage, Vollbeschäftigung, Lebensqualität, sozialer Konsens, eine heile Umwelt und alles, was wir sonst entbehren. Kein Wort darüber, daß die Arbeit zu teuer, der Staat überfordert und verschuldet ist, manche Wohltat sich als unfinanzierbar herausstellte.

Auf die Frage nach der dauerhaften wirtschaftlichen Gesundung liefert die SPD derzeit viele deutungsfähige Antworten. Das sind einige zuviel.

Militärhilfe für El Salvador als Schutz vor Kuba

AFP, Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat Havana beschuldigt, im Auftrag der Sowjetunion die Kontrolle über Mittelamerika übernehmen zu wollen. Bei einem Empfang im Weißen Haus für führende Exilkubaner in den USA, den Reagan zum Anlaß nahm, um seine Pläne für erhöhte Militärhilfe für die Verbündeten der USA in der Region zu verteidigen, kritisierte der US-Präsident aufs schärfste die kubanischen „Umtriebe" in Mittelamerika. „Wie ein herumirrender Wolf lauert das Kuba von Castro mit hungrigen Augen und scharfen Zähnen auf seine friedliebenden Nachbarn", sagte Reagan und betonte: „Wir werden es nicht zulassen, daß die Sowjetunion mittels ihrer kommunistischen Handlanger in Kuba die Kontrolle über die Region übernimmt."

Seinen Antrag auf zusätzliche 93 Millionen Dollar militärische Soforthilfe für El Salvador in diesem Jahr rechtfertigte der Präsident mit den Worten: „Denen, die unentwegt auf die Fehler unserer Freunde hinweisen ..., möchte ich sagen, daß wir alle um die Menschenrechtslage besorgt sind." Doch man wäre naiv oder gar unaufrichtig, wenn man Sorge hierüber bekunden und gleichzeitig eine Politik befürworten würde, die zum Sturz unvollkommener Demokratien durch marxistische Diktaturen führt. Als Beispiel nannte Reagan Afghanistan, Vietnam und Kuba, wo es weder Menschenrechte noch eine Debatte über die Menschenrechte gebe.

Kuba nennt Bedingungen für Abzug aus Angola

Südafrika soll seine Truppe aus Namibia zurückholen

M. GERMANI/DW. Johannesburg

Kuba und Angola haben als Bedingung für den schrittweisen Abzug der kubanischen Truppen in Angola einen einseitigen Rückzug der südafrikanischen Soldaten aus Namibia sowie die Annahme der UNO-Sicherheitsrat-Resolution 435 über die Unabhängigkeit dieses Territoriums durch Südafrika genannt. Nach dreitägigen Verhandlungen zwischen dem kubanischen Staatschef Fidel Castro und Angolas Präsidenten Jose Eduardo Dos Santos in Havana wur-

SEITE 2:
Afrikanisches Umdenken

de darüber hinaus „die Beendigung aller Aggressionshandlungen gegen Angola" durch Südafrika, die Vereinigten Staaten und deren Verbündete sowie die Einstellung der Unterstützung Südafrikas für die angolanische Widerstandsbewegung Unita gefordert.

Südafrikas Regierung hat zu den Erklärungen aus Havana bislang offiziell nicht Stellung genommen. Die Forderungen Kubas und Angolas würden unter anderem die Entlassung politischer Häftlinge und die Vorbereitungen zu Wahlen in Namibia bedeuten. Nach Ansicht politischer Beobachter würde die Swapo einen solchen Urnengang zweifellos gewinnen.

Die Resolution von Havana bedeutet eine Kehrtwendung der kubanischen Afrikapolitik. Noch im vergangenen Jahr hatte Fidel Castro gegenüber europäischen Politikern erklärt, daß ein Abzug seiner Truppen aus Angola den totalen Zusammenbruch der Regierung in Luanda bedeuten würde. Neben etwa 30 000 kubanischen „Militärberatern" befinden sich mehrere tausend kubanische Techniker, Lehrer und Ärzte in Angola.

Für Südafrika dürfte unter den Forderungen Havanas und Luandas das faktische Fallenlassen der prowestlichen Unita die schwerste Bedingung sein. In einem Interview mit einem südafrikanischen Rundfunk sagte ein Sprecher der Unita, eine Lösung der angolanischen Frage sei ohne die Beteiligung seiner Organisation nicht möglich.

Die angolanische Regierung, die unter dem wachsenden Druck der Unita steht, hatte bereits am 16. Februar mit Südafrika eine Feuerpause in Namibia vereinbart. Damit war offenbar eine Kehrtwendung Luandas gegenüber Pretoria eingeleitet worden. Denn Angola hat dem militärischen Druck Südafrikas immer weniger entgegenzusetzen. Südafrika verpflichtete sich damals zum Abzug seiner Truppen aus Südangola, während Luanda im Gegenzug versprach, daß Swapo zusagte, künftig jede Operation von angolanischem Boden aus zu verbieten.

Die Vereinigten Staaten haben am Dienstag die an bestimmte Bedingungen geknüpfte Übereinkunft für den schrittweisen Rückzug kubanischer Truppen aus Angola vorsichtig begrüßt. Außenminister George Shultz sagte, es habe den Anschein, als ob Kuba und Angola „die richtige Sache" erörterten.

SPD-Leitantrag: Mehr Staat und weniger Markt

HEINZ HECK, Bonn

Untätigkeit in der Beschäftigungspolitik hat der ehemalige Arbeitsminister Herbert Ehrenberg der Bundesregierung vorgeworfen. Bei der Vorstellung des vom SPD-Parteivorstand am Montag beschlossenen Leitantrags zur Wirtschaftspolitik für den Parteitag im Mai erklärte er gestern, die Bundesregierung sei offenbar bereit, die Bevölkerung an die Massenarbeitslosigkeit zu gewöhnen, um den Abbau des Sozialstaats zu betreiben. Der Mißbrauch der Beschäftigungskrise zum Abbau sozialer Sicherung werde den Gesundungsprozeß der deutschen Wirtschaft nicht fördern, sondern bremsen. „Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit", erklärte Ehrenberg, Vorsitzender der Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik beim Parteivorstand.

Der Leitantrag enthält in einem 17-Punkte-Katalog eine Reihe zum Teil bekannter Maßnahmen und Vorschläge, die in der Summe – ungeachtet des Bekenntnisses zur Marktwirtschaft – auf mehr Staat und weniger Markt hinauslaufen. Vorausschauende Forschungs- und Technologiepolitik, die Vorgabe mittelfristiger Produktionsziele in einem nationalen Stahl- und Werftenkonzept, die Bildung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt", die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, die Quellenbesteuerung von Kapitaleinkünften (bei deutlich heraufgesetzten Freibeträgen), Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung sowie die Einführung der Maschinensteuer

■ Fortsetzung Seite 12

Bilanz der USA mit einem Rekorddefizit

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Explosion des Defizits in der US-Leistungsbilanz hat die schlimmsten Erwartungen übertroffen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Passivsaldo 1983 von 11,2 auf 40,8 Milliarden Dollar. Er lag damit um 25,3 Milliarden Dollar über dem bisherigen Rekordminus, das die Vereinigten Staaten 1978 registrierten. „Wenn die hohen amerikanischen Realzinsen nicht wären, fiele der Dollar wie ein Stein", erklärte ein Experte des Internationalen Währungsfonds gegenüber der WELT.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige rechnet in diesem Jahr mit einer Verdoppelung des Defizits, weil „eine leichte Erholung der amerikanischen Dienstleistungsexporte durch eine weitere Verschlechterung der Warenbilanz mehr als ausgeglichen wird". Mitglieder des Federal Reserve Board sind noch pessimistischer und schließen einen Passivsaldo von 100 Milliarden Dollar nicht aus.

Als wichtigste Ursachen für das neue Rekorddefizit nannte Baldrige die Erhöhung des Handelsdefizits von 36,4 auf 60,6 Milliarden Dollar auf Zahlungsbilanzbasis und den Rückgang des Überschusses im Dienstleistungsverkehr von 33,2 auf 28,4 Milliarden Dollar. Dabei sanken die Netto-Einnahmen aus den Direktinvestitionen im Ausland von 18 auf 15 und aus den Wertpapieranlagen von 23,4 auf 21,4 Milliarden Dollar. Während die US-Güterimporte 1983 um 13,1 auf 260,8 Milliarden Dollar stiegen, schrumpften die Exporte um 11 auf 200,2 Milliarden Dollar.

Stoph-Nichte kam in einem „Wolga"

EBERHARD NITSCHKE, Eschwege

Mit einem vollgepackten grauen russischen „Wolga"-Wagen, Kennzeichen DX-83-28, ist am Dienstag um 13.42 Uhr am Grenzübergang Herleshausen die Nichte des „DDR"-Ministerpräsidenten Willy Stoph, Frau Ingrid Berg, mit ihrer Familie in der Bundesrepublik eingetroffen. Am 24. Februar war Familie Berg in Prag in der deutschen Botschaft erschienen und hatte hier um Asyl gebeten. Ihrer Ausreise in den Westen gingen komplizierte und dramatische Verhandlungen voraus. Die WELT was als einzige Zeitung anwesend, als Hans-Dieter Berg an der Paßkontrolle in Herleshauses vorfuhr und über das Mikrofon des Beamten aufgefordert wurde: „Bitte parken Sie auf dem rechten Streifen, und steigen Sie aus." Zoll und Grenzschutz waren vom genauen Zeitpunkt der Ausreise nicht vorher unterrichtet worden.

Im dunklen graugestreiften korrekten Anzug zeigte Hans-Dieter Berg seine Papiere vor. In vier Minuten waren die wenigen Formalitäten erledigt, die Kinder des Ehepaares, Jens (7) und Simenone (3), konnten kaum einmal den Wagen zwischendurch verlassen. In dem Drang, so schnell es ging, nun wirklich in den Westen zu kommen, war dem Familienvater aber eine kleine Panne passiert: Er hatte vergessen, den bei diesem Wagentyp üblichen Kühlergrillverschluß bei der Anfahrt wieder zu öffnen. Immer schwerfälliger nahm das Fahrzeug nun auf der Autobahn in Richtung Gießen, wo man sich zum Notaufnahmelager begeben wollte, die Hänge. Am Rasthof Rinsberg mußte der Fahrer die Straße verlassen, da der Motor kochte. Mit auf dieser Anhöhe herumliegendem Schnee wurde der Wasserverlust im Kühler ausgeglichen – Zeit für eine erste kleine Unterhaltung. Was Herrn Berg, einem sympathischen und energisch wirkenden jungen Mann, mit am meisten geärgert hat. Seine 28jährige hübsche Frau ist in der ihm bekannten bisherigen Berichterstattung über den Fall Berg als „39jährige" bezeichnet worden. „Glauben Sie kein Wort von den Verleumdungen gegen mich, die in den letzten Tagen von der 'DDR'-Regierung ausgestreut wurden", bat Hans-Dieter Berg. Niemals sei er bisher straffällig geworden, niemals habe er sich, was ernsthaft in Ost-Berlin behauptet worden war, für die französische Fremdenlegion gemeldet, und: „Ich habe auch keinen Augenfehler, wie Sie wohl erkennen können."

Die Bergs haben keine Verwandten und Freunde im Westen. Hans-Dieter Berg, der in Königs-Wusterhausen bei Berlin einen Klempnerbetrieb hatte: „Ich habe viel von Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik gehört, aber ich hoffe, mit meinem Handwerk hier wieder Fuß fassen zu können." Begeistert hört er, daß man in der Bundesrepublik in aller Regel auf einen bestellten Klempner warten muß.

Eigentlich wollte das Ehepaar zur Fahrt in die Bundesrepublik den Wagentyp Volvo PM-70-10 benutzen, mit dem sie auch am 24. Februar in Prag unterwegs waren. Die Bergs gaben jedoch keine Auskunft darüber, was mit diesem Wagen, dessen Nummer auch in Bonn bei den Behörden bereits bekannt und gemeldet war, in der Zwischenzeit geschehen ist.

Über die politischen Umstände der Flucht in die Prager Botschaft wollte sich Ingrid Berg, während die Kinder ihre erste West-Schokolade kauen, nicht auslassen: „Wir haben zuviel schlimme Menschen erlebt", erläutert ihr Mann, „und müssen erst wieder Vertrauen zu irgend jemand fassen".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nochmals „Vorwärts“

Von Peter Philipps

Wieviele Zeitungen die SPD mit ihrer Medienpolitik nach dem Kriege zugrundegerichtet hat, ist schwer nachzuzählen; leichter ist es, die Summe der Hinterbliebenen zu addieren. Sie ergibt insgesamt ein Blatt, den „Vorwärts“. Der ist zwar aus dem größten Defizit heraus, aber in seiner Bedeutung auch fast auf Null gesundgeschrumpft. Parteimanager Peter Glotz, bisher auf medienpolitischem Gebiet als Theoretiker bekannt, hat gemeinsam mit Vorstandssprecher Wolfgang Clement, einem gelernten Journalisten, jetzt erste Dummys für einen neuen „Vorwärts“ entwickelt. Der Parteivorstand hat das Konzept gegen drei Gegenstimmen und eine Enthaltung abgesegnet; das letzte Wort werden im Mai die Delegierten des Bundesparteitages in Essen haben.

Das neue Blatt mit dem ehrwürdigen Namen soll samstags erscheinen und allen rund 830 000 Genossen mit der Post zugestellt werden – nachdem im Dezember in Bonn auf einem außerordentlichen Parteitag dafür eine durchschnittliche Beitragserhöhung von 2,25 Mark bewilligt worden ist. Im Beschluß des Parteivorstands dazu heißt es, daß die „Partei ihre Chance verbessern muß, eigene Positionen am Markt der Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Der neue Vorwärts soll helfen, die Politik der SPD den Bürgern der Bundesrepublik verständlich zu machen“.

Man will also, entgegen aller bisherigen SPD-Übung, professionelle Medienpolitik auch im Zeitungsbereich versuchen. Die Handschrift von Glotz ist, wie kürzlich beim neuen „Medienpapier“ für den elektronischen Sektor, unverkennbar. Mit jährlichen Kosten von 20 bis 22 Millionen Mark wird gerechnet. Zwei „Profis“ sollen nach einem positiven Parteitagsbeschluß für die Bereich des Verlegerischen und des Journalistischen anhand einer Marktanalyse die Planungen so vorantreiben, daß die Geburt zum 1. Januar 1986 erfolgen kann.

Man darf gespannt sein, ob sich die Theorie in die Praxis umsetzen läßt. Medienvielfalt kann nichts schaden, aber die bisherigen Erfahrungen mit dem demokratischen Soziojournalismus auf diesem Gebiet sind wenig ermutigend.

Kapitalisten an der Küste

Von Herbert Kremp

Wenn Parteichef Hu Yaobang seine Ankündigung wahrmacht und Unternehmen im Alleinbesitz von Ausländern einlädt, geschieht Sensationelles. In keinem kommunistischen Land gibt es bis jetzt diese Möglichkeit. Die Volksrepublik China hat sich unter dem unkonventionellen Führer Deng Xiaoping westlichen Wirtschaftsformen gegenüber zwar geöffnet; es gibt wieder Privatbetriebe, die unter den strengen Revolutionären der Vergangenheit als Erfindungen kapitalistischer Teufel galten; es gibt wieder Märkte, die Unkontigentiertes und daher in Fülle Vorhandenes anbieten; es gibt nach dem Ende der Volkskommunen wieder Leistung auf dem Lande. Das ist mehr, als man in der Welt der Ideologie erwarten kann. Die Zulassung des westlichen Unternehmenstyps bedeutet aber einen Schritt über die Grenzen des Gesellschaftssystems hinaus, auf dem die Macht der Funktionäre beruht.

Man muß in China mit großer Aufmerksamkeit und Geduld beobachten, was aus Ankündigungen wird. Das Land befindet sich auf dem langen Marsch durch die Experimente, die gelegentlich scheitern oder abgebrochen werden. Wenn in Zukunft zwei gegensätzliche Unternehmensformen nebeneinander arbeiten, dann weiß man von vornherein, welche dieser „hundert Blumen“ blühen und welche sich kaum aus der Knospe entfalten werden. Vielleicht strebt Deng Xiaoping diese ungleiche Konkurrenz mit dem Hintergedanken an, sich anhand des Resultats zu entscheiden, wie der sozialistische und der kapitalistische Weg in Zukunft verzopft werden können. Das Land ist so groß, die Experimentierzonen am Küstenrand lassen sich so gut abschotten, daß Infektionen oder gar eine konterrevolutionäre Epidemie nicht befürchtet werden müssen.

Was den westlichen Unternehmer an dem Plan reizen könnte, ist nicht nur die billigere Arbeitskraft. In die Gefahr, mit der 35-Stunden-Woche konfrontiert zu werden, gerät er nicht. Auch die Streiklage ist nicht bedrohlich. Sorgen bereitet der Ausbildungsstand, vor allem der Mangel an Facharbeitern, die allerdings dann, wenn man Teams bilden kann, Vorzügliches leisten. China ist reich an Rohstoffen, Ausbeutung und Infrastruktur lassen hingegen zu wünschen übrig. Dem Unternehmer bietet sich ein unerschlossenes, aber reiches Feld. Betreten wird er es allerdings nur dann, wenn er nicht auf administrative und politische Hindernisse stößt. Die meisten von ihnen bestehen darin, daß die nachgeordneten Funktionäre oft nicht tun, was Peking denkt. Oder das genaue Gegenteil.

Entdeckung eines Denkers

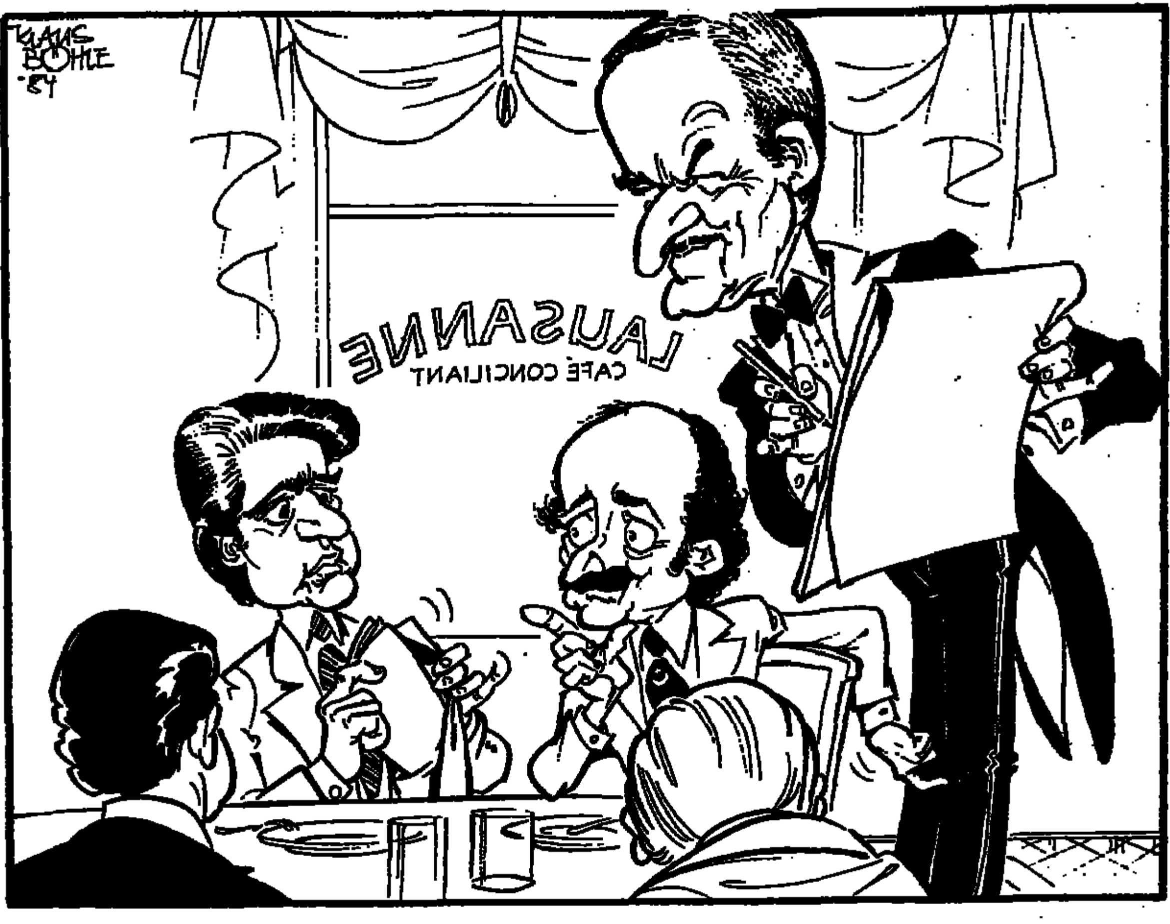
Von Peter Dittmar

Heute, im Zeitalter der nuklearen Waffen und der superpräzisen Raketen, brauchen es die Völker mehr denn je.“ Das mußte doch einmal gesagt werden. Und Konstantin Tschernenko hat es gesagt. Daß diese wichtigen Worte der Nachwelt nicht verloren gegangen sind, verdanken wir der „Einheit“, der „Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“. In der März-Ausgabe, die gerade erschienen ist, kann man sie nachlesen. Dazu war allerdings eine für „DDR“-Journalisten ungewöhnliche Leistung notwendig.

Das Heft 3 / 84 hatte nämlich am 10. Februar Redaktionsschluß. Just an jenem Tage, an dem bekanntgegeben wurde, daß Andropow gestorben sei. Dabei hatte man gerade erst einige Rede- und Artikelstückchen zusammengeklaubt, mit denen Andropow als bedeutender marxistischer Theoretiker zitiert werden konnte.

Von einem Theoretiker namens Konstantin Tschernenko hingegen gab es nichts im Blatt zu lesen. Damit geriet das „Redaktionskollegium der Einheit“ am 10. Februar in eine fatale Situation. Aber mit revolutionärem Mut wagte man den Sprung über den Schatten und flickte mit unüblicher Flinkheit in den Einleitungsaufsatz jenes bedeutende Tschernenko-Wort. Es betrifft das „Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz“, das freilich bei Lenin nirgendwo zu finden ist. Aber wer ist schon so pingelig.

Die vielen Andropow-Worte ließen sich allerdings so geschwind nicht mehr ausmerzen. Aber das ist nur eine Frage der Zeit. Wer alte Hefte der „Einheit“ in die Hand nimmt, findet da einen gewissen Stalin, einen Chruschtschow oder einen Bresschnew als denkstarken Marxisten-Leninisten zitiert. Und er entdeckt, daß die Würde eines bedeutenden Theoretikers von einem Tag auf den anderen schwand. In kommunistischen Staaten endet die Unsterblichkeit oft mit dem Tod.



Wer zahlt die Zeche? ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Afrikanisches Umdenken

Von Günter Poser

Das Zusammenrücken der Staaten des südlichen Afrika und die Aufnahme von Verhandlungen über bisher geschlossene Grenzen, unversöhnlich scheinende Ideologien und kolonialistische Ressentiments hinweg öffnen konkrete Aussichten zur Bildung einer Region gemeinsamer Entwicklung, Sicherheit und Stabilität. Diese neue Lage wurde herbeigeführt durch eine stetige Geheim-Diplomatie der USA, durch ihr Zusammenwirken mit der auf evolutionären Wandel ausgerichteten Botha-Regierung und schließlich auch durch „die normative Kraft des Faktischen“ in der Politik, nämlich durch das Versagen der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der sogenannten Frontstaaten, die sich teilweise auch starker Widerstandsbewegungen zu erwehren haben.

Den letzten Anstoß zur Änderung des politischen Klimas gab die nun schon seit zwei Jahren anhaltende Dürre, die für die Mehrzahl der schwarzen Staaten katastrophales Ausmaß angenommen hat. Dort geht es für die Mehrzahl der Völker und Menschen um die tägliche Bewältigung elementarer Bedürfnisse. Hochhäuser und Autobahnen in den Hauptstädten täuschen über die bittere Tatsache hinweg, daß für die Masse der Menschen eher eine Rückentwicklung stattfindet, selbst in Ländern wie Nigeria, Kenia und Zimbabwe, die durch Klima und Naturschätze begünstigt sind.

Für eine Veränderung der Situation ist der Abschluß des Nkomati-Abkommens über „Nicht-Angriff und gute Nachbarschaft“ vom 16. März 1984 zwischen Moçambique und Südafrika der erste Schritt. Es würde sich, wenn andere folgen, jedoch um mehr als nur um die friedliche Grenzsicherung und um die öffentliche Bestätigung der regionalen Interdependenz und der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nachbarn vom Wirtschaftsriesen Südafrika handeln. Es wäre ein gemeinsames Einschwenken auf evolutionäre Entwicklung.

Das wird für alle Völker der Region ein schwerer Weg werden, von welchem sich – nach jüngsten Bundestagsdebatten zu urteilen – unsere missionarische Schulweisheit keine realistischen Vorstellungen macht. Leider erschweren gerade die gegenwärtigen Verhältnisse des flauen Weltmarktes und der regionalen Dürre den Start außerordentlich, ganz zu schweigen von weiter wirkenden ethnischen und geistigen Gegensätzen.

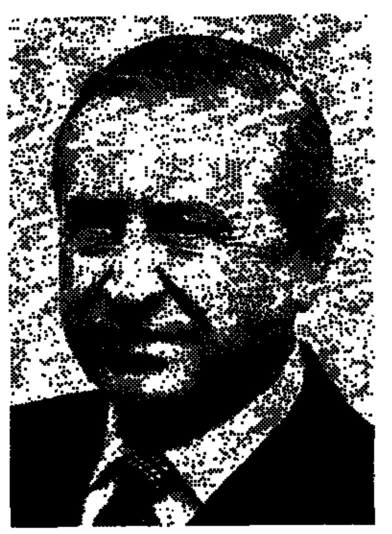
Es geht nämlich in manchen schwarzafrikanischen Staaten bereits ums nackte Überleben. So käme in Moçambique sofort einsetzende Hungerhilfe, falls sie wegen des Zusammenbruchs von Transport und Verkehr überhaupt in die Notstandsgebiete gebracht werden kann, für viele schon zu spät. Andere Nachbarstaaten sehen einem ähnlichen Schicksal entgegen. Nur Südafrika kann in der Region sofort und nachhaltig helfen und tut es auch, ebenso wie der straff geführte Kleinstaat Malawi, der bereits Mais an Zimbabwe und Sambia liefert.

Aber auch Südafrikas Farmer leiden schwer unter Dürre und von Wirbelstürmen verursachten Überschwemmungsschäden. Der diesjährige Maisertrag wird nicht einmal die Hälfte des Eigenbedarfs decken. Bis zu vier Millionen Tonnen müssen eingeführt werden, wodurch sich auch ein schwieriges Umschlagproblem für das nur auf Export eingestellte Agrarland ergibt. Zusätzlich sind dann noch die meisten Einfuhren der Nachbarstaaten über südafrikanische Häfen und Eisenbahnen zu befördern.

Trotz zunehmender Verschuldung seiner Farmer mit Rückschlägen für die gesamte Wirtschaft des Landes wird Südafrika diese Krise überstehen; denn besonders in den letzten Jahren ist seine wirtschaftliche und soziale Basis verbreitert worden. Weder gesellschaftliche Spannungen, mit denen die Menschen zu leben gelernt haben, noch Terrorakte, Streiks, Arbeitslosigkeit, Teuerung und Grenzkrieg haben verhindert, daß das Land an Stabilität gewann. In der Regierung und den das öffentliche und wirtschaftliche Leben sowie die Entwicklung gestaltenden Kreisen herrscht eine gelassene Selbstsicherheit vor; europäische Besserwisserei wird negiert. Die Ausrichtung auf ein Zusammenwirken mit den USA wird immer deutlicher. Sie haben sich inzwischen zum größten Handelspartner und Maislieferanten herausgebildet.

Die jüngste Entwicklung im südlichen Afrika sollte auch für unsere bisherige Afrika-Politik des einerseits ständig erhobenen Fingers gegenüber Südafrika und andererseits der praktischen Ermutigung schwarzafrikanischer Regierungen in ihrer Konfrontationshaltung gegenüber dem großen Nachbarn Anlaß zum Überdenken und zur Ausrichtung auf die afrikanische Wirklichkeit geben. Der Subkontinent kann in seiner Gesamtheit nur durch ein wirtschaftlich florierendes Südafrika überleben und weiterentwickelt werden. Südafrika selber hat nun den afrikanischen Weg des Konsensus durch „Palaver“ eingeschlagen. Wir verstehen davon wenig und sollten uns möglichst wenig einmischen. Anstelle des fruchtlosen „kritischen Dialogs“ sollten wir wie die USA ein „konstruktives Engagement“ ansteuern. Dabei sollte der Außenminister selbst, wie er kürzlich die Opposition ermahnte, „die für einen evolutionären Prozeß notwendige Geduld und Zurückhaltung aufbringen“.

GAST-KOMMENTAR



Konteradmiral a. D. Günter Poser leitete seit 1964 das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr und 1969–73 den Abwehrstab der NATO FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Walter Ostendorff

Karren aus dem Dreck

Von Winfried Wessendorf



Neuer Chef für Bremens FDP: Ostendorff FOTO: ROSEMARIE ROSPEK

Zunächst“, sagt Walter Ostendorff, „muß die FDP sich auf sich selber besinnen – was sie kann, was sie zu bieten hat –, bevor sie die Unfähigkeit der SPD an der Regierung kritisieren kann.“

Walter Ostendorff ist derjenige, der seiner Partei zunächst etwas vorbesinnen muß. In einer Kampfabstimmung ist der 65jährige gebürtige Ostpreuße – „mir ist aber Schopenhauer lieber als Kant!“ – zum Landesvorsitzenden der FDP Bremen gewählt worden. Die Partei fiel im Herbst mit 4,6 Prozent der Stimmen durch den Fünf-Prozent-Rost des kleinsten Bundeslandes, damals noch mit Horst-Jürgen Lahmann an der Spitze, einem Parteichef, der sich immerhin medial zwischen zwei solchen Blökken wie der Koschnick-SPD und der Neumann-CDU zu behaupten wußte. Ostendorff, ein bedächtiger Mann, wird einige Mühe haben, seine Partei in Szene zu setzen. Vertrauen gewinnen, eine verständliche Sprache führen, das Parteiprogramm klar machen – solche Vorstellungen des neuen Vorsitzenden reißen nicht viele Zuhörer vom Sitz, und seine gut gemeinte Selbstbescheidung: „Mit einer gediegenen Mittelmäßigkeit möchte ich den Karren aus dem Dreck ziehen“, wird es ihm kaum leichter machen.

Dabei kann der ehemalige Berufsoffizier, der nach dem Krieg in Bremen eine kaufmännische Lehre begann und abschloß, auf einen respektablen beruflichen Neubeginn damals verweisen: von 1951 bis 1956 bildete er als Leiter der Lehrwerkstätten für körperbehinderte Jugendliche in „Friedehorst“ Gesellen aus. Er führte 150 behinderte Jugendliche als Schneider, Tischler, Korbmacher etc. zur Gesellenprüfung. Ostendorff: „Es war die schönste Zeit meines Lebens.“ Weil er eine Familie gegründet hatte (die drei Kinder sind inzwischen erwachsen) und die Bezahlung in Friedehorst einfach nicht für den Unterhalt ausreichte, wechselte er zu einer Tubenfabrik, die zum Kaffee-Hag-Konzern gehörte. Dort wurde er innerhalb von zwei Monaten Geschäftsführer. Diesen Posten behielt er 23 Jahre lang, bis Kaffee Hag 1981 verkauft wurde. Seitdem lebt er im Ruhestand.

Aber nur geschäftlich; die Freude an der Politik hat er sich bewahrt. Er hat fünfundzwanzig Jahre lang die Parteikasse geführt und konnte zuletzt stolz mitteilen, daß die Landespartei keine Schulden habe. Der Hobby-Schwimmer fand sich einmal nahe einem interessanten politischen Berufsziel: 1971 sollte er Nachfolger von Finanzsenator Speckmann werden. Im Urlaub erreichte ihn dann die Nachricht, daß die sozialliberale Koalition wegen der neugegründeten Universität und ihrer Besetzung mit linken Professoren geplatzt war. Daraufhin hieß es in Bremen: Ostendorff hat seine Zukunft hinter sich. Jetzt, wo die Zukunft der Landespartei in Frage steht, hat man ihn geholt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Westfälische Nachrichten

Zur Einführung der Computertechnik in Schulen schreibt das Münsteraner Blatt:

Sicher sind noch nicht alle Hemmschwellen gegen diese neue Entwicklung im Bildungswesen abgebaut. Unschwer lassen sich Äußerungen voraussehen, daß die Beschäftigung mit der „seelenlosen“ Technik zu einer Verkümmerung von Herz und Gemüt führen werde. Bildung wird in Deutschland seit Humboldts Zeiten vor allem geisteswissenschaftlich und weniger naturwissenschaftlich verstanden. In Wirklichkeit braucht das eine das andere nicht ausschließen.

WESTFALEN-BLATT

Zum Vorschlag einer Kontrolle der Kassenärzte meint die Bielefelder Zeitung:

Wenn Norbert Blüm jetzt fordert, Kassenpatienten sollten die Abrechnungen ihrer Ärzte kontrollieren, so ist dies nur zu begrüßen. Es wäre sicher völlig unangebracht, Ärzten in finanziellen Angelegenheiten mit besonders großem Mißtrauen zu begegnen. Doch schwarze Schafe gibt es überall. Fehlerhafte Abrechnungen von Kassenärzten haben gerade in der jüngsten Vergangenheit vielfach für negative Schlagzeilen gesorgt. Es muß verhindert werden, daß aufgrund derartiger Vorgänge Mißtrauen ... entsteht.

LE FIGARO

Mit der libanesischen Versöhnungskonferenz in Lausanne befaßt sich die französische Zeitung:

Vorerst ist anzunehmen, daß der syrische Vizepräsident sich irgendwann dazu entschließen wird, kurzen Prozeß zu machen und seine Lösung aufzuzwingen. Sie wird die „pax syriana“ besiegeln und alle Beteiligten werden sich beugen müssen: Ein solcher Ausweg wird auf Zeit gesehen zweifellos nichts lösen, doch scheint, daß beim derzeitigen Stand der Dinge keine Hoffnung auf eine wirkliche ... Aussöhnung zwischen den Gemeinschaften mehr besteht.

THE TIMES

Zu den Spannungen zwischen Sudan und Libyen bemerkt die Londoner Zeitung:

Den Obersten Khadhafi gibt es, und die übrige Welt hat die Pflicht, ihn ernst zu nehmen ... Aber wenn es ihn nicht gäbe, würde sich Präsident Numeiri versucht fühlen, ihn zu erfinden. Da sich die politische Lage in Sudan in den letzten Jahren immer mehr verschlimmert hat, ist es bequem, im Ausland einen Sündenbock zu haben, den man verantwortlich machen kann, und einen ausländischen Buhmann, mit dem man den Westen (hauptsächlich die Vereinigten Staaten) erschrecken kann, damit er mehr militärische und wirtschaftliche Hilfe leistet.

LE MATIN

Unter dem Titel „Das Gipfeltreffen der Buchhalter“ heißt es zum Brüsseler EG-Gipfel in dem Pariser Blatt:

Mitterrand hat nicht versäumt, ein seiner Ansicht nach wesentliches Prinzip der erneuerten Gemeinschaft hervorzuheben: Die Ausgaben werden entsprechend den verfügbaren Einnahmen festgelegt. Das Europa des Gemeinsamen Marktes hat wirklich 25 Jahre gebraucht, um zu dieser Disziplin zu finden ... Genau das erklärt das Zögern der an solche Vergünstigungen gewöhnten Hauptstädte und mehr oder weniger offenen Forderungen nach Ausgleichszahlungen für dies, Ausnahmen für das.

Da könnte so eine friedliche Dhau dahergetuckert kommen

Vom Unfug der Waffenlieferungen im nahöstlichen Terrorkrieg / Von Peter M. Ranke

Ein Tanker steuert abends auf die Straße von Hormuz zu. Eine persische oder arabische Dhau kommt ihm mit friedlich tuckerndem Hilfsmotor entgegen. Auf zehn Meter Entfernung zünden zwei Selbstmord-Attentäter auf dem Segelschiff fünfhundert Kilo Sprengstoff. Sie fliegen mit der Dhau in die Luft, der Tanker brennt und sinkt. Die Straße von Hormuz ist „gesperrt“, weil die Versicherungen zu hoch sind und keine Reederei ihre Besatzungen und Tanker opfern will.

Was unternehmen dann die amerikanischen und britischen Kriegsschiffe im Golf und in der Arabischen See? Beschießen sie den iranischen Hafen Bandar Abbas, bombardieren ihre Trägerflugzeuge Häfen und Flugplätze? Geben Kriegsschiffe den Tankern Geleitschutz? Das Mullah-Regime in Teheran leugnet, in den Zwischenfall verstrickt zu sein. Sollten die USA dennoch ihre Flotte gegen Iran einsetzen, droht Radio Teheran, würden überall in der Welt US-Diplomaten oder amerikanische Zivilisten, selbst Touristen, als Geiseln entführt oder „hingerichtet“.

Dieses keineswegs unrealistische Szenario wurde jüngst in einer amerikanischen Zeitung durchgespielt – ein Beispiel, wie die konventionelle Streitmacht des Westens von orientalischen Terrordenkern ausgetrickst und politisch lahmgelegt werden kann, weil sie nur in konventionellen Kriegskategorien denkt und nur dafür gerüstet ist. Nach dem Abzug der US-Marines von Beirut kann der Golfkrieg durchaus die nächste Probe für dieses Exempel sein.

Daß der Terrorkrieg in und um Beirut nicht beendet ist, beweist die neue Entführung eines US-Diplomaten am Freitag. William Buckley uwrde in ein Auto gestoßen und verschwand. Der Weltmacht Amerika bleibt nichts übrig, als bei Drusen, Schiiten und Linksmilizen herumzufragen. Denn der terroristische Gegner stellt sich nicht. Wie beim Selbstmord-Attentat auf die Marines und Paras in West-Beirut am 23. Oktober 1983 sind Gegenschläge kaum möglich, ohne Unbeteiligte zu treffen. Nicht nur schiitische Iraner, auch sunnitische Araber beherrschen den Terrorkrieg, wie die PLO hinlänglich gezeigt hat. Das Potential ihrer gläubigen Mitkämpfer ist keineswegs ausgeschöpft und Regierungen und Geheimdienste wie die in Damaskus oder Teheran unterstützen sie. Aber sie bleiben im Hintergrund.

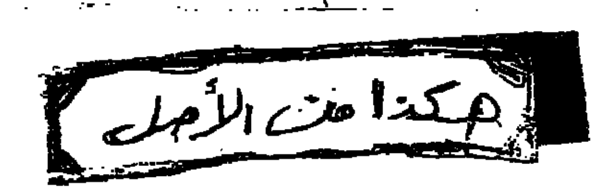
Unbegreiflich ist es daher, wenn westliche Regierungen die Arsenale in Nahost noch verstärken. Nur einen Tag, bevor König Hussein von Jordanien Washingtons Friedensbemühungen eine glatte Absage erteilte, hatte Reagan noch vor einem großen jüdischen Auditorium für neue Waffenlieferungen an Jordanien und Saudi-Arabien geworben.

Es geht dabei um die Stinger-Flugabwehrrakete, die von der Schulter eines Infanteristen oder von einer einfachen Startrampe wie eine Katjuscha abgefeuert wird. Sie kann eine ideale Waffe für Terroristen sein, nicht allein gegen Kampfflugzeuge und Passagiermaschinen, sondern gegen jedes Ziel, das Hitze abgibt. Von der Einstellung des Gefechtskopfes hängt es ab, ob eventuell auch Panzer oder Lastwagen getroffen werden können.

Jordanien soll 1613 Stinger für 133 Millionen Dollar erhalten, Saudi-Arabien 1200 für 140 Millionen Dollar. Der Stückpreis für die Saudis ist teurer, weil sie mehr Startrampen wollen. Niemand kann angesichts des verbesserten Verhältnisses zwischen König Hussein und PLO-Chef Arafat und bei der bisher schon üblichen Weitergabe saudischer Waffen an die PLO verhindern, daß die Stinger-Raketen an Terroristen gelangen, so, wie auch die sowjetische RPG (Rocket Propelled Grenade). Fast sicher ist es, daß dieses Flugabwehrsystem an Irak weitergeleitet wird, das im Golfkrieg hart bedrängt wird.

Washington meint, die Stinger könne den Jordaniern und Saudis gegen Syrien und Iran helfen, obwohl die Bedrohung dieser arabischen Monarchien eher von innen kommt. Diese Lage könnte sich aber ändern, wenn den Iranern der Durchbruch nach Bagdad und der Sturz Saddam Husseins gelingt. Doch auch dann würden Damaskus und Teheran wie in Libanon nur indirekt und auch nicht offen als Kriegsmächte eingreifen. Terror bleibt ihre bevorzugte Kampfform gegen mißliebige arabische Regimes.

Gerade der Krieg Iran–Irak lehrt westliche Politiker und Militär, daß Araber und Perser moderne westliche Waffensysteme taktisch nicht zu handhaben wissen. Sie wenden lieber Terrormethoden an: Irak durch den Beschuß ziviler Wohngebiete mit Fernraketen oder durch Einsatz von Giftgas, Iran durch die menschlichen „Dampfwalzen“ mit Kindern und Greisen. Auch die Saudis würden im Feld mit deutschen Waffen nicht besser kämpfen als die Iraker, die nichts von moderner Kriegführung und ihrer Taktik verstehen, nichts von Panzer-Durchbrüchen oder „verbundenem Gefecht“ mit dem koordinierten Einsatz der Luftwaffe.



Zwischen den Königen der Klassik krachte es dezent

Es war ein großes Projekt, das Herbert von Karajan (75) und der Pianist Ivo Pogorelich (25) verwirklichen wollten. Doch wenn Giganten aufeinandertreffen, kommt manches anders, als man denkt...

Von KLAUS GEITEL

Nicht, daß Weihnachten deswegen nun gleich ausfiele. Aber auf ihr attraktivstes musikalisches Weihnachtsgeschenk wird die Musikwelt wohl dennoch verzichten müssen. Das Zwei-Königs-Treffen der Klassik, anberaumt im Goldenen Musikvereinssaal zu Wien vor den Kameras der monegassischen Telemondial und den Mikrophonen der Deutschen Grammophon ging unversehens aus wie das Hornberger Schießen. Dabei fuhr überdies scheinbar dem Pianisten ein Schuß in den Arm. Wer ihn abgefeuert hatte, blieb fraglich.

Wien zur Vorfrühlingszeit ist kühl und sonnig. Unter blauem Himmel weben spinnwebfein hoch droben die jüngsten Skandale und erfreuen jedermanns Herz. So soll es offenbar sein zum großen Wiener Behagen. Krach in der Oper um Lorin Maazel, der jeden Tag neue verbale Überraschungen sät; Krach im Musikverein zwischen Karajan und Ivo Pogorelich, dem jungen jugoslawischen Star-Pianisten, dessen Mundwerk nicht minder gut läuft wie die griffsicheren Finger.

Der alte und der junge König des klassischen Musikmarkts wollten gemeinsam das musikalische Wunderding zimmern, das noch immer wie kaum ein zweites Kasse gemacht hat: Tschaikowskys eingängiges, vollgriffiges Klavierkonzert, dies Lieblingsstück des Publikums wie der Pianisten, zu dessen Interpretation sich in jüngster Zeit keiner so hochgeflügelt hat am Steinway wie Pogorelich. Seine erste umfassende Deutschland-Tournee hatte durchweg vor ausverkauften Sälen gespielt, höchste Zustimmung wie lebhafte Kontroversen gefunden. Er zeigte sich überall als der genialische „Pianist im Gespräch", aber mitunter sprach er dabei wohl ein wenig zuviel. Mit seinen originellen Ansichten über Gott, die Welt und Musik verstand er es immer, Schlagzeilen zu machen. Die aber waren Gott, der Welt und der Musik lange Zeit ziemlich egal. Widerspruch jedenfalls kam nie auf. Das war in Wien jedoch nun erstmals ein bißchen anders.

Zum „Außerordentlichen Gesellschaftskonzert" der Wiener Philharmoniker unter Herbert von Karajan, im Programmheft feierlich und standesgemäß als „Ehrenmitglied und Konzertdirektor der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien" ausgewiesen, erschien am Sonntagvormittag um elf pünktlich das Publikum im feinsten Wichs: im dunklen Anzug mit weißem Hemd und dezenter Krawatte selbst noch die Jünglinge unter den Herren. Die Turnschuhgeneration in Jeans und Pullover ist jedenfalls in Wien noch nicht eingerückt in den Musikvereinssaal.



Star-Pianist mit originellen Ansichten: Ivo Pogorelich FOTO: W. NEUMEISTER

Rund um das Haus war seit Tagen die Wagenburg des Fernsehens aufgefahren. Aber ein anderes Ereignis als das, was die Kameras filmen wollten, fand statt. Einspringend für seinen überraschend „erkrankten" jungen Solisten dirigierte Karajan, was wohl noch nie ein Kapellmeister auf sich genommen hat, er selbst eingeschlossen: die „Pathétique" und die 5. Sinfonie Tschaikowskys hintereinander – zwei der üppigsten Werke der sinfonischen Kolossalliteratur.

Von Alter, von Krankheit, von Überforderung keine Spur. Das Publikum feierte seinen Maestro mit den Philharmonikern um die Wette. Die blieben, trotz mehrfacher Aufforderung Karajans, den Beifall mit ihm zu teilen, ganz einfach auf ihren Stühlen: ein Sitzstreik der Hochachtung, selten geworden in unseren Tagen.

Buchstäblich sitzengeblieben aber, wenn auch in anderem Sinne, schien Ivo Pogorelich. Freundschaftlich und verständnisvoll zwar blinzelte ihm Karajan nach der Pause vom Podium ostentativ zu. Zwar umarmte und küßte er den Götterliebling am Schluß des nicht gespielten Konzerts versöhnlich hinter der Bühne, als habe der es doch insgeheim in die Tasten geschlagen. Deutlicher aber als an diesem Morgen hat je kaum ein Musiker einem anderen gezeigt, daß Jungsein allein abendfüllend nicht ist.

Der erste Anlauf auf das geplatzte Konzert hatte vor einem Jahr zu Ostern in Salzburg begonnen. Da hatte Karajan wie der Zauberer das Kaninchen aus dem Zylinder, da hatte er Ivo Pogorelich aus den Festspielhaus-Kulissen gezogen und ihm ein Entree durch die musikalische Ehrenpforte ermöglicht. Noch heute staunt er bewundernd die manuellen Fähigkeiten des Jungen an. Sein Urteil: Hände wie der müßte man haben. Zu diesen Händen freilich hat ihm die Natur auch den künstlerischen Dickkopf verpaßt. Lange vor dem Zusammentreffen in Wien hatte er nachdrücklich erklärt, er würde wohl mit dem bewunderten Karajan spielen, sich von ihm aber nicht dirigieren lassen. Daß sich wiederum Karajan von Pogorelich nicht dirigieren lassen würde, war erstaunlicherweise wohl weder dem Pianisten noch seiner Entourage aufgegangen.

Erst am Abend nach der Scheidung von Karajan ging Pogorelich anscheinend ein Licht auf. Die „Dirigenten für mich werden ein bißchen knapp", merkte er nachdenklich an. Daß Pianisten für Karajan Mangelware sein könnten, ist einstweilen nicht abzusehen.

Karajan, der Mann der Praxis und nicht der langen musiktheoretischen Diskussion, hatte Pogorelich zur Probe gleich vor das Orchester ans Klavier gebeten und das Tschaikowsky-Konzert zu dirigieren begonnen. Der Auffassung des Dirigenten hielt ebenso ungebeugt Pogorelich die des Pianisten entgegen. Aus dem Aufnahmestudio ließ sich erschreckt ungläubiges Murmeln vernehmen. Nach wenigen Takten schon wurde es klar, daß keiner der beiden Musiker dem anderen sich zu beugen gedachte. Kompromißlos spielten sie das ganze Konzert bis zum letzten Ton durch – und in den Wind.

Karajan konstatierte Pogorelichs „Überbeanspruchung der rechten Hand" (von der später im Programm auch zu lesen stand) als Folge der vorangegangenen Mammut-Tournee des jungen Mannes. Der Masseur Niki Laudas, der vielleicht hätte helfen, wenn auch sicherlich nicht den Tschaikowsky hätte einrenken können, erwies sich zu allem Überfluß außer Landes. So blieb nichts als Absage und Resignation. Die Frage stellt sich freilich, ob für Karajan Pogorelichs Hand je wieder heilen wird. Es gibt schließlich nicht nur in des Amfortas Seite die Wunde, die niemals sich schließen will.

Doch Wien wäre *nicht* Wien, *ginge* man nicht über alle Kräche und Skandale ungerührt über zur Tagesordnung. Auf der Hutablage des Mercedes 500 SEL mit der Nummer des Kantons Graubünden, den Karajan fährt, liegt schon der Klavierauszug des „Lohengrin". Ihn studiert der Maestro während der Heimfahrt von den Aufnahmen zur Vorbereitung auf das Salzburger Ostern.

Mit 75 hat Karajans Arbeitsjahr keine Zeit mehr für Querelen, die offenkundig für ihn einzig noch die der anderen sind.

„Lieber dreimal verhandeln als Europa aufgeben"

In Brüssel ging es gestern um die Zukunft Europas. Das Motto lautete: Eine gegen alle. Margaret Thatcher rang um Britanniens Geld und verärgerte sämtliche Partner. Doch weder François Mitterrand noch Helmut Kohl wollten aufgeben.

Von BERNT CONRAD

Gestern morgen um 1.30 Uhr hatte Europa den Rubikon erreicht. „Verständigung oder Fiasko", lautete die Schicksalsfrage nach mehr als zehn Stunden zermürbender Debatten, zunächst in der ersten Arbeitssitzung des Brüsseler Europa-Gipfels und dann beim Abendessen im Val Duchesse, das den Teilnehmern trotz delikater Speisen schwer im Magen lag. Eine gegen alle, Margaret Thatcher gegen den Rest der Gemeinschaft – in dieser Frontstellung verharrte die EG unmittelbar vor dem Abgrund.

Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem Außenminister Hans Dietrich Genscher sah man weder Streß noch Dramatik an, als sie um 1.42 Uhr fast fröhlich in ihrem Quartier, dem Hotel „Amigo", erschienen. „Sie sind ja gar nicht müde", meinte ein Journalist verblüfft. „Müde – was ist das?", fragte Genscher blinzelnd zurück. „Jede Sitzung stimuliert auf ihre Weise", fügte er hinzu. Kohls Kommentar: „Das kann man nur mit Humor machen."

Es war Galgenhumor. Denn die Deutschen ließen keinen Zweifel daran, daß der Streit um Haushaltsausgleich und Agrarkosten höchst unerfreulich, ja deprimierend verlaufen war. Daran hatte auch die souveräne Verhandlungsleitung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand nichts ändern können.

Anders als am gescheiterten Athener EG-Gipfel waren die Teilnehmer in Brüssel am Montagnachmittag sofort in medias res gegangen, das heißt, sie hatten ohne Verzug jene Zentralfragen angepackt, die Europa schon unter der Akropolis zu zersprengen drohten. Daß man sich darauf konzentrieren konnte und nicht an einem komplizierten Problemgestrüpp herumzerren mußte, war nach Bonner Darstellung der umsichtigen Vorbereitung durch die französische EG-Präsidentschaft zu verdanken. „Hier in Brüssel konnten wir rasch die noch verbleibenden Probleme (Agrarpaket, EG-Einnahmen, Ausgleichszahlungen) identifizieren. In Athen waren wir ständig wie Feuerwerkskörper von Tisch zu Tisch gesprungen", meinte ein deutscher Teilnehmer.

Doch die Konzentrierung auf das Wesentliche hielt die „eiserne Lady" aus England keineswegs davon ab, immer wieder mit metallischer Stimme „nein" zu sagen. Das galt sogar für das von den Landwirtschaftsministern am letzten Samstag geschnürte Agrarpaket. Genscher schlug den Gipfel-Kollegen vor, dieses Paket jetzt unverändert anzunehmen. Mitterrand stimmte ihm zu: „Ja, das sollten wir tun." Margaret Thatcher aber blockte ab: „Nein, das geht nicht." Dahinter stand offensichtlich ihr Wunsch, Milch, Oliven, Tomaten und andere im Überfluß vorhandene Lebensmittel als „Manövriermasse" beim Tauziehen um Englands Finanzansprüche im Spiel zu lassen.

Helmut Kohl wandte sich strikt gegen alle Modifikationen des Agrarkompromisses. Das irische Problem allerdings sollte nach seiner Ansicht gelöst werden. Dabei geht es um Dublins Wunsch, mehr Milch als EG-weit erwünscht, produzieren zu dürfen. Garret Fitzgerald, Irlands Premierminister, kämpfte wie ein Löwe für seine Farmer, deren Schicksal für das Wohlergehen der „grünen Insel" von entscheidender Bedeutung sei.

Das aber wollte die britische Regierungschefin nicht einsehen. Nach ihren Worten sollte es keine Sonderregelung für irgend jemanden geben. Und wenn schon, dann müßten auch die (zu Britannien gehörenden) nordirischen Bauern berücksichtigt werden.

Hier nun brach die traditionelle englisch-irische Feindschaft zwar unblutig, aber milchgetränkt in aller Schroffheit aus. „Wir sind in der Debatte nicht gerade bis zur Schlacht von Hastings zurückgegangen, doch wir haben einen ziemlich tiefen Griff in die Geschichte getan. Es gab ja nicht nur Engländer, die in Irland landeten, sondern auch normannische und dänische Herzöge, die nach England kamen", protokollierte ein Bonner Teilnehmer. Nach Einschätzung Kohls wäre die derart heftig gerührte Milch allerdings am wenigsten Anlaß zu einem „Beinbruch". Schwerer wogen die Finanzen – die EG-Einnahmen und die Rückzahlungsforderungen der Briten. Darüber nun ließ Maggie Thatcher vom mittäglichen Lunch bis nach Mitternacht überhaupt nicht mit sich reden. Sie stellte exakt jene Forderungen an den EG-Topf, die ihr in Athen von den Partnern abgelehnt worden waren. Zu den langfristigen Lösungsvorschlägen der Franzosen meinte sie kühl, deren Logik könne sie nicht überzeugen. „Ich denke strikt praktisch. Nur das Ergebnis des Systems zählt", stellte die Premierministerin apodiktisch fest.

Eine – nach Augenzeugenberichten – „wilde Debatte" entbrannte. „Außerordentlich krasse Gegensätze" erhitzten die Gemüter. Präsident Mitterrand bemühte sich mit großer Geduld um Frau Thatcher. Aber schließlich platzte auch ihm der Kragen: „Ich dachte, Sie seien hierher gekommen, um einen Versuch der Verständigung zu unternehmen", rief er der Britin enttäuscht zu. Ministerpräsident Poul Schlüter aus Dänemark nannte Frau Thatchers Verhandlungsmethode „enttäuschend und sehr wenig europäisch". Ein Ire schimpfte: „Völlig unflexibel." Demgegenüber beteuerte ein britischer Sprecher: „Wir verhandeln, um uns zu einigen."

Bis zum gestrigen frühen Morgen spürten die anderen Partner wenig davon. Daß Margaret Thatcher zu jenen gehörte, die für eine vorgezogene Erhöhung der Mehrwertsteuerabgabe an die Gemeinschaft plädierten, erschien angesichts ihrer eigenen Geldwünsche durchaus logisch. Damit aber war Helmut Kohl nicht einverstanden. Er bestand darauf: „Im Stuttgarter Paket ist eine Erhöhung der EG-Einnahmen erst zum 1.1.1986 im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft Spaniens und Portugals vorgesehen."

Als das alles nichts nutzte und die Gipfelteilnehmer gestern früh übernächtigt ihren Hotelbetten zustrebten, sprach der Bundeskanzler von einer „außerordentlich kritischen Lage". Doch der Pfälzer ließ sich nicht zu Attacken gegen seine britische Amtskollegin hinreißen, denn das hätte nach seiner Ansicht nur noch mehr Porzellan zerschlagen. Kohl sah seine Aufgabe darin, nach allen Seiten gesprächsbereit zu bleiben. Dabei bewies er eine Detailkenntnis und Versiertheit, die man früher gelegentlich bei ihm vermißt hatte. Auch kritische Beobachter mußten zugeben: Helmut Kohl war in Brüssel tatsächlich in Europa-Form.

Deshalb war er nach Angaben aus der Bonner Delegation zu kritischer Nachtstunde auf bohrendes Befragen keinesfalls bereit, für den Fall eines Scheiterns den Untergang Europas zu prophezeien. „Wir haben doch gar keine Alternativen. Was wir brauchen, ist ein nicht zu überbietendes Maß an Geduld. Lieber noch dreimal verhandeln als Europa aufgeben", sagte der Kanzler mit Nachdruck.

Natürlich konnten er und sein Außenminister in dieser kritischen Phase den Gedanken an andere Wege zur europäischen Einigung nicht einfach beiseiteschieben. Von beiden war schon früher die These zu hören, es gäbe es einen Punkt, an dem man allen Partnern sehr ernst die Gretchenfrage stellen müsse: „Wie soll es weitergehen mit der Entwicklung der EG? Ist das Ziel nur ein Zollverein oder eine politische Gemeinschaft? Hat denn ohne eine Stärkung der Institutionen das ganze Tauziehen um die Finanzen einen Sinn?"

Aus den Antworten darauf könnte sich die Konsequenz ergeben, Europa nur mit jenen zu verwirklichen, die es tatsächlich wollen. Als Kernzelle einer derartigen politischen Konzentration böte sich eine deutsch-französische Union an, über die Kohl und Mitterrand unter vier Augen offenbar schon intensiv diskutiert haben.

Aber der Kanzler hat diese Perspektiven in Brüssel nicht etwa als Hammer benutzt, um die „eiserne Lady" weichzuklopfen. Im Gegenteil: er sieht darin allenfalls eine Ultima ratio, wenn gar nichts anderes mehr läuft. Als Druckmittel sind solche Erwägungen in seinen Augen untauglich oder gar kontraproduktiv. Deshalb bemühte sich Kohl – bei allem Verdruß – um Verständnis für Frau Thatcher. Er weiß, daß nicht nur finanzieller Egoismus, sondern auch ein ungebrochenes Nationalbewußtsein und ein noch immer starkes Insel-Empfinden Englands Verhältnis zum Kontinent komplizierter machen als Deutschlands natürliche proeuropäische Interessenlage. „Wenn doch Maggie bloß ebensoviel Einfühlungsvermögen uns gegenüber aufbrächte", seufzte ein Bonner Diplomat.



Harte Verhandlungspartner: die britische Premierministerin Margaret Thatcher und Außenminister Howe FOTO: AP

In Berlin wächst die Sympathie für Apel

Eine breite Mehrheit in zwei SPD-Bezirken

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Kandidatur des Hamburgers Hans Apel für das Amt des Berliner SPD-Spitzenkandidaten findet unter den Genossen an der Spree immer heftigeren Zuspruch. Beim ersten und einzigen öffentlichen Zusammentreffen Apels mit dem vom linken Minderheitsflügel gestützten Gegenkandidaten Alexander Longolius konnte der ehemalige Finanz- und Verteidigungsminister am Montagabend in den Bezirken Spandau und Neukölln breite Mehrheiten unter den Kreisdelegierten erobern.

Nach einem Rundblick durch die zwölf Berliner Bezirke rechnet die sozialdemokratische Parteispitze jetzt für den Sonderparteitag am 31. März mit einer überzeugenden Mehrheit für Apel, die sich nach Hochrechnungen von Parteipropheten auf nunmehr rund 200 der insgesamt 256 Landesdelegiertenstimmen belaufen sollte.

Besonders genährt wird dieser Optimismus des Parteivorstandes, der zwar noch keine offizielle Empfehlung aussprach, aber hinter geschlossenen Türen eindeutig die Apel-Lösung favorisiert, durch den klaren Abstimmungserfolg des Hamburgers in Spandau, einem der am schwersten einzuschätzenden Bezirke. Die Kreisdelegierten dieser letzten SPD-Bezirkshochburg in Berlin votierten in geheimer Abstimmung mit 97 Stimmen für Apel, während Abgeordnetenhaus-Vizepräsident Alexander Longolius lediglich von 27 Genossen unterstützt wurde. Auch in Neukölln, wo Apel und Longolius ebenfalls Kandidatenreden hielten und um Stimmen warben, ergab sich eine klare Mehrheit für Apel, dem mittlerweile neun der zwölf Berliner SPD-Kreise wohlgesonnen sind.

Der „Import von der Elbe", wie ihn vorwiegend Berliner Jungsozialisten bespötteln, verknüpft sein politisches Programm und die Einstimmung für den Wahlkampf mit dem unmittelbaren Schicksal Bonns: „Die Berliner Wahl 1985 ist keine beliebige Landtagswahl", wertet Apel, „wenn die SPD die Macht hier zurückgewinnt, kann dies Startzeichen für eine Wende in Bonn sein. Dann wird die SPD in ganz Deutschland weiter vorankommen."

Der Auffassung, daß die Berliner SPD ihr Selbstbewußtsein stärken könne, wenn sie einen Spitzenkandidaten aus Berlin nominieren würde, widerspricht Apel: „Die Herkunft darf keine zentrale Frage sein." Berliner Politiker, so Apel, seien schließlich als „Auswärtige" Bundeskanzler und Oppositionsführer geworden und kandierten jetzt auch für das Amt des Bundespräsidenten. Apel zu den Delegierten: „Ich bewerbe mich in Berlin, weil es immer noch die deutsche europäische Metropole ist. Regierender Bürgermeister in Berlin zu sein, ist immer noch etwas anderes als den Posten einer der zehn Ministerpräsidenten zu haben."

Obwohl sich Hans Apel derzeit davor scheut, ein Regierungsprogramm vorzulegen, „denn dazu ist es noch zu früh und ich muß mich noch sachkundiger machen", geben doch Äußerungen des Hamburger Kandidaten Einblick in künftige politische Leitlinien. Am atlantischen Bündnis gelte es festzuhalten, die Westbindung Berlins und der Bundesrepublik zu unterstreichen, „ohne jedoch zu Vasallen Amerikas zu werden", wie Apel formulierte. Gerade in der Partnerschaft mit den USA müsse man Konfliktstrategien entwickeln, die eben nicht dazu führen, daß die Gesprächsbereitschaft des Partners nachlasse.

„International Herald Tribune": Honecker als Motor

Ein deutliches Signal aus Ost-Berlin

HEINZ BARTH, Bonn

Als „Motor" (prime mover) der verbesserten Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten wird Erich Honecker zum ersten Mal von der amerikanischen Presse mit bemerkenswertem Nachdruck herausgestellt. In einem Aufmacher auf ihrer Titelseite unterstreicht die „International Herald Tribune" das zustimmende Echo, das der Staatsrats-Vorsitzende der „DDR" in der Bundesrepublik mit seinem Wort von der „Verantwortungs-Gemeinschaft" gefunden habe, die beide Deutschlands zu besonderem Einsatz für den Abbau der West-Ost-Spannungen verpflichte.

Unter Berufung auf ein Gespräch mit einem einflußreichen Mitglied der „DDR"-Führung glaubt Henry Tanner, der Europa-Korrespondent des Blattes, eine auffallende Hinwendung Ost-Berlins zu größerer Unabhängigkeit innerhalb des Warschauer-Pakt-Systems konstatieren zu können. „Das Parteimitglied", schreibt Tanner, „bezeichnete es als Honeckers Aufgabe, für das Wohlergehen von 17 Millionen ostdeutscher Staatsbürger zu sorgen. Es sei durchaus nicht notwendig, jedesmal Moskau oder andere Verbündete zu konsultieren, wenn Entscheidungen zu treffen sind, die diese besonderen deutschen Interessen berühren."

Wie die „Herald Tribune" hervorhebt, ging der Gesprächspartner in Ost-Berlin noch über Honeckers Hinweis auf die „Verantwortungsgemeinschaft" hinaus, der von Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Rede über die Lage der Nation aufgegriffen worden war. Der SED-Sprecher definierte das deutsch-deutsche Verhältnis als eine „Sicherheits-Partnerschaft", denn weder die Deutschen im Westen noch im Osten könnten jemals in Sicherheit leben, solange nicht auch die des anderen Deutschland gewährleistet sei.

Neue Aspekte

Was der Vertreter der „Herald Tribune" in Ost-Berlin zu hören bekam, signalisiert dem Westen offenbar eine geschmeidigere Einstellung zum Gesamtbereich der West-Ost-Beziehungen, die von maßgebenden Kreisen der „DDR" unter neuen Aspekten betrachtet werden – eine Haltung, die in wesentlichen Punkten von der bisherigen Generallinie des Warschauer Paktes abzuweichen scheint. Im Zusammenhang mit seiner Forderung nach einer „Sicherheitspartnerschaft" forderte der einflußreiche „DDR"-Beamte, sie müsse an die Stelle der gegenseitigen Abschreckung treten.

Daß dieses ostdeutsche Signal ernst gemeint ist, geht unter anderem aus dem Nachdruck hervor, mit dem sich der SED-Sprecher gegen die „unsinnige" Idee einer Auflösung der beiderseitigen Machtblöcke verwahrte. Bessere Beziehungen zwischen den deutschen Staaten seien im Gegenteil nur möglich, wenn sich die beiden Regierungen der Tatsache völlig bewußt seien, daß sie in zwei verschiedene Bündnis-Systeme mit allen zu ihnen gehörenden Verpflichtungen eingebunden sind. „Alles andere wäre absurd – ein Traum, eine Phantasie."

Aufschlußreich an diesen ostdeutschen Äußerungen ist die Entschiedenheit, mit der sie auf Distanz zu den linksmilitanten Kreisen in der Bundesrepublik gehen – sowohl zum Radikalismus der Grünen, die am liebsten NATO und Warschauer Pakt abschaffen möchten, als auch zu Günter Grass, der beide deutsche Regierungen dazu aufrief, sich in der Frage der Nuklear-Rüstung in offenen Widerspruch zu den jeweiligen Supermächten zu setzen.

Daraus geht hervor, daß der neue Kurs der „DDR"-Führung primär darauf zielt, dem von ihr angestrebten freieren Spielraum für das deutsch-deutsche Verhältnis keine Vorbelastungen aufzuladen. Das Bemühen wird sichtbar, innerhalb des Gesamtbereichs der West-Ost-Beziehungen, sozusagen unter der Kuppel der Bündnisse, ein autonomes Feld für den deutschen Dialog zu schaffen, das auf Seiten der Bundesrepublik schon immer vorhanden war, aber jetzt auch durch die „DDR"-Führung erweitert werden kann.

Langsame Veränderungen

Zu der Glaubwürdigkeit dieser Initiative dürften die Veränderungen beitragen, die sich im Verhältnis der „DDR" zu Moskau während der letzten Monate langsam aber unaufhaltsam vollzogen haben. Es grenzt schon an Offenherzigkeit, daß dem Korrespondenten der „International Herald Tribune" von maßgebender Stelle in Ost-Berlin gesagt wurde, es gelte die innerdeutsche Annäherung, gerade nach der Raketen-Stationierung beiderseits der Grenze, gegenüber den amerikanisch-sowjetischen Spannungen abzuschirmen. Der SED-Sprecher gab zu, daß man die Stationierung der Pershing 2 nicht verhindern konnte, aber dennoch an „Frieden, Handel und besseren Beziehungen" mit Bonn interessiert sei. Das kann nur als ein Signal verstanden werden, daß der „reale Sozialismus" nicht mehr auf die Agitatoren auf westdeutschen Straßen, sondern auf die Zusammenarbeit mit der „realen Bundesrepublik" setzt.

Düsseldorf: CDU droht mit Verfassungsklage

dpa, Düsseldorf

Mit einer Verfassungsklage vor dem Landesverfassungsgericht in Münster oder sogar vor dem Bundesverfassungsgericht Karlsruhe hat die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag der nordrhein-westfälischen SPD-Regierung gedroht. Der CDU-Justizexperte Rolf Klein kündigte am Dienstag an, seine Fraktion werde „den Gang zum Gericht antreten", wenn die Regierung bei ihrem Vorhaben bleibe, wenige Monate vor der Kommunalwahl am 30. September eine „gemeindebezogene Leistungsbilanz" für die Zeit von 1975 bis 1983 zu erstellen und herauszugeben.

In dieser Bilanz, zu der alle Landesministerien herangezogen wurden, erblickt die CDU einen Verstoß gegen das einschlägige Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1977, das den Regierungen auferlegt, „sich jeder parteiergreifenden Einwirkung auf die Wahl zu enthalten". Die Karlsruher Richter formulierten damals für Regierungen in der „Vorwahlzeit das Verbot jeglicher mit Haushaltsmitteln betriebener Öffentlichkeitsarbeit in Form von sogenannten Arbeits-, Leistungs- und Erfolgsberichten".

Journalisten gegen Mediengewerkschaft

dpa, Bonn

Der Vorstand des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) hat der Bildung einer Mediengewerkschaft eine Absage erteilt. DJV-Vorsitzender Christian Schneider erklärte am Dienstag in Bonn, man sehe derzeit keine Chance zur Gründung einer solchen Organisation. Ausschlaggebend für diesen Standpunkt seien letztlich die umstrittenen Nürnberger Beschlüsse der IG Druck und Papier gewesen, mit denen die Mitglieder einer künftigen Mediengewerkschaft für Ziele in Anspruch genommen würden, die die politische Pluralität in Frage stellten.

Die DJV-Spitze hatte am Montag in Düsseldorf mit dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) über die Beteiligung des DJV an der Mediengewerkschaft diskutiert. In einer gemeinsamen Erklärung hieß es hinterher dazu, der DGB habe die Position des DJV „zur Kenntnis genommen". Beide hielten weiterhin eine Mediengewerkschaft grundsätzlich für notwendig und wollten auch in Zukunft auf tarifpolitischem und medienpolitischem Gebiet weiter zusammenarbeiten.

Moskaus neue Botschaft auf historischem Gelände

Viktorshöhe war früher der Amtssitz von Heuss

EVI KEIL, Bonn

Jetzt kann auch Sowjetbotschafter Wladimir Semjonow zum Spatenstich für einen Botschaftsbau einladen. Die freudige Nachricht aus Moskau, daß dem großen Bauvorhaben in Bad Godesberg auf der Viktorshöhe nichts mehr entgegensteht, kommentierte Botschaftsrat Jurij Gremitskich so: „Wer will jetzt noch bestreiten, daß wir hier oben die eigentlichen Erben von Theodor Heuss sind." Der Botschaftsrat hat bedingt recht: Auf der Viktorshöhe, einem der schönsten Parks im feinen Godesberger Ortsteil Schweinheim, residierte als erster Bundespräsident Theodor Heuss 1949.

Der alte Heuss-Amtssitz wurde in den siebziger Jahren samt Paradegrundstück den Sowjets als Botschaftsgelände übergeben. Die Deutschen ihrerseits erhielten ein Baugrundstück auf den Leninhügeln in Moskau. Die Stadt Bonn hat seit langem die Baupläne für eine neue Botschaft genehmigt.

Moskaus Stararchitekt Gratschow, inzwischen in Bad Godesberg eingetroffen, soll hier eine Kanzlei in Atriumsform errichten, vierstöckig und nicht höher, der Villengegend angepaßt. Vor das Atrium gestellt wird ein halbkreisförmiges Empfangsgebäude, dessen Außenwände zum Teil mit weißem Marmor verkleidet werden. An die Kanzlei angebaut wird ein gestaffelter Wohntrakt mit fünf bis sechs Baukörpern, ebenfalls quadratisch, mit 80 Wohnungen. Für die Kinder der Diplomaten entsteht eine Schule. Eine Sporthalle und Tennisplätze sind in der Planung. Die alte Villa auf der Viktorshöhe, in der zur Zeit die Büroräume der Botschaft untergebracht sind, wird Teile des Konsulats aufnehmen. Die unteren Räume, im Jugendstil gebaut, bleiben für Empfänge geöffnet.

Die Bad Godesberger Viktorshöhe birgt ein interessantes Stück Stadtgeschichte. Auf den heutigen 23 000 Quadratmetern Botschaftsbereich ließ Professor Viktor Wendelstadt, der von 1819 bis 1884 lebte, und Direktor des Schaafhausenschen Bankvereins Köln war, Alaun abbauen. Das Produkt diente als Gerbemittel für Leder. Sein Sohn Hermann, 1862 bis 1928, baute die heutige Villa auf der Viktorshöhe im Jahr 1909 und benannte sie nach seinem Vater.

Die reichen Wendelstadts waren übrigens auch einstige Besitzer der Godesberger Redoute, die Hermann Wendelstadt 1920 an die Stadt Godesberg verkaufte. Hermann Wendelstadt legte auf der Viktorshöhe auch den großen englischen Garten an.

Die Nazizeit ging nicht spurlos an der Viktorshöhe vorbei: Im Hause wurde nach der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuss österreichische SA einquartiert. Die Briten, die die Viktorshöhe im Krieg bombardieren wollten, verfehlten ihr Ziel. Die Bomben trafen den Godesberger Ortsteil Friesdorf, weil die Briten die Bombenlast zu spät ausklinkten.

Das Haus, inzwischen im Besitz der Deutschen Reichsbahn, wurde 1949 für Theodor Heuss provisorisch hergerichtet. 1951 zog Heuss nach Bonn in die Villa Hammerschmidt. Die Bundesbahn übernahm die Viktorshöhe als Büro.

SPD-Chef Willy Brandt aber drängte in den siebziger Jahren darauf, den sowjetischen Diplomaten, die in Rolandseck saßen, ein Grundstück für den Bau einer neuen Botschaft zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der „Gegenseitigkeit" erhielt die sowjetische Regierung die Viktorshöhe zum Nulltarif. Zuvor hatte der frühere sowjetische Botschafter Zarapkin vergebens versucht, den Bad Godesberger Jesuiten den Gemüsegarten ihres Aloisiuskollegs für den Botschaftsbau abzukaufen.

Eine Neuauflage der alten Salami-Taktik?

WERNER KAHL, Berlin

Will der „DDR"-Staatssicherheitsdienst im innerdeutschen Transitverkehr eine Neuauflage früherer Salami-Taktik und Nadelstichpolitik praktizieren? Das fragen sich zuständige Stellen der Bundesregierung und des Westberliner Senats, nachdem „DDR"-Posten am Montag am Grenzübergang Berlin-Staaken erstmals einem Dienstfahrzeug der Westberliner Polizei mit drei Insassen in Zivil die Fahrt nach Hamburg verweigert hatten.

Der Polizeiwagen war mit der Begründung zur Umkehr gezwungen worden, die Benutzung der Straßen-, Schienen- und Wasserwege zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet sei nur zivilen Personen erlaubt. „Diese Zurückweisung ist nicht korrekt", erklärte Bundessenator Ruprecht Scholz (CDU) auf Anfrage der WELT. „Die Polizei ist in unserem Staat eine zivile Einrichtung." Vor dem Zwischenfall hatten nach Angaben des Sprechers von Innensenator Heinrich Lummer, Hans Birkenbeul, in den letzten drei Jahren etwa 450 Polizeifahrzeuge unbeanstandet die Transitwege passiert.

Wie Birkenbeul mitteilte, befanden sich in dem Polizeiwagen ein Schutzpolizeibeamter und zwei Verwaltungsangestellte, sämtlich in Zivil. Sie waren am Montag gegen 8 Uhr auf dem Kontrollpunkt Staaken am westlichen Stadtrand eingetroffen und wollten zu einer dienstlichen Besprechung nach Hamburg.

Keine Beanstandungen

Von den Posten wurden – wie auch in vergangenen Jahren nicht geschehen – weder die Farbe des Wagens noch Blaulicht oder Funkanlagen beanstandet. Dagegen verwies der Posten auf eine Erklärung des „DDR"-Vertreters in der Transitkommission im vergangenen Monat, wonach ausschließlich zivilen Personen und entsprechenden Gütern die Benutzung der Transitstrecken vorbehalten sei.

In dieser Sitzung hatte der Ostberliner Beauftragte, wie durch den Zwischenfall in Staaken bekannt wurde, die Überführung von Wasserwerfern aus dem Bundesgebiet für die Polizei in West-Berlin angesprochen und erklärt, diese Transporte würden künftig nicht mehr genehmigt. Wasserwerfer waren zuvor am 19. und 23. Dezember vergangenen Jahres von Helmstedt über die Autobahn nach Berlin transportiert worden. Nach der Erklärung des „DDR"-Delegierten fuhren jedoch seit dem 22. Februar fünf Westberliner Polizei-Dienstfahrzeuge weiterhin unbeanstandet über die Transitstraßen.

In der Durchfahrtverweigerung vom Montag sieht der Senat nach Angaben von Birkenbeul „eine Entfernung der DDR von dem Wortlaut und Sinn des Transitabkommens". Das Ostberliner Verhalten entspreche im übrigen nicht der Praxis des Abkommens und passe zudem „nicht in die politische Landschaft", sondern stelle „einen Rückfall" dar, betonte Birkenbeul. Innensenator Heinrich Lummer (CDU) erklärte, es sei erforderlich, daß die „DDR" die entsprechenden Bestimmungen des Transitabkommens in der bisher praktizierten Weise aufrechterhält.

„Zweite Scheibe"

In Bonn sagte der Sprecher des deutschlandpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, der WELT, „die DDR ist dringend vor jedem Eingriff in das Transitabkommen auf den Verkehrswegen und damit verbundener Unsicherheiten zu warnen". Es wird angenommen, daß der Zwischenfall vor der nächsten Sitzung der Transitkommission in der ersten Aprilwoche zwischen Ost-Berlin und Bonn zur Sprache kommt.

Politische Beobachter in Bonn und Berlin schließen eine Eigenmächtigkeit des Grenzpostens in Staaken aus. Die Zurückweisung des Polizeibeamten und der ihn begleitenden Verwaltungsangestellten ist möglicherweise die „zweite Scheibe" einer Salami-Taktik nach der Ankündigung im Februar, Wasserwerfer dürften nicht mehr über die Transit-Autobahn nach West-Berlin gebracht werden.

Da es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Praxis des Abkommens handelt, versuchen Kenner der Situation zu klären, was Ost-Berlin mit diesem Zwischenfall bezweckt. Handelt es sich um einen demonstrativen bloßen Machtakt, oder will man mit der neuen einseitigen Auslegung des Begriffes vom zivilen Personenverkehr das Terrain für künftige Verhandlungen sondieren?

Kirche: Liberalisierung gegen Ausreisewelle

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die SED-Führung muß sich trotz ihrer intern erhobenen Aufforderung nach „Entpolitisierung" der mitteldeutschen Kirchen nach dem Luthergedenkjahr nun in den kommenden Monaten auf neue, drängende Bitten der Christen einrichten. Schon die erste von sieben weiteren Frühjahrssynoden zeigte in Schwerin, daß die anhaltende Ausreisewelle eine Reihe von Erwartungen an den Staat auslöst.

Einige davon kamen bereits auf der Bundessynode als der höchsten Repräsentanz aller „DDR"-Christen im September 1983 in Potsdam-Hermannswerder zur Sprache. Der Staat solle, hieß es damals in der Schlußerklärung, „mehr Freiraum für eine eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens der jungen Generation geben und mehr Offenheit in der Informationspolitik wagen".

Wenige Wochen vor dem Aufbranden der Ausreisewelle appellierten die Synodalen damals an die Staatsführung „mehr Reisen als bisher zwischen den beiden deutschen Staaten zu ermöglichen". Dies sei auch ein „Beitrag zum Frieden". Als die eigenen Medien damals – bis auf kurze Zitate im CDU-Blatt „Neue Zeit" – auf jede Berichterstattung über diese Zusammenkunft verzichteten, sprach diese Informations-Unterdrückung mehr als jeder Kommentar für die Unliebsamkeit dieser Stellungnahme in den Augen der SED.

Heftige Vorwürfe

Gleich zu Beginn des Kirchenparlaments hatte der Vorsitzende der „Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR", Landesbischof Johannes Hempel (Dresden) die Stichworte für eine schonungslose Betrachtung der inneren Zustände gegeben. Wegen seiner Analyse war Hempel später ins Staatssekretariat für Kirchenfragen zitiert worden. Staatssekretär Klaus Gysi (SED) verlas dabei eine mehrseitige Erklärung mit heftigen Vorwürfen, Hempel habe sich in staatliche Angelegenheiten „gemischt", die die Kirche nichts angingen.

Was löste den Eklat aus? Der Bischof hatte einem anderen Synodalen beigepflichtet: „Das Stichwort von der Enttäuschung und Verbitterung vieler Bürger unseres Landes als einer Verbitterung von und mit Freunden beschreibt etwas Richtiges." Dieses wachsende Gefühl breite sich auch „durch die Formen des Umgangs mit den Menschen unserer Gesellschaft" aus.

Hempel fuhr damals fort: „Gegen diese Erfahrungen, welche inhaltlich reichen von nicht vorhandener Höflichkeit, nicht erscheinendem Lächeln bei Vertretern des Staates bis hin zum Nein ohne Begründung für dieses Nein – gegen solche Basiserfahrungen können wir von kirchenleitender Ebene wenig machen." Der Vorsitzende des Kirchenbundes zog sich von Gysi und anderen Staatsvertretern damals vor allem deshalb Schelte zu, weil er angeblich so aufgetreten sei, als habe er „im Namen aller DDR-Bürger" gesprochen – ihm stehe jedoch allenfalls ein Mandat für die Christen zu.

„Bitte, bleibt"

Die öffentlichen Überlegungen, wie das eigene Land beschaffen sein müßte, um es nicht in immer größerer Zahl verlassen zu wollen, hielten nach der Bundessynode an. Ende September kam es abermals auf dem letzten der „DDR"-Kirchentage im Lutherjahr zur Sprache. In Anwesenheit Richard von Weizsäckers erklärte damals der Bischof von Berlin-Brandenburg (Ost), Gottfried Forck: „Ich bitte alle, nach Möglichkeit zu bleiben und nicht die Stellung zu verlassen. Allerdings gibt es einige ganz triftige Gründe für einen solchen Schritt. Manche stehen allerlei Repressalien aus. Das Problem würde sich bei mehr Freizügigkeit im Reisen nicht so scharf stellen." Auch der Kirchenpräsident von Anhalt, Eberhard Natho, ging kürzlich auf Fragen des Informationsdienstes „idea" in Wetzlar auf dieses Problem ein. Er forderte – ebenso wie Forck – zum Bleiben auf.

Der Bemerkung des scheidenden Schweriner Bischofs Heinrich Rathke, den Menschen staatlicherseits ein Stück „Heimatland" zu geben, entspricht der verstärkte SED-Appell der vergangenen Monate, die Arbeit der Bürgermeister und anderer Verantwortlicher höher zu bewerten und wichtiger zu nehmen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 6. Mai wird – unverkennbar – versucht, eine Art „Behaglichkeitsgefühl" zu entwickeln, vor allem in den ländlichen Gemeinden.

Gericht entscheidet erst Anfang April

dpa, Bonn

Das Bonner Landgericht wird nicht vor Anfang April über die von der Staatsanwaltschaft beantragte Anklage gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) und andere Beschuldigte wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit in der Flick-Parteispendenaffäre entscheiden. Dies erklärte der Pressedezernent des Landgerichts, Hans Brenner. Die Einlassungsfrist für Lambsdorff sei bis zum 2. April verlängert worden. Lambsdorffs Anwalt, Egon Müller aus Saarbrücken, teilte mit, er habe am Montag beim Landgericht beantragt, die Anklage gegen den Minister nicht zuzulassen und das Hauptverfahren nicht zu eröffnen. Bei seiner Vernehmung im Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages hatte Lambsdorff die Anklageschrift als völlig unzureichend bewertet. Die Bonner Staatsanwaltschaft hatte Ende November 1983 Anklage beim Landgericht erhoben.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Gewerkschafter: 35-Stunden-Woche kaum gefragt

DW. **Bonn**

Nur 31 Prozent, das ist nicht einmal ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder, halten die 35-Stunden-Woche für richtig. Dies ergibt sich aus den neuesten Befragungen des Bielefelder Emnid-Instituts. Ende 1983 hatte die Zahl der Befürworter der 35-Stunden-Woche noch bei 42 Prozent gelegen. Von den Arbeitnehmern ohne Gewerkschaftszugehörigkeit hält nicht einmal ein Viertel (23 Prozent) die 35-Stunden-Woche für richtig.

Noch geringer ist die Streikbereitschaft für die Gewerkschaftsforderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung: Nur 27 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder befürworten diese, mehr als die Hälfte (53 Prozent) halten sie für falsch, 20 Prozent sind unentschieden. Von den Arbeitnehmern, die keiner Gewerkschaft angehören, würden nur 17 Prozent für die 35-Stunden-Woche streiken. Vor die Wahl „Wochenarbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhung" gestellt, haben sich von den Gewerkschaftsmitgliedern 40 Prozent für höhere Löhne und nur 28 Prozent für Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen.

CSU fordert von Bonn Familienentlastung

rtr, **München**

Erleichterungen für die Familien im Volumen von 8,4 Milliarden DM spätestens ab 1. Januar 1986 fordert die CSU im Rahmen der geplanten Steuerreform der Bundesregierung. Das bayerische Kabinett billigte am Dienstag entsprechende Vorschläge einer Parteikommission. Staatskanzlei-Chef Edmund Stoiber kündigte an, daß Ministerpräsident Franz Josef Strauß die Forderungen nun in Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl und die zuständigen Bundesminister erläutern werde. Als Eckdaten für eine Reform des Familienlastenausgleichs nannte die CSU unter anderem die Einführung eines Erziehungsgeldes von monatlich 600 DM, das ein Jahr lang an alle Mütter gezahlt werden soll, die nach der Geburt eines Kindes auf eine Erwerbstätigkeit verzichten. Außerdem sollen die jetzigen Kindergeld-Kürzungen aufgehoben werden. Künftig sollen 50 DM für das erste, 100 DM für das zweite, 220 DM für das dritte und 240 DM für jedes weitere Kind gezahlt werden. Bei niedrigen Einkommen soll es noch einen Kindergeldzuschlag geben, bei hohen Einkommen soll das Kindergeld dagegen wegfallen.

Programm gegen Schwarzarbeit

dpa, **Saarbrücken**

Ein Programm zur stärkeren Bekämpfung der Schwarzarbeit hat die saarländische Landesregierung verabschiedet. Wie Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) am Dienstag nach einer Sitzung des Landeskabinetts erläuterte, sollten die Ordnungsbehörden angewiesen werden, verstärkte Kontrollen gegen Schwarzarbeiter und ihre Auftraggeber vorzunehmen. Werden sie ertappt, drohen Geldbußen bis zu 50 000 Mark.



Der schwerverletzte Afghane Abdul Quahir im Krankenhaus Peshawar: „Helft mir!" Jürgen Todenhöfer (links) organisierte eine Rettungsaktion. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Dramatische Rettung für jungen Afghanen

„In wenigen Wochen wird er hier sterben", war die Auskunft der Ärzte in der pakistanischen Grenzstadt Peshawar über das Schicksal des 20jährigen Afghanen Abdul Quahir. Am Montagmorgen traf der am ganzen Körper mit schweren Verbrennungen Verletzte in einem Sonderflugzeug der Deutschen Rettungsflugwacht auf dem Flughafen Stuttgart ein. Von dort wurde er mit einem Hubschrauber zur Intensivstation der Universitätsklinik Tübingen geflogen. Professor Koslowski hat sich bereiterklärt, den auf Haut und Knochen abgemagerten jungen Mann kostenlos zu behandeln.

Abdul Quahir erzählt mit kaum verständlicher Stimme, daß er vor über zwei Jahren in Afghanistan von einer sowjetischen Brandbombe verletzt wurde. Ein halbes Jahr brachte er unter großen Schmerzen im Kriegsgebiet in einer Erdhöhle zu. Nur sein Bruder versorgte ihn mit Nahrung. Sechs Tage dauerte dann der Transport auf einer Bahre aus Stöcken und Laken auf den Rücken von Maultieren über die Gebirgskette zu dem Krankenhaus in Peshawar. Die Ärzte dort sprechen von einem Wunder, daß der Schwerverletzte die Strapazen überlebt hat.

In dem nur notdürftig ausgerüsteten Krankenhaus sahen sich die Ärzte jedoch nicht in der Lage, schwierige Operationen wie Hauttransplantationen, an dem teilweise verkohlten Körper vorzunehmen. Sein Bruder besuchte ihn über die Monate hinweg jeden Tag an seinem Krankenbett und machte ihm Mut.

Als vor drei Wochen der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer bei einem Besuch in Pakistan mit einer deutschen Journalistengruppe auch am Bett von Abdul Quahir stand, flehte der Junge nur: „Helft mir!"

In einer dramatischen Aktion der Deutschen Rettungsflugwacht wurde der junge Mann unter der medizinischen Leitung von Professor Domres in einem zehnstündigen Flug aus dem militärischen Sperrgebiet Pakistans nach Deutschland geholt. Die dabei entstehenden Kosten werden gemeinsam von der Rettungsflugwacht und vom „Verein für afghanische Flüchtlingshilfe" getragen. Alle an der Rettungaktion Beteiligten haben auf ihr Honorare verzichtet.

Professor Domres schilderte nach dem strapaziösen 48stündigen Rettungseinsatz erschüttert die hoffnungslose Situation des Patienten Abdul Quahir in Pakistan: „. . . und die Ärzte überlegten schon, ob sie es verantworten könnten, den Jungen zum Sterben zurück in seine Heimat nach Afghanistan zu bringen."

Mit Spenden auf das Konto „Humanitäre Hilfe für afghanische Freiheitskämpfer", Konto-Nr. 074811106 (BLZ 38070059), Deutsche Bank, Bonn, können weitere Hilfsaktionen unterstützt werden. (RSV)

Streit um den Katholikentag

dpa, **München**

Bei den Vorbereitungen zum 88. deutschen Katholikentag im Juli in München ist es zu Differenzen gekommen. Die Mitwirkungskommission der katholischen Jugend betrachtet das Programm der Veranstaltung als zu wenig jugendgemäß und hat deshalb einen Antrag auf Selbstauflösung gestellt. Münchens Diözesan-Jugendpfarrer Bernhard Schönmann befürchtet, daß in die Diskussionsforen zu viele Akademiker berufen werden und somit bei den Jugendlichen mangelhafte Resonanz die Folge ist. Auch die Anfangs- und Schlußkundgebung seien nicht so gestaltet, daß die Jugend angesprochen werde, meint Schönmann.

Geheimdokumente im Müll gefunden

dpa, **Koblenz**

Mikrofilme und Schriftstücke einer in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Einheit hat ein 22 Jahre alter Mann auf der Müllkippe der Gemeinde Lützerath im Kreis Cochem-Zell gefunden. Wie die Polizei gestern mitteilte, ergab eine erste Bewertung der Fundstücke, daß die „nur" für den Dienstgebrauch bestimmten Dokumente als Verschlußsache einzustufen sind.

Das offensichtlich neue Material trägt zum Teil die Datierung 1984 und ist mit US-Headquarter markiert. Nach ersten Erkenntnissen gehört es einer US-Einheit, die im Bitburger Raum stationiert ist.

SPD wird stärkste Fraktion

Wenig Chancen für Kiesl, die Stichwahl am 1. April in München zu gewinnen

PETER SCHMALZ, **München**

Neue Überraschungen brachte das vorläufige Endergebnis der Kommunalwahl in München: Eine knappe rot-grüne Mehrheit ist im größten bayerischen Rathaus möglich, während die Niederlage der CSU größer als bisher erwartet ausgefallen ist. Mit 35 von 80 Sitzen wird die SPD nach sechsjähriger Pause wieder stärkste Fraktion, eine Zusammenarbeit mit den sechs Stadträten der Grünen würde ihr eine knappe Mehrheit sichern. Die CSU, die 1978 überraschend und erstmals mit 42 Sitzen die absolute Mehrheit erringen konnte, verliert acht Mandate und stellt künftig nur noch 34 Stadträte. Mit den vier Sitzen der FDP (78:6) und einem Mandat für den „Münchner Block" verfügt das bürgerliche Lager nur über 39 Sitze.

Dennoch steckt die CSU nicht auf. „Bei der Stichwahl am 1. April haben wir jetzt noch die Chance, das Wahlergebnis zu korrigieren", meinte Oberbürgermeister Erich Kiesl (CSU) gestern vor Journalisten. Denn gerade bei einer rot-grünen Mehrheit, so die Argumentation Kiesls, ist ein an den Sachfragen orientierter Oberbürgermeister besonders wichtig: „Dank der starken Stellung, die ihm die bayerische Gemeindeordnung gibt, kann er gewisse Korrekturen an der Gesamtpolitik vornehmen." Seinen SPD-Gegenkandidaten Georg Kronawitter nannte er einen „Spielball zwischen Partei und Fraktion" und eine „vorgeschobene Gallionsfigur".

Kiesls Chancen, die Stichwahl zu gewinnen, werden in München jedoch allgemein als gering eingeschätzt, nachdem er trotz des Amtsbonus im ersten Wahlgang mit 44,3 Prozent knapp vier Punkte hinter Kronawitter liegt. Zudem ist die Wahlkampfmaschine der CSU ins Stocken geraten: Zwölf Tage vor der Stichwahl konnte der CSU-Slogan noch nicht der Presse vorgestellt werden. Während die SPD bereits in der Wahlnacht neue Plakate mit der Aufschrift „Jetzt Georg Kronawitter" klebte, muß die CSU nach Kiesls Worten noch „Restposten" alter Plakate aufhängen.

In der CSU-Strategie sind dennoch schon zwei Stoßrichtungen erkennbar: Die bessere Mobilisierung des eigenen Wählerpotentials (Kiesl: „Uns rufen viele Leute an, die nicht gewählt haben, weil sie glauben, wir gewinnen auch ohne ihre Stimme") und die Warnung vor den Konsequenzen einer rot-grünen Stadtpolitik.

Bei einem Sieg Kronawitters erwartet Kiesl einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen in München: „Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wären enorm." Es sei mit einem deutlich sinkenden Wohnungsbau zu rechnen, wie mit einem Baustopp beim U-Bahn-Bau, wie ihn die Grünen fordern. Die Gewerbesteuer würde erhöht und kein neues Gewerbegebiet ausgewiesen. Die gemeinsame Forderung von SPD und Grünen, die städtische Beteiligung am geplanten Kernkraftwerk Isar II zu annullieren, kostet die Stadt nach Kiesls Berechnung 400 Millionen Mark und die Aussicht auf steigende Strompreise.

Bei einer Wiederwahl würde Kiesl eine Zusammenarbeit mit allen Parteien außer den Grünen suchen, Kronawitter dagegen, der beteuert, er würde mit den Alternativen „keine Koalition" eingehen, schließt eine gelegentliche Zusammenarbeit mit ihnen nicht aus: „Warum denn nicht, wenn es der Stadt nutzt."

Als Überraschungssieger vom Sonntag setzt Kronawitter auf Sieg: „Ich bin sehr zuversichtlich, daß ich die Stichwahl gewinne." Wie Kiesl erwartet auch er bei höherer Wahlbeteiligung mehr Stimmen für sich.

Das Beinahe-Patt nährt mittlerweile bei den beiden großen Parteien Überlegungen, nach der Stichwahl die parteipolitische Konfrontation, die 1972 durch den von der SPD erzwungenen und von der CSU später übernommenen Alleinvertretungsanspruch gefördert wurde, nun wieder abzubauen. In der SPD wird bereits angedeutet, der bisherige CSU-Bürgermeister Winfried Zehetmeier könnte auch unter Kronawitter sein Amt behalten. Der CSU-Politiker wollte gestern dazu keinen Kommentar geben.

Ein parteipolitisches Strafgericht im Rathaus kündigte dagegen der südbayerische SPD-Vorsitzende Jürgen Böddrich an: „Ich habe alle SPD-Verräter und CSU-Opportunisten notiert!"

Späth als Zielscheibe für Lambsdorff

Minister wirbt in Baden-Württemberg mit seiner Wirtschaftspolitik um Stimmen

STEFAN HEYDECK, **Schramberg**

„Die Frage ist, ob Lothar Späth eigentlich nicht gemerkt hat, daß im Bundeskanzleramt immer noch Helmut sitzt. Aber nicht Helmut Schmidt, sondern Helmut Kohl." Nur etwas mehr als fünf Minuten hat es gedauert, bis Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff von der FDP die erste volle Breitseite gegen den baden-württembergischen Ministerpräsidenten von der CDU abfeuert. Lambsdorff ist im Wahlkampf im Südwesten der Bundesrepublik unterwegs, damit es nach den Wünschen der Liberalen am kommenden Sonntag im Stuttgarter Landtag „eine Koalition nach Bonner Muster" gibt und die „Alleinregierung" von Späth beendet wird.

So startet er in seinen rund 45minütigen Reden – insgesamt stehen rund 50 Wahlkampfeinsätze im Terminkalender – immer wieder Attacken gegen den Ministerpräsidenten, präsentiert bei der Energiepolitik einen angeblichen Dissens zwischen dem und Bundeskanzler Kohl und wirft ihm in der Frage der Steuerreform Pläne für eine „raffinierte" Umverteilung vor. Überhaupt: „Späth stört die Bundesregierung zielbewußt und selbstsüchtig." Ob es 500 Zuhörer in Schramberg sind oder gut zwei Stunden vorher etwa 300 in Esslingen, es gibt in den vollen Sälen Beifall und Gelächter, selbst bei den stark vertretenen CDU-Mitgliedern und -Sympathisanten, wenn das FDP-Präsidiumsmitglied verkündet: „In Bonn sitzt die Mannschaft Bayern 1 am Regierungstisch. Bayern 2 aus Stuttgart ist überflüssig." Deshalb wolle die FDP Späth „gar nicht die rote Karte zeigen. Die gelbe genügt vollständig."

Doch im wesentlichen äußert sich Lambsdorff zu dem von ihm zu verantwortenden Bereich, der Wirtschaftspolitik. Immer wieder reagieren die Zuhörer zunächst mit Verblüffung, Zwischenrufen und manchmal sogar Empörung, wenn er beinahe schon provozierend seine Forderungen stellt. So erteilt er der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eine glatte Absage. An die

Vor der Wahl in Baden-Württemberg

Adresse der Gewerkschaften gerichtet, wirft er vor, die Arbeitszeitverkürzung „mit Brachialgewalt" und mit der Brechstange erzwingen zu wollen. Dies sei aber kein Eingriff in die Tarifautonomie, vielmehr müsse die Bundesregierung rechtzeitig zu verhindern versuchen, daß „der mühsam eingeleitete Aufschwung und die Besserung am Arbeitsmarkt" durch einen solchen Schritt in Gefahr geriete.

Genauso schafft er es sein Publikum auch in anderen Wirtschaftsthemen „einzufangen": In erster Linie sei wirtschaftliches Wachstum erforderlich, müßten die Unternehmen wieder Gewinne machen. Denn nur über diesen Weg, so die Begründung, könne die Arbeitslosigkeit gelenkt werden. Außerdem stellt er „Schutzgesetze aus der Zeit der Vollbeschäftigung" für die Arbeitnehmer angesichts eines „total geänderten Arbeitsmarkts" in Frage. Er spricht sich für befristete Arbeitsverträge aus, weil diese zu weniger Überstunden und damit weniger Arbeitslose führen würden. Dann gibt sich Lambsdorff immer wieder selbstkritisch: Die staatlichen Subventionen müssen herunter. Denn diese „wirken auf die Unternehmer wie eine Droge". Die Leute hängen am Tropf. Die „heimlichen Steuererhöhungen" müßten gesenkt werden. Sie müßten den Betroffenen, in erster Linie den Beziehern mittlerer Einkommen, zurückgegeben werden.

Natürlich richtet sich eine Stoßrichtung seiner Kritik auch gegen die SPD, bei der es z. B. in der Frage von Privatrundfunk und Fernsehen „drunter und drüber" gehe. Oder, so Lambsdorff weiter: „Wer heute von Sozialisierung oder Verstaatlichung spricht, hat ein gebrochenes Verhältnis zum privaten Eigentum."

Fast nur am Rande, meist nur durch Zwischenrufe, spielt die Flick-Affäre eine Rolle. Da versuchen ihn in Esslingen etwa 10 DKP-Mitglieder mit Rufen wie „Sie streichen das große Geld ein" zu stören. Die verärgerte Reaktion von anderen darauf: „Mädle, halt dei Mund". In Schramberg bekräftigt Lambsdorff dann indirekt wieder einmal seine Unschuld. Im Wahlkreis seines parlamentarischen Staatssekretärs Martin Grüner meint er zur 12jährigen gemeinsamen Arbeit in Bonn: „Entgegen dem, was so landläufig zu lesen ist, wir werden das noch eine ganze Weile gemeinsam tun."

„Integration sollte kein Problem sein"

dpa, **Hamburg**

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hält es für unverantwortlich, im Zusammenhang mit der Eingliederung und der Arbeitsplatzbeschaffung für Umsiedler aus der „DDR" von unüberwindlichen Problemen zu sprechen. Im Norddeutschen Rundfunk sagte der CDU-Politiker gestern, es gebe in der Bundesrepublik Deutschland etwa 22 Millionen Arbeitsplätze und bereits mehrere Millionen Ausländer, zudem gehe die Zahl der deutschen Bevölkerung zurück. In dieser Situation sollte die Integration von vielleicht 20 000 Deutschen aus der „DDR" kein unüberwindliches Problem sein. Es handele sich bei ihnen zum großen Teil um sehr gut ausgebildete und arbeitswillige Mitbürger, für die es auch in der Bundesrepublik Deutschland Beschäftigung gebe.

Bestätigt: Hiehle geht in Pension

AP, **Bonn**

Der in die Affäre um die Entlassung von General Günter Kießling verwickelte Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Joachim Hiehle, geht Ende März aus Gesundheitsgründen vorzeitig in Pension. Ein Sprecher der Hardthöhe bestätigte am Dienstag offiziell die Absicht von Verteidigungsminister Manfred Wörner, den Leiter der Zentralabteilung des Bundesinnenministeriums, Ministerialdirektor Günter Ermisch, zu Hiehles Nachfolger zu machen. Ermisch war von 1979 bis 1981 Vizepräsident des Bundeskriminalamtes.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Kabinetts soll der 47jährige Manfred Timmermann Staatssekretär für Rüstungsangelegenheiten werden. Seit dem Ausscheiden von Kurt Jung (FDP), der bei der Bundestagswahl am 6. März nicht wiedergewählt worden war, ist der Posten verwaist. Professor Timmermann ist Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung an der Hochschule in Sankt Gallen (Schweiz).

General Hoffmann besucht Sowjetunion

rtr/dpa, **Moskau**

Der „DDR"-Verteidigungsminister, Armeegeneral Hoffmann, ist gestern zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der UdSSR eingetroffen. Er wurde von seinem sowjetischen Amtskollegen Ustinow begrüßt. Über das Programm des Besuchs teilte die Nachrichtenagentur Tass nichts mit.

Westliche Beobachter in Moskau gehen jedoch davon aus, daß die begonnene Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa eines der Hauptthemen der Gespräche sein wird. Zu den angekündigten Gegenmaßnahmen gehört die Stationierung von taktischen Waffen auf dem Gebiet der „DDR" und der CSSR.

Die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda", die auf ihrer ersten Seite Bild und Lebenslauf Hoffmanns veröffentlichte, kündigte die Verleihung des Leninordens an Hoffmann an.

ルフトハンザの南回り便がより早くなりました！
でも残る時間をもっと短くするために
心のこもったおもてなしをしたいと思います。

Obwohl Sie mit Lufthansa jetzt noch schneller in den Fernen Osten kommen, bemühen wir uns, daß Ihnen die restliche Zeit wie im Flug vergeht.

Wenn Sie z. B. die Deutsche Leistungsschau vom 23. 4. – 6. 5. '84 in Tokio besuchen wollen, erreichen Sie Ihr Ziel jetzt mit nur einer Zwischenlandung. Ebenfalls mit nur einem Stop fliegt Lufthansa nach Bangkok, Hongkong, Kuala Lumpur und Singapore. Nach Bombay, Delhi und Karachi können Sie ab Frankfurt nonstop fliegen. Sie sehen, mit Ihrer Flugzeit nach Fernost gehen wir möglichst sparsam um. Aber unseren Service und den großräumigen Komfort einer der modernsten Flotten der Welt können Sie voll genießen. Ob Sie First oder Business-Class wählen: Lassen Sie sich verwöhnen.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Raumstation der UdSSR als Satellitenkiller

AFP, Washington

Die Sowjetunion arbeitet zur Zeit an den letzten Einzelheiten eines bemannten Raumfahrzeugs, das amerikanische Satelliten mit Laserstrahlen angreifen kann. Das berichtet die amerikanische Fachzeitschrift „Aviatian Week and Space Technology" in ihrer jüngsten Nummer. Der Zeitschrift zufolge soll der neue „Satellitenkiller" von einer ebenfalls noch in Entwicklung stehenden riesigen Trägerrakete in den nächsten beiden Jahren in den Weltraum befördert werden. Die den ehemaligen amerikanischen „Saturn-5" ähnliche Trägerrakete, die Lasten von 150 bis 200 Tonnen auf ihre Umlaufbahn bringen könne, sei jedoch in erster Linie dazu bestimmt, die verschiedenen Elemente der künftigen sowjetischen Raumstation ins All zu befördern. Die UdSSR verfügt schon jetzt über ein einsatzbereites aber ziemlich primitives System von „Satellitenkillern".

„Vorwärts" erhält Nachfolger in „rosa"

p. p. Bonn

Der SPD-Parteivorstand wird den Delegierten des Mai-Parteitages in Essen das Konzept für eine neue Mitgliederzeitung vorlegen, die vom 1. Januar 1986 an samstags allen Mitgliedern per Post zugestellt werden soll. Es soll beim traditionellen Namen „Vorwärts" bleiben, allerdings ein völlig verändertes Produkt werden, das möglicherweise schon durch rosafarbenes Papier auffallen wird. Wie Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, neben Parteisprecher Wolfgang Clement einer der Vordenker für das neue Konzept, gestern sagte, rechne man mit jährlichen Kosten in Höhe von 20 bis 22 Millionen Mark, die über eine durchschnittliche Beitragserhöhung von 2,25 Mark aufzubringen seien. Das noch mehr favorisierte Konzept einer Sonntags-Zeitung würde bei etwa 60 Millionen Mark liegen und sei deshalb vorerst nicht zu realisieren.

In dem neuen „Vorwärts" soll auch die jetzige Mitgliederzeitung „sm" aufgehen, die derzeit mit jährlich fünf Millionen Mark bezuschußt wird. Eine gründliche Marktanalyse soll den Boden bereiten für ein Zeitungskonzept, das „von allen Mitgliedern getragen wird".

Frandschieh war zum Nachgeben nicht bereit

Syrer setzten ihren Libanon-Kompromiß nicht durch

IRENE ZÜCKER, Lausanne

Eigentlich sollte die libanesische Versöhnungskonferenz in Lausanne gestern beendet werden. Der syrische Vizepräsident Khaddam wollte sie durch einen Kompromiß beenden, nicht zuletzt, um für Syrien die Rolle eines Friedensstifters zu beanspruchen. Alle libanesischen Teilnehmer waren zuvor verpflichtet worden, ihr Einverständnis zu geben. Aber niemand hatte damit gerechnet, daß in letzter Minute der maronitische Christ Suleiman Frandschieh seine Meinung ändern und das als Schlußsitzung vorgesehene Plenum platzen lassen würde.

Als ehemaliger Staatspräsident konnte er es nicht verkraften, daß in dem von Amin Gemayel zur Annahme vorgelegten Schlußdokument der Einfluß des maronitischen Präsidenten zukünftig etwas eingeschränkt und die Macht des Regierungschefs, der immer ein sunnitischer Moslem sein muß, erweitert wird, da er heute die Mehrheit der Libanesen vertritt. Denn die heutigen Exekutivrechte des Präsidenten sind Symbol für die christliche Minderheit in den 40 Jahren ihres Regierens.

Am Montag nachmittag war die Geduld des syrischen Vizepräsidenten gegenüber den uneinigen Libanesen zu Ende: Unter seiner Führung, zusammen mit dem saudischen Beobachter wurde ein gemeinsames Schlußdokument geschnürt, das ein Minimum an Reformen enthält. Zuvor war eine neue Version eines gemeinsamen christlichen Vorschlags sowie ein Arbeitspapier der moslemischen Führer vorgelegt worden.

Dem neunseitigen Schlußdokument, das Präsident Gemayel in der Nacht in Anwesenheit aller Konferenzteilnehmer vorgelegt worden war, wollten sogar Drusenführer Dschumblatt und der moderat wirkende Schiitenchef Berri zustimmen, obwohl sie mit den meisten Punkten nicht einverstanden sind. Aber sie können sich die syrische Freundschaft nicht verscherzen. Obschon das syrisch-saudische Einigungspapier so weit verwässert ist, daß damit die libanesischen Probleme nicht gelöst werden können, läßt es doch den Dialog zu einem späteren Zeitpunkt in Beirut offen.

Dschumblatt kündigte an, er wolle die Schweiz noch gestern verlassen und nach Libanon zurückkehren. Weitere Verhandlungen seien zwecklos. Auf die Frage, was als nächstes geschehen werde, sagte er Journalisten: „Weitere Kämpfe, weiteres Blutvergießen". Er müsse nach Libanon zurückkehren, „um bei meinen Leuten zu sein".

Polizei gegen Streikende

Britische Gewerkschaft will Gericht anrufen

AP, London

Die britische Bergleutegewerkschaft NUM hat am Dienstag die Anrufung des Obersten Gerichtshofs angekündigt, um die Polizei zum Abbau ihrer Straßensperren für „fliegende Streikposten" zu zwingen. Am Montag hatte die Polizei unter anderem im Dartford-Tunnel Streikposten aus Kent abgefangen, die mit Bussen auf dem Weg zu den Zechen in Nottinghamshire waren. NUM-Präsident Arthur Scargill warf der Regierung vor, mit dem massiven Eingriff in den Arbeitskampf einen Polizeistaat zu schaffen.

Im Laufe des Dienstags zeichnete sich eine Stabilisierung der Streikfront ab, die am Wochenende abzubröckeln schien. Nach Angaben der staatlichen Bergbaugesellschaft NCB arbeiteten am Dienstag 42 der 174 Zechen normal.

Gewalttätige Auseinandersetzungen wurden nicht gemeldet. Die Streikposten beschränkten sich in der Regel darauf, die von der Polizei in die Bergwerke eskortierten Arbeiter mit Pfiffen und Buhrufen zu überschütten. Gegen den am 12. März begonnenen Streik stimmten nur 60 000 der 183 000 NUM-Mitglieder. In den regionalen Urabstimmungen gab es jedoch örtlich breite Mehrheiten gegen den Arbeitskampf. Die NUM schickte daher „fliegende Streikposten" in die Landesteile, wo die Mehrheit gegen den Streik war. Mit dem Streik soll verhindert werden, daß alte Gruben geschlossen und Arbeiter entlassen werden.

Hart plädiert für flexible Politik

In seinem Programm haben freie Marktwirtschaft und Militärreform Vorrang

TH. KIELINGER, Washington

Die Demokratische Partei der USA könnte man mit dem berühmten Spruch über Los Angeles vergleichen – eine Ansammlung von acht Millionen Autofahrern auf der Suche nach ihrer Stadt. Ähnlich irren in der Partei Roosevelts die Anhänger in der Gegend, auf der Suche nach dem einigenden Band.

Die Regenbogen-Koalition der Einzelinteressen hat in dieser Partei das Suchen nach dem gemeinsamen Nenner nie leicht gemacht. Es ist oft nur die programmatische Eintracht der Parteitagsplattform, die alle vier Jahre eine Wahlsaison lang Ruhe unter den Kohorten des demokratischen Spektrums stiftet. Man rauft sich nach dem Vorwahlkampf zusammen, um wieder an die Macht zu kommen oder die Macht zu verteidigen. Danach brechen die alten Widersprüche, die Spannungen zwischen dem beharrenden und dem zukunftsorientierten Flügel wieder auf.

Im demokratischen Lager dieser Wahlsaison ist Senator Gary Hart jener Kandidat, der mit größtem Aufwand an Logik, Rationalität und technologischen Pragmatismus das Geschäft der Zukunft anzupacken versucht. Er tut das mit einem so hohen Maß an leidenschaftlosem Einsatz, daß seine Gegner ihn schon zu einem blutleeren, kalten Aristokraten der High-Tech-Ära gestempelt haben.

Ein bißchen sind in dieser unterkühlten Manier Harts eigene Wesenszüge enthalten, seine philosophisch-theologische Ausbildung, die seinem Jura-Studium in Yale voranging, sein zur Zurückhaltung neigender Charakter. Stärker dagegen spricht hier die Generation der in den sechziger und siebziger Jahren zur Reife gelangten Amerikaner, die zuviel vom amerikanischen Traum haben verschwinden sehen, um noch zu Hubert-Humphrey-artiger Rhetorik und den Glauben an politische Nestwärme zurückzufinden. Das, was wir seit einigen Jahren im atlantischen Dialog das Problem der „Successor-Generation", der Nachfolgegeneration, nennen, schlägt hier voll durch.

Diese neue Generation schaut auf die alten Bindungen mit dem kühlen Kopf eines Computer-Analytikers. So sagte Hart unlängst vor dem „Council on Foreign Relations" in Chicago: „Ich glaube, unsere Alliierten müssen in der Zukunft – ich spreche hier von 10, 15, 20 Jahren – mehr Verantwortung bei der Wahrnehmung ihrer kontinentalen Interessen übernehmen."



Vorwahlkämpfer Gary Hart
FOTO: STEVE KAGAN/STUDIO X

Eine Verteidigungsbrücke von Westeuropa über den Mittleren Osten bis zum Golf? In diese Richtung gehen die Überlegungen des Gary Hart. In diesem Szenario braucht Amerika dann etwa zum Schutz der Ölroute durch den Golf nur noch See- und Luftpräsenz beizusteuern, „um das, was die Alliierten tun wollen, zu unterstützen, ohne daß dabei unnötigerweise amerikanische Soldaten aufs Spiel gesetzt werden".

Ähnliche Positionen vertritt Hart im innenpolitischen Bereich. Als die US-Bundesregierung vor fünf Jahren einen großen Rettungsplan für den Autogiganten Chrysler Corporation verabschiedete, protestierte Hart heftig: „Unter den Prinzipien des wettbewerbsorientierten Unternehmertums steht es der Bundesregierung nicht zu, verantwortlich aufzutreten, um den Niedergang einzelner Unternehmen, und seien sie noch so groß, aufzuhalten." Das freie Unternehmertum, so folgerte er erbarmungslos, bringe auch „die Freiheit zu mißlingen", mit sich.

Kein Wunder, daß die Liberalen alter Schule mit diesem Neo-Liberalen, der eher wie ein besessener Retter des Marktprinzips klingt, nicht richtig warm werden. Hier steht nicht mehr die alte Priorität des demokratischen Establishments, das Verteilungsprinzip, an erster Stelle. Hier wird nach neuen Mitteln und Wegen von Wachstum, nach Umschulung von Arbeitskräften, nach funktionaler Produktivitätsplanung, nach Steueranreizen für Investoren und anderen mehr gerufen, nachzulesen in Harts Buch „A New Democracy" (1983). Nicht mehr die Einzelinteressen stehen obenan, sondern Flexibilität auf der Suche nach mehr Wachstum, nach kostengerechterer Produktivität.

Ähnliche Prinzipien leiten den Senator auch bei seinem Steckenpferd, der „Militärreform" (so genannt nach der Arbeitsgruppe im Senat, die Hart mitbegründete). Militärreform heißt: Weg von der Betonung großer, kostspieliger Waffensysteme und dem Kampfprinzip der Abnutzung, hin zu einer Vielzahl der kleineren Arsenalwaffen und zu einer Philosophie der „Manöver-Kriegführung" (blitzhafte Verlagerung von Truppen und Material zur Unterbrechung des gegnerischen Aufmarsches. Vorbild: die Israelis und die deutschen Streitkräfte zu Anfang des Zweiten Weltkrieges).

So favorisiert Hart beispielsweise statt der großen atomgetriebenen Flugzeugträger kleinere Träger für senkrechtstartende Flugzeuge. Bei den landgestützten Systemen zieht er die künftige Ein-Sprengkopf-Rakete (Midgetman) der jetzigen MX vor. Entscheidend ist, daß seine Gedanken nicht, wie bei den Liberalen üblich, in erster Linie um eine Einschränkung des Pentagon kreisen, sondern um Pläne zu einer schlagkräftigeren Streitmacht mit höherem Bereitschaftsgrad, größerer operativer Flexibilität.

Sehr diffus – und daher zur Analyse weniger geeignet – kommt bei Hart das Thema Ost-West durch. Hier spuken noch am ehesten die ultraliberalen Ideen des einstigen Wahlkampfstrategen von George McGovern. Grundsätzlich scheint Hart mit dem alten Schuldkomplex der Liberalen beladen, der in den Tragödien der Dritten Welt zuerst die Armut als Hauptwurzel ausmacht, danach die ungefragte militärische Präsenz der USA, zu allerletzt irgendwelche Chancen, die sich aus all dem für sowjetische Machenschaften ergeben. Ein Präsident Hart würde mit diesen Ideen in schwere Kämpfe mit dem Kongreß verwickelt werden.

Peking will US-Technologien importieren

AFP, Peking

Peking wünscht eine Aufhebung der amerikanischen Exportbeschränkungen nach China. Die englischsprachige Tageszeitung „China Daily" zitierte gestern den chinesischen Finanzminister Wang Bingqian, der von seinem zur Zeit in China weilenden US-Amtskollegen Donald Regan die Aufhebung der „diskriminatorischen" Ausfuhrbeschränkungen für technologische Güter in die Volksrepublik gefordert hatte. Regan antwortete, daß die USA die Zahl der genehmigungsfreien Güter seit 1981 bereits auf 3314 verdoppelt haben und auf diesem Weg weitergehen werden. Darüber hinaus weise die chinesische Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten einen Überschuß von 71 Millionen Dollar aus. Die chinesischen Textileinfuhren in die USA hatten in der Vergangenheit zu Mißstimmungen zwischen Peking und Washington geführt.

Regan nimmt seit Sonntag in Peking an der vierten Sitzung der chinesisch-amerikanischen Wirtschaftskommission teil. Er will nach eigenen Angaben auch den für April vorgesehenen Besuch von US-Präsident Ronald Reagan in der Volksrepublik China vorbereiten.

Textilabkommen: EG spricht mit China

AFP, Peking

China, das größte Textilherstellerland der Welt, und die Europäische Gemeinschaft haben gestern in Peking die Verhandlungen um eine Verlängerung des Ende 1983 ausgelaufenen Textilabkommens wiederaufgenommen. Dies wurde in der chinesischen Hauptstadt bekannt. Vertreter beider Seiten hatten die Frage Ende vergangenen Jahres bereits in Brüssel erörtert, ohne zu einer Übereinkunft zu gelangen.

China beharrte auf einer Anhebung seiner Textil-Exportquote in die Europäische Gemeinschaft um 20 bis 40 Prozent. Die EG will ihrerseits eine Steigerung der Textileinfuhren aus China um zehn Prozent nicht übersteigen und verfügte zu Beginn dieses Jahres einseitig die Begrenzung auf ein Plus von sieben Prozent bis zum Abschluß eines neuen Vertrags. Der Anteil chinesischer Textilien hat in den vergangenen Jahren im Handel zwischen China und der EG ständig zugenommen.

Marokko „integriert" ein Stück Sahara

Von B. RÜTTEN

Unversehens hat sich die Wüste gewandelt. Die unendlich erscheinende gelbbraune Sandfläche der Sahara, von Linien, Furchen und Flecken durchzogen, die vom tieffliegenden Hubschrauber aus rätselhaft erscheinen, ist dunkler geworden. Mehr als 100 Kilometer Flug von Al-Ayoun schien die Westsahara nichts als ein ins riesenhafte vergrößerter Strand, *nur von den geraden Bändern* der Straße nach Bou-Craa und der Piste nach Smara unterbrochen, und vereinzelt einem Nomadenzelt. Doch nun tauchen schwärzliche Berge am Horizont auf. Wie Spielzeugfiguren nehmen sich Militärfahrzeuge, Zelte und Soldaten unter uns aus. Sie vergrößern sich so rasch, wie der Hubschrauber nieder geht. Als wir aufsetzen, das *Motorengeräusch* leiser wird, die rotierenden Flügel auslaufen und die Staubwolke sinkt, die unsere Landung verursacht hat, tritt uns der Kommandant dieses vorgeschobenen Stützpunkts entgegen und bittet uns zum Tee in einen Unimog, der als Unterstand dient.

Von hier aus sind es nur wenige *Kilometer nach Amgala. Doch das* Gelände ist schwierig. Die Piste verliert sich im steinigen Untergrund. Die leichten Landrover, mit schwerbewaffneten Soldaten und Funkgeräten beladen, werden arg strapaziert, ehe wir die Ortschaft im Schatten der schwarzen Berge erreichen. Ortschaft? Ein Dutzend verlassener Häuser, ohne Dächer, aus lose aufeinandergeschichteten Felssteinen erbaut, mit schwarz starrenden Fenster- und Türöffnungen.

Amgala ist die jüngste Eroberung der Marokkaner im seit acht Jahren anhaltenden Kampf um die ehemals spanische Westsahara, dessen Ende nicht abzusehen ist. Nach dem Abzug der spanischen Kolonialmacht beanspruchte Marokko das Gebiet für sich mit der Begründung, es sei vor der Kolonisierung Teil des Königsreichs gewesen. Als sich Marokko und Mauretanien 1975 in einem Geheimabkommen mit Spanien darauf einigten, die Westsahara zwichen Mauretanien und Marokko aufzuteilen, fühlte sich Algerien übergangen. Seitdem unterstützt es die Befreiungsbewegung Polisario, die 1976 eine unabhängige Republik Westsahara (RASD) proklamierte. Im Juli 1978 gab das geschwächte Mauretanien auf. Ende Februar 1984 hat es sogar die RASD anerkannt. Die Stützpunkte und Flüchtlingslager der Polisario befinden sich in der Nähe des algerischen Tindouf. Marokko hat inzwischen weite Teile der ehemaligen Kolonie integriert und insbesondere die Städte Al-Ayoun und Smara sowie die Phosphatmine von Bou-Craa – das sogenannte nützliche Dreieck – mit einem befestigten Wall umgeben, der sich als uneinnehmbar erwiesen hat. Die hinter dem Wall verschanzten marokkanischen Truppen kontrollieren mit elektronischen Geräten das Vorfeld auf 30–60 Kilometer. Im übrigen überlassen sie die Einöde der Polisario, die das verlassene, ehemals spanische Fort Hausa zur Hauptstadt der RASD erklärt hat und gelegentlich sogar Kommuniqués von Smara datiert. Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ist in der Frage der Anerkennung der RASD gespalten.

Amgala hat eine neue Phase des Krieges eingeleitet. Seit 18 000 marokkanische Soldaten Ende Dezember 1983 in einem Ausfall den Schutz des Walls verließen und nach heftigem Gefecht mit der Polisario die Ortschaft besetzten, herrscht hier rege Aktivität. Wenige Kilometer weiter ist bereits eine neue Mauer entstanden, die teilweise parallel im Abstand von 40–60 Kilometer zur alten weite Teile der Westsahara zusätzlich in marokkanisches Gebiet integriert. Sie verläuft bei Amgala fast an der mauretanischen Grenze entlang und geht dann nach Norden in einer Entfernung von 30 Kilometern an Hausa vorbei. In einem späteren Stadium soll sie auch die im Süden der Westsahara gelegene Hafenstadt Dakhla umfassen. Der Oberkommandierende des südlichen Bezirks, Oberst Bennani, gibt die bisherige Länge mit 700 Kilometern an.

Dann stehen wir vor diesem Meisterwerk: Am Rande eines steilen Geländeabbruchs ist aus flachen Felssteinen, die lose aufeinandergeschichtet sind, ein über zwei Meter hoher Wall errichtet, der soweit das Auge reicht, dem Steilhang folgt und auf diese Weise geschickt die natürlichen Gegebenheiten des Geländes ausnutzt. In regelmäßigen Abständen sind, ebenfalls aus Felsgestein, Unterstände eingerichtet, in denen die Soldaten leben und, das Maschinengewehr im Anschlag, das gesamte Gebiet bis zur mauretanischen Grenze kontrollieren können.

Das Leben der Soldaten ist hart. Im Sommer sind sie Temperaturen bis zu 50 Grad, im Winter empfindlicher Nachtkälte ausgesetzt. Ihre Tage verbringen sie mit Warten und Wachen. „Die Moral ist gut", sagt der Kommandant des Abschnitts. Die 80 000 Mann, die zur Zeit in der Westsahara stehen, erhalten doppelten Sold und alle drei Monate Urlaub.

Daß Marokko vollendete Tatsachen geschaffen hat und nicht auch nur einen Augenblick Zweifel an der Ungehörigkeit der „saharischen Provinzen" in Marokko aufkommen läßt, beweist ein Besuch in Al-Ayoun und Smara, wo ein Bau- und Investitionsboom im Gange ist. Beide Orte sind mit normalen Inlandsflügen erreichbar, die offensichtlich ständig ausgebucht sind, nicht nur mit an- und abreisenden Soldaten. Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Geschäftsbauten und ganze Wohnviertel sprießen förmlich aus dem Boden. Niemand käme auf den Gedanken, daß dies nicht Marokko sei.

Libyen droht mit Abschuß der Awacs-Maschinen

AP, New York

Die Entsendung amerikanischer Frühwarn- und Aufklärungsflugzeuge vom Typ Awacs nach Ägypten ist von Libyen als „Provokation" bezeichnet worden. Wie die amtliche libysche Nachrichtenagentur Jana gestern meldete, wird gleichzeitig der mögliche Abschuß der Awacs-Maschinen durch die libysche Luftwaffe angedroht. Die libysche Armee weise warnend darauf hin, heißt es in dem Agenturbericht, daß die libysch-arabische Luftwaffe zur Intervention in jenen Lufträumen fähig sei, in denen die Flugzeuge operieren.

Die amerikanische Regierung hatte die zwei Awacs-Frühwarnsysteme in Ägypten stationiert, nachdem die sudanesische Stadt Omdurman bombardiert worden war. Für den Luftangriff, bei dem es fünf Tote gab und der Rundfunksender der Stadt schwer beschädigt wurde, ist Libyen von Sudan, Ägypten und den USA verantwortlich gemacht worden. Die Libyer bestreiten dagegen jede Beteiligung an diesem Überfall. Sie bezichtigen die USA, die beiden Awacs-Maschinen zu Spionagezwecken nach Ägypten beschickt zu haben.

Bereits im vergangenen August hatten die USA zwei Awacs-Flugzeuge nach Karthum geschickt. Sie sollten Tschad helfen, sich besser vor libyschen Luftübergriffen zu schützen. Auf Ersuchen Sudans hat der UN-Sicherheitsrat in New York gestern über den Zwischenfall in Omdurman beraten.

Schlägerei im römischen Senat

Streit über das Lohndekret der Regierung Craxi / KPI will Ratifizierung verhindern

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Das offizielle Sitzungsprotokoll verzeichnet „lebhafteste Unruhe und Proteste der extremen Linken, Werfen mit Gegenständen, Tumult im Saal". Was mit diesen Worten beschönigend umschrieben wird, war ein in der Parlamentsgeschichte der italienischen Republik beispielloses Ereignis.

Im Goldstuckambiente des römischen Palazzo Madama mit seinem edelholz- und plüschverkleideten Senatssitzungssaal, der distinguierte Würde gerade vorzuschreiben scheint, gerieten zum ersten Mal Kommunisten und Sozialisten handgreiflich aneinander. Nach der Volksfront-Allianz der ersten Nachkriegsjahre und dem darauffolgenden Schisma kam es – ein Dreivierteljahr nach der Bildung der ersten sozialistisch geführten Regierung des Landes – zum physischen Zusammenstoß zwischen einstigen Genossen. „Welch unwürdiges Schauspiel!" Der kommunisische Senator Alici rief die Worte über den tumultösen Lärm hinweg und klapperte mit seinem Pultdeckel.

Der Zwischenfall im Senat bildete den bisherigen Höhepunkt einer von Tag zu Tag schärfer werdenden Polemik zwischen *Kommunisten und* Sozialisten, die in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß sich der sozialistische Ministerpräsident und Parteisekretär Bettino Craxi als erster Ministerpräsident seit vielen Jahren entschlossen hat, eine für richtig gehaltene Politik auch gegen den erklärten Widerstand der KPI durchzusetzen. Die Kommunisten haben ihm den bedingungslosen Kampf angesagt.

Bei der Senatsdebatte, die noch immer im Gange ist, geht es um die parlamentarische Ratifizierung des von der Regierung Craxi erlassenen Lohndekrets, mit dem die inflationstreibende gleitende Lohnskala abgebremst werden soll. Das Dekret muß, wenn es nicht verfallen soll, bis zum 22. April von beiden Häusern des Parlaments bestätigt werden.

Mit Dutzenden von Anträgen zur Geschäftsordnung und Abänderungsvorschlägen versuchen die Kommunisten hier, die Diskussion in die Länge zu ziehen, damit der Abgeordnetenkammer dann nicht mehr genügend Zeit bleibt, das Dekret fristgerecht zu ratifizieren. Craxi möchte aber die Senatsentscheidung schon für morgen erzwingen – notfalls durch Stellen der Vertrauensfrage. Er will die Senatoren nicht dem Risiko ausgesetzt sehen, unter Umständen am Samstag unter dem Druck ein von der KPI und den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären organisierten „Marsches auf Rom" abstimmen zu müssen. Zu diesem Protestmarsch gegen das Lohndekret werden 600 000 bis 700 000 Arbeiter, Rentner und Studenten in der Hauptstadt erwartet.

Um die Senatsdebatte zu beschleunigen, überzog der amtierende sozialistische Senatspräsident Della Briotta am Montag die vereinbarte Sitzungszeit und stellte außerdem einen kommunistischen Geschäftsordnungsantrag zur Anhörung des zuständigen Ausschusses in einer Detailfrage zurück. Bei den kommunistischen Senatoren löste er damit einen Sturm des Protestes aus, der schon binnen kurzem zu Tumulten führte, wie sie der Senat zum letzen Mal in der überhitzten Atmosphäre der fünfziger Jahre erlebt hatte – seinerzeit allerdings nicht zwischen Kommunisten und Sozialisten, sondern zwischen Kommunisten und Christdemokraten.

Während dem Präsidenten alle möglichen Beschimpfungen, aber auch Zeitungen und Bücher entgegenflogen, arbeitete sich der schwergewichtige kommunistische Senator Pietro Parmeno zur Regierungsbank vor und entriß dem gerade sprechenden sozialistischen Arbeitsminister De Michelis das Manuskript. Beim Sprung zurück in den Saal kam er freilich so unglücklich zu Fall, daß er mit einer Bänderzerrung in das katholische Krankenhaus „Fatebenefratelli" eingeliefert werden mußte.

Jüngere, sportlichere sozialistische *Senatoren eilten ihrem bedrängten* Minister zu Hilfe. Einer von ihnen, der vierzigjährige Unterstaatssekretär im Innenministerium, Barsacchi, ging sogar zum Angriff über. Er verabreichte einem kommunistischen Senator zwei Ohrfeigen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ärzte-Ausbildung

„Leserbrief: Ausbildung junger Ärzte"; WELT vom 2. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der begrüßenswerten Diskussion über eine bessere Ausbildung für Ärzte möchte ich folgendes hinzufügen: Hauptgrund für die Änderung der Bundesärzteordnung ist eine bessere praktische Qualifikation der Ärzte. Wesentliche Änderungen sind die Verstärkung der Benotung der schriftlichen und mündlichen Prüfungen, eine zweijährige Praxisphase im Anschluß an das sechsjährige Medizinstudium und die Intensivierung der praktischen, patientennahen Ausbildung im Studium.

Die CDU ist zudem der Auffassung, daß hinzukommen müßte die Einführung eines ca. halbjährigen Krankenpflegedienstes, auch mehr Einfluß der Hochschulen bei der Auswahl der Medizinstudenten, die Straffung der Kapazitätsverordnung und daß die zweijährige Praxisphase im Anschluß an das sechsjährige Medizinstiudium das praktische Jahr nicht ersetzt, sondern zusätzlich eingeführt werden soll.

Mit freundlichen Grüßen
H. Kroll-Schlüter,
Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Chemie-Waffen

„Die Divisionen der Roten Armee üben Einsatz chemischer Waffen"; WELT vom 11. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank der WELT, daß der Spezialist A. Weistein zu Wort kommen konnte.

Wenn ich mich recht entsinne, tönte Herr Egon Bahr, die Neutronenwaffe sei eine Perversion menschlichen Denkens. Die USA hatten erwogen, diese Waffe gegen die drohende Übermacht der Kampfpanzer des Warschauer Paktes in die konkrete Planung zu nehmen. Nun steht es in der WELT, vom Experten vorgetragen: Der Warschauer Pakt unterhält „19 Lager und Depots chemischer Waffen, davon ein halbes Dutzend weit nach Westen vorgeschoben". Von Herrn Bahr ist kein protestierendes Wort zu vernehmen, obwohl uns die fürchterlichen chemischen Waffen der Kommunisten täglich bedrohen.

Als Wehrpflichtiger der Nationalen Volksarmee der „DDR" habe ich 1963 in den Wäldern um Berlin trainieren müssen, im „Schutze" abgefeuerter chemischer Waffen das Gefechtsfeld zu durchqueren. Diese Strategie ist westlichen Geheimdiensten bekannt, denn wir hatten auch den Befehl, Angehörige westlicher Militärmissionen festzunehmen.

Es erschüttert mich immer wieder, daß SPD-Politiker nur die Verteidigung pervers finden.

Mit freundlichem Gruß
Klaus-Reiner Latk,
Bonndorf

Üble Kumpanei

„Klagt der Bund jetzt gegen das Land Nordrhein-Westfalen?"; WELT vom 12. März

Der Bund hat geradezu die moralische Pflicht, wegen Verschwendung von Steuergeldern und schludriger Bauaufsicht gegen das Land Nordrhein-Westfalen und gegen die „Neue Heimat, Stadtbau", wegen fahrlässiger Planung, mangelhafter und verzögerter Bauausführung zu klagen. Die an anderer Stelle Ihrer Zeitung aufgezeigte Möglichkeit, einen Teil der gezahlten Bundeszuschüsse zurückzufordern, sollte nicht vertan werden!

Der Skandal um dieses Klinikum sollte wegen seiner gigantischen Dimension in das Langzeitgedächtnis aller Bundesbürger eingehen.

Wolfgang Fussek,
Alfeld (Leine)

Ohne Lobby

In Ihrem Artikel „Gesamtmetall: Warnstreik ist rechtswidrig" (WELT vom 7. März) lese ich: „Solange die Gewerkschaft auf einer 35-Stunden-Woche beharre müßte sie zu einer sechsjährigen Lohnpause bereit sein, um die Finanzierung überhaupt zu ermöglichen".

Die BfA-Zeitschrift „gesichertes Leben" März '84: „Nur 1 Prozent weniger Bruttolohnzuwachs ... bedeutet für die Rentenkassen 1,2 Milliarden DM weniger im Jahr an Einnahmen." Wenn also statt – beispielsweise – 3,5 Prozent mehr Lohn die 35-Stunden-Woche mit 0 Prozent Zuwachs tritt, fallen bei den Rentenkassen 4,2 Milliarden aus.

Die 13 Millionen Rentner bezahlen die Freizeit der Arbeitsbesitzer mit 0,0 Prozent Rentenaufbesserung. Das wäre doch eines Transparentes bei den Streikdemonstrationen wert. Aber der Rentner hat keine Lobby, keine Organisation und keine Funktionäre.

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm-W. Dietz,
Grafing

Wort des Tages

„Wille zum Leben heißt auch Wille zur Freude, zur Lust, zum Glück. Wille zum Leben ist in jedem wirklichen Menschen auch Wille zur Freude. In allem, was er will, will er auch das. Freude kann man nur haben, indem man auch Freude macht."

Karl Barth, schweiz. Theologe (1886–1968)

Personalien

EHRUNGEN

Der Düsseldorfer Künstler **Bert Gerresheim** hatte für die „Große Nordrhein-Westfälische Kunstausstellung" 1982/83 eine Vexierbüste **„Herbert Wehner"** geschaffen. Zwei Arbeitsskizzen für diese Arbeit hat jetzt der Düsseldorfer SPD-Bundestagsabgeordnete **Michael Müller** gekauft, *die mit einer dritten* von Gerresheim gestifteten Skizze im Zimmer des SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden ihren Ehrenplatz gefunden haben. Bei der Übergabe der Skizzen waren **Herbert Wehner** und **Hans-Jochen Vogel**, der Künstler und viele sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete zugegen.



Übergabe der Skizzen. Von links: Hans-Jochen Vogel, Bert Gerresheim, Michael Müller und Herbert Wehner FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

*

Annemarie Griesinger, Ministerin und Bevollmächtigte des Landes Baden-Württemberg in Bonn, wurde Offizier der Französischen Ehrenlegion. Die Auszeichnung überreichte Frankreichs Botschafter **Jacques Morizet** in Bonn. Botschafter Morizet wies darauf hin, daß Frau Griesinger sowohl als frühere Abgeordnete des Bundestages, als Baden-Württembergischer Minister für Arbeit und Sozialordnung und in den letzten Jahren als Ministerin für Bundesangelegenheiten stets um eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bemüht war. Dieses Engagement unterstrichen habe sie auch in ihrer Eigenschaft als Europabeauftragte der Landesregierung und als Landesvorsitzende der Europa-Union in Baden-Württemberg.

*

Für seine Verdienste um „Wohl und Wachstum der Katholischen Kirche" ist Dr. **Theodor Sautter** von Papst **Johannes Paul II.** das „Komturkreuz des Gregoriusordens" verliehen worden. Sautter sei im Laufe von Jahrzehnten zu einem „Bestandteil des Hauses" geworden und habe „wichtige Etappen unserer Arbeit mitgestaltet", betonte der Leiter des Katholischen Büros in Bonn, Prälat **Paul Bocklet**, bei der Übergabe des Ordens und der Verleihungsurkunde im „Wilhelm-Böhler-Haus". Die Ehrung für Sautter, der 1952 einer der Mitbegründer des „Wilhelm-Böhler-Klubs" war, solle „Anerkennung und Zeichen des Dankes sein", sagte Bocklet.

Zur Eröffnung unserer Business Class hier eine Bilanz über unsere Flughäfen Genf und Zürich.

Genf Transit	
Restaurants	1
Bar	4
VIP-Lounge	1
First-Class-Lounge	1
Andachtsraum	1
Bäder / Duschen	6
Nursery	1
Erste Hilfe	1
Tax-free-Shop	4
Kiosk	4
Bijouterie / Uhrengeschäft	2
Delikatessen-Laden	2
Bank	1
Post und Telegraf	1
Öffentliche Telefone	23
Information	1

Zürich Transit	
Restaurants	2
Bar	3
VIP-Lounge	1
First-Class-Lounge	2
Andachtsraum	1
Bäder / Duschen	14
Nursery	2
Erste Hilfe	2
Tax-free-Shop	3
Kiosk	4
Bijouterie / Uhrengeschäft	2
Modeboutique	1
Heimatwerk	2
Delikatessen-Laden	1
Apotheke	1
Bank	2
Post und Telegraf	2
Öffentliche Telefone	59
Information	2
Fundbüro	2

Unsere Bilanz ist zwar absolut korrekt und exakt, aber eigentlich doch unvollständig. Denn manch Erfreuliches geht daraus nicht hervor.

So sagen die trockenen Zahlen natürlich nicht, wie kompakt diese reiche Infrastruktur angeordnet ist. Mit wie wenigen Schritten Sie also in den Bars, in den Banken, in den Restaurants, in den Geschäften oder unter der Dusche sind. Und sie sagen auch nicht, wie freundlich überall die Bedienung und wie gross überall die Auswahl ist. Und wie präzis – und wie vielsprachig – Sie von Swissair-Leuten Antworten auf Ihre Fragen bekommen.

Wenn man keine Zeit mit Marschieren und Suchen verliert, hat man die ganze Umsteigezeit für sich. Was in Genf und Zürich umso wichtiger ist, als die Swissair rasche Anschlüsse nach rund 100 Destinationen in aller Welt bietet. (Immer mehr Europa- und Nahostdestinationen fliegen wir übrigens mit dem modernen Airbus A310 an.)

Für Passagiere aus der Bundesrepublik ist der Weg via Schweiz sogar besonders angenehm. Wird ihnen doch z. B. in München, Stuttgart, Düsseldorf und Frankfurt die Einsteigekarte bis zur Enddestination ausgehändigt, so dass sie in Genf und Zürich den Transitschalter links liegen lassen können.

Allerdings ist es auch etwas schade, dass die meisten Passagiere so schnell umsteigen. Denn ausserhalb des Transitbereichs eröffnet sich ihnen erst recht ein Einkaufsparadies.

Es würde uns freuen, wenn Sie unsere Bilanz einmal an Ort und Stelle überprüfen kämen. Wären nicht gerade die vielen Aktivposten unserer neuen Business Class ein schöner Anlass dazu?

swissair

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Unser Mandant baut nach einer stürmischen Wachstumsphase in einem Marktsegment, in welchem er sich als Marktführer bezeichnen darf, seine Vertriebsorganisation aus.

Bei seinem anspruchsvollen Kundenkreis – kommunale und private Abnehmer – hat er sich mit seinem Erzeugungsprogramm einen Namen gemacht.

Die von ihm hergestellten energiesparenden Zusatzeinrichtungen eröffnen weitere Einsatzmöglichkeiten, die genutzt werden sollen.

Hierfür sucht er eingeführte und verkaufsorientiert arbeitende

Handelsvertreter Sanitär/Heizung

Für die Gebiete: Hamburg mit Schleswig-Holstein, Hannover mit östlichem Niedersachsen

Die vertraglichen Konditionen entsprechen den Anforderungen.

Der Standort des Unternehmens befindet sich im Herzen Baden-Württembergs.

Bitte wenden Sie sich zur Kontaktaufnahme an: Schäferstr. 10, 7500 Karlsruhe 1, Telefon 07 21 / 68 89 97

WIRTSCHAFTSBERATUNG SCHÜTZE GMBH

ZWEIT-VERTRETUNG

für verschiedene Gebiete noch zu vergeben. Unser Lieferprogramm: Magnetschilder – Klebefolien – Aufkleber – Etiketten, Bautafeln, PVC-Spannfolien.



Schriftliche Anfragen an:

Kasper & Keller GmbH

7801 Umkirch – Tel. 0 76 65 / 70 07



Merheimer Str. 440 · 5 Köln 60
Telefon: 02 21 / 7 40 99 99

Freie Dienstleistungsgruppe Köln · Postf. 60 07 61
angemeldete Gewerbebetriebe zur HWK und IHK Köln

Rohrleitungsbau – Industriemontagen – Nah- und Fern-Transport – Frachtenvermittlung – Nah und Fern – Eil – Termin – Express – Schnelldienste –
Für Industriebedarf und Privathaushalte

Fußball-Bundesligist, 1. Liga

sucht Sponsor

für Trikot-, Banden-Stadionwerbung. Angebote unter W 5011 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

IHR PARTNER IN ZÜRICH

Treuhand-/Wirtschaftsberatung
Intern. Gesellschaftsgründungen
Vermögens- und Firmenverwaltung
Steuerberatung und Buchführung
Revisionen und Buchprüfungen
Internat. Firmenrepräsentanz
Absolute seriöse und diskrete Abwicklung.

CMS CORPORATE MANAGEMENT AND INVESTMENT SERVICES
Bahnhofstraße 16
CH-8022 Zürich
Tel. 00 41 - 1 - 2 11 44 60

Direktvertriebe
gesucht, f. Produktpalette mit hoher Nachbestellquote, gebietsweise f. PLZ 2 zu vergeben.
Tel. 0 40 / 6 31 24 21

Erzeuger afrikanischer Holzskulpturen
geschmackvolle gute Handarbeit, sucht deutsche Vertriebsmöglichkeit in größerem Rahmen.
Angeb. erb. unt. P 5159 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

50% (!) mehr UMSATZ
erzielte der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 4300 Essen 15, Niederweniger Str. 49, Tel. 02 01 / 48 00 24

Nachfolger gesucht
Ingenieurbüro der Verfahrenstechnik (nördl. Ruhrgebiet), bestehend aus 2 Gruppen:
- Bau von Apparaten für Schüttgüter-Industrie (ohne eigene Werkstatt), Umsatz 500–800 TDM/Jahr
- Handelsvertretung für NRW einer Maschinenfabrik mit Herstellung von Absperr- und Austragungsorganen für Schüttgüter, Umsatz 1,5–2,5 Mio. DM/Jahr

aus Altersgründen zu verkaufen.
Komplett ausgerüstetes Büro einschl. Telefon + Telex, etabliert in einer Etage mit 120 m², steht zur Verfügung.
Zuschr. u. E 5151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Schweizerisches Bauunternehmen
seit drei Generationen im Bau tätig, sucht:
Verkäufer – Vertreter für Deutschland
jegliche:
TREUHANDGESELLSCHAFT IMMOBILIÄRE AGENTUR PRIVATPERSON
Schriftliches Angebot unter B 4994 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Lizenznehmer
für interessanten Massenartikel gesucht. Großer Anwendungsbereich (Autozubehör usw.).
Angeb. erb. u. C 4995 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kurier-Dienst – weltweit
Anfragen unter H 5154 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Philippinen
Manila-Cebu-Davao City, Techn., 47, gute Kontakte, verhandlungssicher, übernimmt Generalvertr. o. ist a. Aufbau v. Fabrikation beh. Einarbeitung. Z. Zt. in Deutschland.
Angeb. u. F 5152 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELTNEUHEIT
Verkaufsschlager 84
Mickey-Mouse, Sweatshirts/T-Shirts mit Quietscher – original Walt Disney Produkt – Patentneuheit, sucht Abnehmer.
Fa. Schilling und Kaufman GmbH, Lindwurmstr. 29, 8000 München 2, Tel. 0 89 / 52 47 07 / 53 59 28, Telex 52 16 901

Sind Sie für vernünftige Möglichkeiten aufgeschlossen, sich persönlich und finanziell erheblich zu verbessern? Unser Angebot an erfolgsorientierte Verkaufs- und Führungspersönlichkeiten: Mit Ihnen wollen wir
4 riesige Marktlücken
in der Geld- und Steuerspar-Branche schließen:
- einmalige Chance für Profis und Branchenneulinge
- einfaches, begeisterndes Verkaufsgespräch
- hohe Weiterempfehlungsquote
- ungewöhnlich hohe Provisionen.

STRATOS GmbH
Tel. 0 71 31 / 70 10 42

Chance
Geschäftsstelle i. Ihrem Gebiet zu vergeben.
Telefon 02 31 / 46 10 34

Auslieferungslager
25 km nördl. Hamburgs, gute Verkehrsverb. Welche Firma su. Auslieferungsl. 1600 m² (teilb.), trock. Lagerr. m. Büro u. gr. Hoffl. vorh., Vertretg. u. evtl. auch Produktion kann übern. werden.
Telefon 0 45 58 / 2 95

Junger Akademiker
28 Jahre, M. A., sucht berufliche Anfängerstellung im Medienbereich, im Verwaltungs- u. Parteienwesen oder in verwandten Berufsbereichen. Studium: Geschichte, Politik und Historische Hilfswissenschaften.
Angeb. erb. u. L 5156 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Herstellungsfirma von Heizkörper-Verkleidungskacheln sucht selbst. **Handelsvertreter.**
Fa. Schur, Kaiserstr. 4, 82 Rosenheim

Wir kaufen u. verkaufen
fast jeden Warenposten aus dem Food- und Non-Food-Bereich.
Tel. 06 81 / 5 78 11, FS 4 421 283

KENIA
Älteste und renommierteste Immobilienagentur von Kenia wünscht Zusammenarbeit mit **namhafter deutscher Immobiliengesellschaft.**
Angeb. erb. unt. M 5179 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Möchten Sie trotz Ihres Alters noch einmal etwas Sinnvolles anfangen? Interessante Existenz an der Ostsee zu verkaufen. Angeb. u. V 5010 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Deine Kraftquelle ist Dein Unterbewußtsein. **Esoterik**-Programm zum Anzapfen. Unverb. Inf.-Mat.: 0 30 / 3 93 11 59

Steuerprobleme??
Wir können Ihnen Ihre Steuerprobleme fast immer sofort und auch noch für 1983 fachgerecht und legal lösen.
Firma Paukstat GmbH
Postfach 500
CH-8902 Urdorf/Schweiz

Wir sind ein Schweizer Dienstleistungsunternehmen und suchen für verschiedene Versandhäuser in der BRD zuverlässige Verpackungs- und Versandgesellschaften, die eventuell auch Fulfillmentarbeiten übernehmen können.
Zuschriften an Chiffre 44-62'368, Publicitas, Postf., CH-8021 Zürich.

STELLENGESUCHE

Einbauküchenverkäufer
43, z. Z. in leitender Position, dynamisch, planungssicher, umsatzstark, in ungek. Stellung, sucht zum 1. 6. 84, evtl. früher, neuen interessanten Wirkungskreis (Berlin).
Angeb. u. V 4614 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64 4300 Essen.

LEITENDE POSITION für AUSLAND
Auslandserfahrener Ingenieur, 39 J., sucht neue Aufgabe für oder im Ausland, evtl. auch branchenfremd.
Urspr. Fachrichtung Elektrotechnik mit praktischen Kenntnissen anderer Sparten: Erfahrung in allen Phasen des Anlagenbaues in organisatorischer, technischer und terminlicher Hinsicht.
Sprachen: verhandlungssicheres Afrikaans, Englisch, Deutsch, Portugiesisch und Spanisch.
Erwiesene Fähigkeit, erfolgreich mit Menschen anderer Mentalität zusammenzuarbeiten.
Angebote u. D 5150 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Revisor
Betriebsw., Anf. 50, ungek., 26jährige Erfahrung, externe u. interne Revision, Schwerpunkt: Jahresabschl., Vertrieb, Verträge, Versicherungen, Sonderaufgaben, sucht z. 1. 1. 85 im Rhein-Ruhrgebiet entsprechende Position.
Zuschr. unt. S 5183 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt, Steuerfachkraft
in Vorbereitung auf StB/Prüfung 85, mehrj. Berufserf. auf allen Steuerrechtsgebieten bei StB, Rechtsanwalt sowie als kaufm. Leiter im Handelsunternehmen, sucht anspruchsv. selbst. Aufgabengebiet bei WP/StB oder vergleichbare Tätigkeit in Hamburg. DATEV-Kenntn. vorh.
Zuschriften erbeten unter P 5005 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. agr., Univ.
26 J., Studium in Weihenstephan, Fachrich. Pflanzenprod., Dipl.-Note 1,4, Gehilfenprüf., 2jähr. prakt. Berufserf., EDV-Grundkenntn., sucht verantwortungsvolle Position mit Verbindung zur Praxis.
Angeb. erb. u. U 5009 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exportleiter
39 J., verh., ungekündigt, Prokurist eines mittl. Industrieunternehmens f. Investitionsgüter, langj. Erf. i. Vertrieb/Aufbau einer schlagkräftigen Vertriebsorg., Steuerung/Leitung v. ausländ. Tochterges., fl. Englisch, erfolgsorientiert, dynamisch, unternehmerisch denkend, sucht leit. Vertriebstätigkeit mögl. Rm. HH.
Angebote erbeten unter S 5007 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

El. Motoren – Vibratoren – Pumpen
Techn. Leiter, el. Maschinenbau, Mitte 50, ungek., seit 25 J. Betriebs-/Fertigungsleiter im In- und Ausland sucht Wechsel in 1984. Fachgebiete s. o.
Zuschr. erb. u. L 5090 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Stahlbaukonstrukteur
Anf. 30, sucht Konstruktionsaufträge oder freiberufliche Tätigkeit im In- und Ausland. 15jähr. Erfahrung im Stahl- und Maschinenbau, Auslandserfahrung und sehr gute Englischkenntnisse vorhanden.
Angeb. u. C 5017 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kaufmann
35 Jahre, erfolgreich tätig als Verkaufsleiter, sucht zum 1. 10. 84 oder später Position als Assistent der GF/Direktion mit Entwicklungsmöglichkeiten in einem mittelständischen Unternehmen, möglichst Norddeutschland.
Ang. bitte u. X 5012 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Psychologe
(mit grapholog. Kenntnissen) wünscht Zusammenarbeit mit west- oder südd. **Personalberatung** zur Durchführung von Bewerberbegutachtungen (Interview, ggf. Testung) für PLZ 2/3. Räume vorhanden.
Angebote unter Z 5014 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ausbilder
weibl. Gr. + A. Kaufmann mit Ausbilderzertifikat u. EDV-Erfahrung, sucht neuen Wirkungskr.
Angeb. unt. PS 47 854 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Ing. 39 Jahre Manager d. Qualitätssicher.
mit Führungsaufgaben vertr., sucht verantwortunsv. Aufgabe: Erfahrungen in: Einführ. v. Qualitätssicherungssystemen, Steuerung u. Koordination v. Arbeitsabläufen, rationelle Auswert. u. Berichterstattung, Bearbeit. v. Kundenreklamationen.
Zuschr. erb. unt. M 5157 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann
33, verh., wohnhaft in Dubai bis Anfang Juni, 7 Jahre Auslandserfahr. Südostasien u. Mittlerer Osten, fließend Engl. u. Französ., brauchbare Spanischkenntn., sucht Führungsposition ab 1. 7. 1984 in Deutschland oder im Ausland.
Zuschr. unt. PR 47853 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Bauwirtschaft
Dipl.-Ing., 43 Jahre, kostenbewußt u. führungserfahren in den Sparten Hoch-, Tief- u. Ingenieurbau sowie Fertigteilbau u. schlüsselfertiges Bauen, für Leitungsaufgaben in Bauunternehmungen der Bauindustrie, sucht verantwortlichen Aufgabenbereich u. Wirkungskreis möglichst im Großraum Hamburg.
Zuschr. erb. u. B 5016 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Devisenhändler
Anf. 30 J., Bankkaufm., möchte sich zum 1. 7. 1984 in Hamburg beruflich verändern.
Angebote erbeten unter Y 5013 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Betriebswirt, 35 J., außergewöhnliche Allround-**Führungspersönlichkeit** sucht Aufgabe als
Geschäftsführer Marketing u. Vertrieb
Zur Zeit Mitglied der Geschäftsleitung in mittelständischem Unternehmen, verantwortlich für Marketing u. Vertrieb, Personal, Organisation, Controlling, EDV.
Zuschr. erb. unt. T 5162 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ingenieur (FH)
Allgem. Ing.-Bau, i. ungek. Stellung, m. 15 J. Berufserfahrung als Bauleiter im Straßen-, Tief- und Ing.-Bau, sucht neuen Wirkungskreis. Bin 36 J. u. möchte als Betriebsleiter, Oberbauleiter od. Vergleichbarem arbeiten, evtl. auch in einer anderen Branche.
Zuschriften unter H 5110 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verpackung Display, Werbemittel
Fachmann m. langj. Erf. i. Ein- u. Verkauf, sucht neuen Wirkungskreis. Angeb. erb. unt. PP 47 852 an WELT-Verl., Postf., 2 Hamburg 36.

Campmanager (Koch), 39 J.
7 Jahre Arabienerfahrung, mehrsprachig, spez. in catering von Auslandsbaustellen, sucht gleiches oder ähnliches.
Angeb. u. B 5148 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Junger Mann, 27 J.
sucht Arbeitsstelle im Sozialbereich. Angeb. unter N 5004 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Theologiestudent
ev., l., Schlußprüfung gescheitert, sucht Lebensaufgabe. Wo könnte er gebraucht werden?
Angeb. erbeten u. M 5091 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Scottish Lady
34, seeks work with good family, likes cooking, dogs and warm atmosphere.
Caring person, adaptable willing worker. Please reply in English: Miss F. Duff, 26 Clermiston Drive, EDINBURGH, EH4 7PR, Scotland.

Junge Ärztin
Approbation '83, sucht Assistenz-Stellg. beliebiger Fachrichtung im Raum nordöstliches Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Hamburg. Angeb. erb. u. L 5002 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Chemie-Ing. (FH)
GC-Erfahrung, sucht Ersteinstellung, ortsungebunden, auch Ausland.
I. Aydemir, 2 HH 76, Eilbeker Weg 57

Junge Dame
sucht Heimarbeit (Handarbeit) oder andere Beschäftigungen.
Tel. Hagen 0 23 31 / 2 87 25

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Dipl.-Ing. (FH) Maschinenbau
25, TFH-Berlin, Fachbereich Maschinenbau, Studiengang Betrieb – Allgemeine Betriebstechnik – mit der Abschlußnote „gut"; sucht Anfangsstellung im Allgemeinen Maschinenbau, Sondermaschinenbau, Betriebserhaltung, Fertigung oder AV. Ausbildung und erste Berufserfahrungen als Maschinenschlosser. Programmierkenntnisse mit Algol 60 und Basic. Z. Zt. Refa-Grundscheinausbildung A + B.
Auskünfte erteilt: Herr Frenz
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-742, FS 183529
621

Logistiker
34, Dipl.-Wirtschaftsing. TU Berlin, Studienschwerpunkte: Industriebetriebslehre, Organisation, Arbeitswissenschaft, Fördertechnik Maschinenbau, Erfahrung in Distributionsplanung, Arbeits- und Zeitwirtschaft, Lagerplanung, Ablauforganisation; REFA-Ausbildung, EDV, sehr gute Englischkenntnisse; sucht verantwortungsvolle Tätigkeit.
Auskünfte erteilt: Frau Rave
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2392, FS 2163213
622

Dipl.-Ing. Bauwesen
Bietet: Erfahrungen in Statik u. Konstruktion; Akquisition, Kalkulation, Angebotserstellung f. schlüsself. Anlagen im In- u. Ausland; Projekt- u. Bauleitung; Auslandserf. in Ägypten, Libyen, Algerien, Saudi-Arabien u. a. m.; engl., franz., arabische Sprachk.
Sucht: Komplexen Verantwortungsbereich im **Bau-Management Naher Osten** mit langfr. Einsatz in Nahost für Baufirma oder Consulting.
Daten: 37 J., verh., 2 schulpfl. Kinder, Ist-EK ca. 75 TDM p. a. Kontakt unt. N 5158 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

DIPLOM-INGENIEUR (CHEMIE - Chemische Technik)
Achtung Personalchefs und -Agenturen! TH und FH, gel. Chemie-Laborant, Handels- und EDV-Ausbildung, Wirtschaftsstudium mit langjähriger Ingenieurindustrietätigkeit. 44 Jahre. Bes. Erfahrungen im Betrieb, Labor, Vertrieb, Verfahrenstechnologie, Berufsausbildung und Außendienst sucht bescheidene Mitarbeiterpostition.
Angebote unter K 5155 an WELT-Verlag Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplomingenieur
Fachrichtung allgemeiner Maschinenbau, Studium an TH Darmstadt, praktisch orientiert, 30 Jahre, nicht ortsgebunden. Interessen- und Studienschwerpunkte: Fahrzeugtechnik, Fertig- und Werkzeugmaschinen, Fördertechnik u. a. sucht geeigneten Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. N 5092 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Erfolgreicher deutscher
Immobilienverkäufer
spezialisiert auf Immobilien a. d. Côte d'Azur, mit großem Kundenstamm u. Sitz in St. Tropez sucht wegen Insolv. eines wicht. Bauträgers neue Aufgabe.
Freundl. Angebote unter A 5147 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann
43 Jahre, verh., langj. Erfahrung: Industrie-Rechnungswesen, Untern.-Planung u. Controlling, einschl. Tochterges. (In-/Ausland), sucht neue, selbständige Tätigkeit.
Angebote erb. u. T 5008 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Assistante commerciale
Französin, deutschsprachig, 25 Jahre, unabhängig, sucht Betätigungsfeld in franz. Filiale eines deutschen Unternehmens.
Umgebung Paris bevorzugt.
Zuschriften unter G 5153 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wenn Sie Finanz-Probleme haben, die die Existenz Ihres Unternehmens bedrohen, haben Sie als Chef für nichts anderes mehr Zeit. Als
Krisen-Finanz-Manager
kann ich Sie nicht nur entlasten. Meine Erfahrungen sichern Ihnen auch neue innovative Lösungen, die Sie selber nur schwer durchsetzen könnten. Suchen Sie eine fachliche Beratung und einen zuverlässigen trouble-shooter, dann schreiben Sie mir bitte unter P 5093 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, damit ich mich vorstellen kann.

Dipl.-Ing.
Maschinenbau
34 J., verh., FH Hannover, Maschinenbautechniker, Feinmechaniker, Marketing, Produktmanagement, Verkaufsförderung, interne/externe Ausbildung, Training des Außendienstes, sucht Tätigkeit im allgem. Masch.-, Werkzeugmasch.-, Sondermasch.- od. Werkzeugbau. Bereiche: Vertrieb, Verkaufsförderung, Marketing, Produktmanagement, Aus- u. Fortbildung, Trainee-Ausbild., Assistententätigkeit in Norddeutschland.
Angeb. unt. S 5161 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Gel. Schneiderin
Schnittechniklehrg. Engl.-Kenntn., Verkauf, sucht neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. unter C 5149 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Exportkaufmann
44 J., langjährig erfolgreich tätig als Hauptabteilungsleiter in Handelsunternehmen, mehrjährige Auslandsaufenthalte u. a. Nah-/Mittelost, fl. Englisch, franz. Grundkenntn., sucht zum 1. 7. 84 adäquate Position in Handel/Industrie Raum Hamburg.
Angebote erbeten unter R 5006 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Staatl. gepr. Versorgungstechniker
sucht Anfangsstellung.
Zuschr. erb. u. A 5015 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Canadierin, 35 J., Lehrerin
ab Sommer für mehrere Jahre in Deutschland, sucht eine interessante Tätigkeit, z. B. Reiseleiterin, Führung ausländischer Gruppen, Hotelfach, Haushalt, Sozialwesen oder anderes.
Perfekt franz., engl., verständliches Deutsch. Ang. Erscheinung.
Zuschriften an:
Lucille Roy, c/o D. Korthals, Schwimmbadstr. 2, 78 Freiburg/Breisgau.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag. Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1
01-605

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_______ mm hoch; _____spaltig zum Preis von DM ________
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ____________________

Straße/Nr.: ____________________

PLZ/Ort: ____________________

Vorwahl/Telefon: ____________________

Unterschrift: ____________________

Der Anzeigentext:

STELLENANGEBOTE

Genossenschaftsbank

Wir sind eine Genossenschaftsbank in Niedersachsen mit einer Bilanzsumme von über 200 Mio. DM, ca. 100 Mitarbeitern und einem großen Filialnetz.

Für die verantwortliche Durchführung und Leitung der EDV-Aufgaben, Aufbau- und Ablauforganisation suchen wir einen jüngeren befähigten

Leiter EDV und ORGANISATION

Die Position erfordert eine Persönlichkeit mit guten EDV- und Organisationskenntnissen in der Aufbau- und Ablauforganisation, der Planung und Entwicklung von Arbeitsabläufen unter Berücksichtigung moderner Banktechnologie sowie die Mitwirkung bei der Sachmittelorganisation.

Der Neuaufbau und die Entwicklung des Personalbestandes gehört ebenso zur Aufgabe wie die Schulung und Ausbildung der Mitarbeiter.

Bewerber sollten neben fundierten EDV- und Organisationskenntnissen und mehrjähriger Berufserfahrung eine Bankausbildung nachweisen können. Wir setzen voraus, daß sie die Methoden der Organisation beherrschen, über analytisches Denkvermögen verfügen sowie die Befähigung zu kreativer Arbeitsweise haben.

Die Aufgabe erfordert Kontaktfähigkeit, Gesprächsautorität, Durchsetzungsvermögen und Überzeugungskraft.

Wir bieten Ihnen viel Entfaltungsraum für eigenverantwortliches Arbeiten.

Die vorgesehene Dotierung entspricht der Anforderung. Nähere Einzelheiten sollten einem persönlichen Gespräch vorbehalten bleiben.

Bitte richten Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die beauftragte Unternehmensberatung. Für telefonische Vorabinformation steht Ihnen Herr Schmidt gerne zur Verfügung. Diskretion und die Einhaltung von Sperrvermerken sind selbstverständlich.

Schmid und Partner Unternehmensberatung
Birkheckenstraße 4
7000 Stuttgart 70
Telefon (07 11) 45 10 74



Internationales Unternehmen sucht für die Bundesrepublik

selbständige Handelsvertreter(innen)

Wir bevorzugen dynamische und motivierte Personen die folgendes Profil aufweisen:
- sicheres Auftreten
- offen für Dialog
- Englischkenntnisse

Das Unternehmen bietet hohe Gewinne für beruflich qualifizierte Vertreter. Interessenten bewerben sich bitte schriftlich bei

ULTIMATE, 21 Rue au Beurre, 1000 Brüssel, Belgien

Verkaufsstarker Handelsvertreter
für Kfz-Verschleißteile gesucht. Ihr Kundenkreis (Gebietsschutz) sind die privaten und öffentlichen Fuhrparks.
Zuschriften unter F 4998 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

SKI ALPIN / Hanni Wenzel Siegerin beim Weltcup-Finale in Zwiesel – Erika Hess muß noch bangen

„Das wäre zu schön, um wahr zu sein, würde ich meine Karriere auf diese Weise beenden können“

sid,dpa/Zwiesel

Die 27 Jahre alte Liechtensteinerin Hanni Wenzel hatte sich mit dem zweiten Rang im Weltcup bereits abgefunden, nun hat sie nochmals Mut gefaßt. In Zwiesel gewann sie in 1:31,77 Minuten für beide Durchgänge den Slalom und ließ damit den Vorsprung in der Gesamtwertung gegenüber der führenden Schweizerin Erika Hess (247) auf neun Punkte schrumpfen. Vor der Konkurrenz hatte Erika Hess noch mit einem Vorsprung von 26 Zählern vorne gelegen. Erika Hess, die als Favoritin nach Sarajevo gereist war und medaillenlos abreiste, kann die Entscheidung jedoch bereits heute am Arber im Bayerischen Wald herbeiführen, wenn sie den Riesenslalom als Schnellste beendet. Andere Läuferinnen haben keinen Einfluß mehr auf Sieg oder Niederlage im Weltpokal.

Die dreimalige Weltmeisterin aus der Schweiz hätte den Slalom siegreich beenden müssen, um nach 1982 bereits vorzeitig erneut in den Besitz der Kristallkugel zu kommen. Sie wurde aber nur Sechste und erhielt aufgrund des Reglements keine Punkte gutgeschrieben, da nur die fünf besten Resultate aus elf Rennen gewertet werden. In Zwiesel stand der zehnte von insgesamt elf Weltcup-Slaloms auf dem Programm.

Am Ende einer großen Karriere zeigte Hanni Wenzel, Weltcup-Siegerin 1978 und 1980, nochmals ihr großes Können, als sie beherzt angriff und schon im ersten Lauf als Zweite auf der Anzeigetafel aufleuchtete. Hanni Wenzel, die nach Lake Placid eine Linzenz zur Vermarktung ihrer Person gelöst hatte und deshalb von Olympia verbannt wurde, meinte anschließend: „Ich hatte mich mit dem zweiten Platz um den Weltcup bereits abgefunden. Deshalb ging ich ganz locker an den Start.“ Mit 47,23 Sekunden fuhr sie auf dem Sonnenhang vor rund 6000 Zuschauern anschließend Bestzeit. Die Amerikanerin Tamara McKinney, vor einem Jahr Weltcupsiegerin, lag als Zweite (1:31,96) ebenso deutlich zurück wie die dahinter folgende Französin Perrine Pelen (1:32,58), die sich vom elften Platz des ersten Laufs noch ganz weit nach vorne schieben konnte.

Pech hatte die Österreicherin Anni Kronbichler, die nach dem ersten Lauf durch die 58 Tore an der Spitze lag, dann sich aber im zweiten Durchgang im Flaggenwald fast verirrte und auf den zehnten Platz (1:33,43) zurückfiel – und das zwei Tage vor der Fete zum 21. Geburtstag.

Erschreckend die Slalomschwäche der deutschen Mädchen. Hanni Wenzel: „Den meisten fehlt einfach die Technik.“ So war Maria Epple (Seeg) als 15. mit einem Rückstand von 2,51 Sekunden auf die Gewinnerin die Beste.

Hanni Wenzel, die bisher 33 Weltcuprennen gewann und darüber erschrak, „daß ich in rund 300 Wettbewerben nicht öfters vorne war“, fährt nur noch zwei Rennen: „Den Riesenslalom in Zwiesel und den Slalom zum Abschluß der Saison am Wochenende in Oslo“.

Hanni Wenzel strahlte: „Das wäre zu schön um wahr zu sein, wenn ich mit dem Weltcupgewinn meine Karriere beenden könnte. Mich freut es besonders, daß ich hier mit einem Slalomerfolg noch eine Chance auf den Gesamtweltcup aufgetan habe. Nachdem ich hier an gleicher Stelle vor zwei Jahren den Gesamtweltcup an Erika Hess verloren habe. Nachdem ich beim beim Slalom am Wochenende in Jasna mit einem fünften Platz gut gefahren bin, habe ich wieder Mut bekommen.“ Die Liechtensteinerin will nach dem Ende der Saison eine eigene Sportmanagement-Firma gründen und außerdem im Hotelfach lernen, da ihr Freund Harti Weirather ein Hotel und ein Cafe besitzt.

Die Schweizerin Erika Hess, die im Endspurt um den Gesamtsieg jetzt doch noch stark gefordert wird, meinte: „Ich war schon vor dem Start nervös“.



Vier Zentner wiegt dieser Pokal, der wohl größte im deutschen Sport, um den am Arber bei Zwiesel der Weltcup der Ski-Damen ausgetragen wurde. Da wohl kaum einer der Sieger dieses Gebilde mit nach Hause nehmen kann, erhalten die jeweils Erstplazierten eine handliche aber ideell wohl gleichwertige Miniatur dieses riesigen Wanderpokals. FOTO:STAEDELE

Olympisches Sondergericht

Los Angeles (dpa) – Für die Besucher der Olympia-Stadt will der Bürgermeister von Los Angeles ein Sondergericht einrichten. Es soll sich kleineren Rechtsstreitigkeiten mit Schadenssummen bis zu etwa 4000 Mark widmen.

An Herzversagen gestorben

Peking (sid) – Ein nur 24jähriger chinesischer Hochleistungssportler – der beste chinesische Basketball-Nationalspieler – Han Pengshan ist an Herzversagen gestorben. Während einer Zugfahrt erlitt er einen Herzinfarkt, als er seinen Koffer aus dem Gepäcknetz heben wollte.

Mehr Frauen im Reitsport

Krefeld (dap) – 58 Prozent der Mitglieder in den 452 Reitvereinen des Rheinlandes sind Frauen. Besonders stark ist der weibliche Einfluß im Kreis Köln.

FUSSBALL

Jupp Derwall berief wieder Milewski

dpa/sid, Bonn

Der Kreis der Kandidaten für die Endrunde der Europameisterschaft im Juni in Frankreich ist bei Bundestrainer Jupp Derwall offensichtlich noch längst nicht abgeschlossen. In seinen vorläufigen Kader von 21 Spielern für das Länderspiel am kommenden Mittwoch (28. März, 20.15 Uhr) in Hannover gegen die Sowjetunion berief Derwall mit Hans-Peter Briegel, dem Bremer Jonny Otten sowie den Hamburgern Wolfgang Rolff und Jürgen Milewski vier Spieler, die zuletzt gefehlt hatten. Der Bundestrainer verzichtet weiterhin auf Hansi Müller von Inter Mailand. Dagegen stehen die beiden in Spanien spielenden Bernd Schuster (FC Barcelona) und Uli Stielike (Real Madrid) erneut zur Verfügung.

Aus dem A-Aufgebot, das am kommenden Samstag auf 18 Spieler reduziert werden soll, tauchen der Düsseldorfer Rudi Bommer und Andreas Brehme (Kaiserslautern) auch im Olympia-Team von DFB-Trainer Erich Ribbeck auf, das am kommenden Dienstag (27. März, 20.30 Uhr) in Paris zum Qualifikationsspiel gegen Frankreich antritt.

In einer 80 Minuten dauernden Sondersendung berichtet das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) heute von 22.40 Uhr bis 24 Uhr über die Viertelfinal-Rückspiele im Fußball-Europapokal. Dabei werden aufgezeichnete Ausschnitte von den Spielen Austria Wien gegen Tottenham Hotspur London (UEFA-Pokal), Manchester United gegen FC Barcelona (Pokal der Pokalsieger) und Dynamo Berlin gegen AS Rom (Pokal der Landesmeister) gesendet.

Und das sind die heutigen Spiele:

Pokal der Landesmeister: Dundee United – Rapid Wien (1:2), Dynamo Ost-Berlin – AS Rom (0:3), Dynamo Bukarest – Dynamo Minsk (1:1), Benfica Lissabon – FC Liverpool (0:1); **Pokal der Pokalsieger:** Manchester United – FC Barcelona (0:2), Schachtjor Donetzk – FC Porto (2:3), Juventus Turin – HAKA Valkeakoski (1:0), FC Aberdeen – Dozsa Ujpest Budapest (0:2); **UEFA-Pokal:** Austria Wien – Tottenham Hotspur (0:2), Hajduk Split – Sparta Prag (0:1), Spartak Moskau – RSC Anderlecht (2:4), Sturm Graz – Nottingham Forest (0:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

TENNIS / Richard Schönborn soll 12- bis 14jährige Talente fördern - Wieder neue Konzepte im deutschen Verband

„Wir passen uns den Profi-Gegebenheiten an“

H.-J. POHMANN, Bonn

Ein Plan jagt den anderen, alles unter dem Motto: Der Aufschwung muß kommen. Oder, wie es jetzt wieder wohlklingend heißt: „Wir wagen einen neuen Start.“ Und: „Wir passen uns den Gegebenheiten im Profitennis an.“ Günter Sanders, Sportdirektor des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), ist ständig bemüht, nach Lösungen zu suchen, die besonders den Standard im Herren-Tennis heben sollen. So galt sein Besuch der deutschen Jugend-Meisterschaften am Wochenende in Kiel nicht der Talentsichtung oder der reinen Liebe am Tennis. Sanders mußte seinen beiden dienstältesten Trainern, Cheftrainer Richard Schönborn und Günter Bosch, sein neues Konzept schmackhaft machen, das er noch in dieser Woche dem Präsidium des DTB vorstellen will.

Auf den ersten Blick erscheint die Planung des Sportdirektors positiv: Die Aufgaben der Trainer sollen in vier Sachgebiete aufgeteilt werden – Herren, Damen, Jugendliche und Aufsicht über das Leistungszentrum in Hannover. Doch für neue Diskussion, für neuen Zündstoff ist bereits gesorgt. Völlig abgeschafft wird nach den Plänen von Sanders die Position eines Damen-Bundestrainers. Auch hier sucht der DTB einen Honorartrainer (Beipiel Niki Pilic im Herren-Bereich), der zwischen sechs und zwölf (!) Monaten mit den Damen trainieren soll. Offiziell ausgeschrieben ist die Stelle noch nicht, Bewerber gibt es dennoch schon. Da mußte in der vergangenen Woche ein gewisser Graig Webster aus Südafrika bei Niki Pilic in München vorspielen, um seine Qualifikation zu demonstrieren. Er ist international völlig unbekannt, besitzt aber gute Zeugnisse. Schon hier könnten sich die ersten Meinungsverschiedenheiten ergeben: Für die vielen deutschen Trainer käme es einer Ohrfeige gleich, würde erneut ein Ausländer verpflichtet.

Und so plant Sanders weiter: Günter Bosch, ehemals Davis- und Kingscup-Coach, wird die gesamte Jugendarbeit bei den Mädchen und Jungen übertragen.

Doch wie viele Neuerungen, die ein eingefahrenes System ablösen sollen, haben auch die Vorstellungen von Sanders Schwachpunkte. Das fängt bei den Herren an. Es erscheint zumindest zweifelhaft, ob zwei Teams, die indirekt vom DTB unterstützt werden, Erfolg haben können. Denn die Gefahr, daß zwischen Hofsäß und Pilic eine Konkurrenz-Situation entsteht, erscheint groß. Hofsäß wird künftig Westphal, Zipf, Beutel, Jelen und Gehring betreuen, vom spielerischen Potential her eine Gruppe, die deutsche Spitzenklasse darstellt. Hier also scheint Hofsäß, der ehemalige Damen-Bundestrainer, die besseren Karten zu haben. Hinzu kommt: der DTB sucht erst noch nach Spielern für die Gruppe um Pilic. Gedacht wurde an Keretic, Becker, Schwaier, Osterthun und Riglewski. Aber diese Spieler wurden noch gar nicht gefragt.

So wußte zum Beispiel der ehemalige deutsche Jugendmeister Hans-Jörg Schwaier von den Plänen des DTB nichts. Im Gegenteil: Er hat bereits mit seinem Entdecker Tom Würth, dem Trainer des bayerischen Verbandes, eine Abmachung bis zum 1. Oktober getroffen. Demnach stellt der bayerische Verband Würth ausschließlich für Schwaier zur Verfügung. Und auch der hochgelobte neue Hallen-Jugendmeister Boris Becker verspürt noch keine Neigung, mit Pilic um die Welt zu reisen. Ihn zieht es zu Trainer Bosch, der sich in den vergangenen 18 Monaten fast wie ein Vater um den 17 Jahre alten Spieler aus Mannheim gekümmert hat.

Außerdem scheint auch Bosch mit der gesamten Jugendarbeit überfordert zu sein. Zu viele Turniere in den unterschiedlichsten Altersklassen werden mittlerweile ausgetragen. Ganz abgesehen davon, daß die internationalen Cup-Wettbewerbe bei den Jungen und Mädchen an getrennten Orten ausgetragen werden. Vor zwei Jahren hieß das Konzept des DTB noch: „Von der Wiege bis zur Trage.“ Jetzt soll Bosch nur noch den Zulieferer für den Erwachsenen-Bereich sein.

Eine Aufgabe, die auch Richard Schönborn erwartet, nur eine Etage tiefer. Dem völlig verdutzen Cheftrainer unterbreiteten Sanders und Vize-Präsident Karlheinz Schmans einen Plan, der Schönborn die Sprache verschlug. Er, der jahrelang Coach der Federation-, Davis- und Kingscup-Mannschaften war, soll nun 12- bis 14jährige aufbauen und sie Trainer Bosch zuführen. Gleichzeitig soll Schönborn, dem vor zwei Jahren die Leitung des Leistungszentrums abgenommen wurde, wieder für die Ausnutzung des im Dornröschenschlaf liegenden Leistungszentrums sorgen.

Probleme gibt es also genug. Doch der Weg zu Weltspitze, der bei den Damen schon erfolgreich beschritten wurde, ist auch bei den Herren nur möglich, wenn persönliche Eitelkeiten und Gerangel um Kompetenzen verhindert werden. In diesem Sinne kann der Plan des Sportdirektors helfen. Sanders ist es zu gönnen, daß sein Konzept verabschiedet wird.

Wark zum FC Liverpool

Liverpool (dpa/UPI) – Der englische Fußballverein FC Liverpool nahm den 26maligen schottischen Nationalspieler John Wark unter Vertrag. Liverpool mußte für den 27jährigen Mittelfeldspieler eine Ablösesumme von rund 1,75 Millionen Mark zahlen.

Studienplatz zugewiesen

Hannover (dpa) – Nach jahrelangen Bemühungen der Olympia-Kandidaten, einen Studienplatz für Medizin in der Nähe des Bundesleistungszentrums in Hannover zu bekommen, ist der Schwimmerin Marion Aizpors ein Platz in Münster und dem Kunstturner Andreas Japtok einer in Hamburg zugewiesen worden.

EISKUNSTLAUF-WM / Manuela Ruben nach der Pflicht auf dem dritten Platz – Trotz eines Patzers

Sarajevo-Revanche auf dem Weg nach Calgary

E. F. RAULF, Ottawa

„Lake Placid 29 Meilen“ leuchtete es auf der Reise nach Ottawa vom Rande des High Way 87 New York–Montreal. Nachdem an der Ostküste Kanadas schon Frühling war, versperrte plötzlich ein nächtlicher Schneesturm den direkten Weg in die kanadische Hauptstadt. Doch in Saratago Springs dem Urlaubsparadies auf halbem Wege zwischen New York und der kanadischen Grenze gelegen, trafen sich alle diejenigen wieder, die zur Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft anreisten. Die Polizei hatte die von da an vereiste und mit Schnee verwehte Autobahn durch die Berge gesperrt. Erst am nächsten Vormittag war eine Weiterfahrt möglich.

„US Olympic Training Center“: „Exit 30 – to Olympic Wintergames“ – erweckte gegen Mittag dann jenes bewußte Hinweisschild, die Aufmerksamkeit der Reisenden. Gerade erst vier Wochen nach dem Ende der Olympischen Winterspiele in Sarajevo rief dieses Überbleibsel der Spiele von vor vier Jahren mehr als ein Schmunzeln hervor. Doch gleichzeitig spannte sich auch ein Bogen von Lake Placid über Sarajevo nach Ottawa. „Damals“, 1980, stach der einzige Trumpf im Blatt der Deutschen Eislauf-Union. Dagmar Lurz wurde Dritte, konnte ihre Medaille bei der anschließenden Weltmeisterschaft in ihrer Heimatstadt Dortmund gar noch versilbern. Ein junges Paar, Tina Riegel und Andy Nischwitz aus Stuttgart, erfüllte die olympische Erwartung, ehe Verletzungen und andere Mißlichkeiten das Ende einer so hoffnungsvoll begonnenen Karriere bedeuteten.

In den Jahren danach baute man weiter Talente auf, erzielte eine Breite in der Leistungsspitze, zumindest der Einzelwettbewerbe, die große Medaillenhoffnungen weckte. Namen wie Norbert Schramm, Heiko Fischer, Rudi Cerne, Claudia Leistner, Manuela Ruben und Cornelia Tesch stehen für diese Entwicklung. In der „Stunde der Wahrheit“ jedoch, den Olympischen Tagen von Sarajevo, ging das deutsche Team leer aus.

Olympische Revanche ist in dieser Woche auf dem Eis des Ottawa Civic-Center angesagt, denn in drei von vier Wettbewerben fielen die Entscheidungen von Sarajevo äußerst knapp aus. Doch Katarina Witt („DDR“), darf sich wohl schon nach der Pflicht, mit der die Welttitelkämpfe am Montagmorgen begannen, auf ihren ersten WM-Titel freuen. Die Olympia-Zweite Rosalynn Sumners (USA) hat sich bereits ins Profilager zurückgezogen und so taucht auch plötzlich das ungeliebte Kind der deutschen Eislauf-Union, Manuela Ruben, in Medaillennähe auf. „Hätte sie nicht so eine katastrophale Schlinge hingelegt, wäre sie jetzt sogar Zweite“, ist der einmütige Kommentar von Trainer Carlo Fassi und Team-Chef Walter Georg Maienschein zur Pflichtleistung der 20jährigen Wahlmünchnerin, die sich nach ihrer dritten Pflichtfigur ganz schnell in die Kabine zurückzog - als Dritte vorerst.

Bei den Paaren ist den Weltmeistern und Olympiasiegern Valova/Vasieljew (UdSSR) gleich mehrfach der Kampf angesagt. Und Norbert Schramm möchte die Schlappen von Budapest und Sarajevo ausmerzen, zeigen, daß er damit natürlich auch seinen Revuemarktwert steigern kann. Rudi Cerne strebt zum (wahrscheinlichen) Ende seiner Laufbahn nochmals nach einer Medaille und Heiko Fischer will endlich bei einem internationalen Wettbewerb aus dem Schatten der zwei treten, auf sich aufmerksam machen und für die nächsten Saison Pluspunkte sammeln. Denn er wird es sein, der in dieser Disziplin in den nächsten Jahren die deutsche Nummer eins sein wird.

Übrigens: Der Highway von Montreal, auf dem wir das letzte Stück in Richtung Ottawa fuhren, führt hinter dem WM-Reiseziel weiter, quer durch Kanada, auch bis nach Calgary. Doch kein Hinweisschild in Ontario trägt den Namen der Olympiastadt von 1988.

STAND PUNKT

Hoher Druck

Von den sieben Athleten des Olympiakaders der Modernen Fünfkämpfer hat sich bisher nur einer für Los Angeles qualifiziert: der 25jährige Berliner Schwimmeister Christian Sandow, der Zehnte der letzten Weltmeisterschaften. Anfang April geht es für sechs weitere deutsche Athleten in Paris um die Fahrkarten nach Los Angeles. Bundestrainer Herbert Rieden hat nun gesagt: „Wir wollen in Los Angeles eine Medaille gewinnen, vier Jahre haben wir hart auf den Olympiatermin hingearbeitet, da kann ich nicht mit einem fünften Platz zufrieden sein.“

Sicher, diese Planungen muß man wohl zugrunde legen, will man auch künftig zu den besonders Erfolgreichen im deutschen Sport gehören. Aber Rieden sieht den Erfolgszwang auch so: Rund 330 000 Mark umfaßt der geplante Jahresetat des Verbandes, und er wird für nur 1435 Athleten vollständig aus dem Bonner Innenministerium zur Verfügung gestellt. 40 000 Mark werden davon für die Olympia-Vorbereitungen abgezweigt. 40 000 Mark als Medaillendruck?

K. Bl.

EISKUNSTLAUF

Weltmeisterschaft in Ottawa, Damen, Stand nach Pflicht: 1. Witt („DDR“) 0,6 Punkte, 2. Iwanowa (UdSSR) 1,2, 3. Ruben (Deutschland) 1,8, 4. Kondraschowa (UdSSR) 2,4, 5. Cariboni (Schweiz) 3,0, 6. Dubravcic (Jugoslawien) 3,6, 7. Thomson (Kanada) 4,2, 8. Zayak (USA) 4,8, 9. Telser (Italien) 5,4, 10. Tesch (Deutschland) 6,0.

Gewinnquoten

Lotto: Klasse 1: 3 000 000 DM, 2: 326 377,70, 3: 9915,90, 4: 148,40, 5: 10,60. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 17 345,50, 2: 534,60, 3: 44,00. – **Auswahlwette „6 aus 45“:** Klassse 1: 1 043 603,30, 2: 31 314,60, 3: 919,00, 4: 30,30, 5: 3,90. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 3 497,80, 2: 544,10. – Rennen B: Klasse 1: 470,80, 2: 59,80.

Zäher Streit um das Geld regierte den EG-Gipfel

● Fortsetzung von Seite 1

steueranteile für Brüssel von ein auf zwei Prozent zu verdoppeln, chancenlos war, andererseits aber viele Delegationen eine Erhöhung auf nur 1,4 Prozent als zu gering erachteten, legten die Franzosen auch hier einen neuen Kompromiß auf den Tisch. Er sieht die stufenweise Erhöhung auf 1,6 Prozent vor, die 1988 erreicht werden soll. Von 1986 an sollen 1,4 Prozent als Rahmen gelten. Hintergrund dieser Ausweitung ist die Erkenntnis, daß nach einer Erweiterung der Gemeinschaft um Portugal und Spanien der Finanzrahmen von nur 1,4 Prozent bald wieder erschöpft wäre.

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher forderte sogar eine Vorverlegung dieser Erhöhung auf 1985, was auf den erbitterten deutschen Widerstand stieß. Bonn beharrt auf der gleichzeitigen Ratifizierung der Eigeneinnahmen-Erhöhung und der Beitrittsverträge zum Stichtag 1. 1. 1986. Auseinandersetzungen geringeren Ausmaßes gab es auch noch um den Plan, „integrierte Mittelmeerprogramme" ins Leben zu rufen, mit denen die südlichen EG-Mitgliedsstaaten in die Lage versetzt werden sollen, sich auf die Erweiterung der Gemeinschaft besser einzustellen.

Von der Verständigung über die Finanzprobleme hängen auch die übrigen Punkte der EG-Reform ab, über die seit dem Stuttgarter Gipfel vom Juni 1983 verhandelt und inzwischen im großen und ganzen Einigung erzielt worden ist. Präsident Mitterrand hat sich seit langem zum Ziel gesetzt, den zweiten Gipfel unter seiner Präsidentschaft (im Juni bei Paris) zur Verkündigung eines politischen Neuanfangs in der Gemeinschaft zu nutzen. Schwerpunkt dieses Neubeginns sollen Aktionen für die wirtschaftliche Wiederbelebung Europas, für den Abbau der Arbeitslosigkeit und für den Aufbau wettbewerbsfähiger neuer Technologien in Europa sein.

In den gestern vorbereiteten „Schlußfolgerungen des Vorsitzes" äußert der Europäische Rat den Willen, „durch klare Verpflichtungen der europäischen Wirtschaft sowohl nach außen als auch nach innen einen Impuls zu verleihen, der dem vergleichbar ist, den sie zu Anfang der sechziger Jahre durch die Ingangsetzung der Zollunion erhalten hatte. Als vorrangige Ziele sollen angestrebt werden: Eine Konvergenz der Wirtschaftspolitiken, die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen und technologischen Potentials in Europa, die Festigung des Binnenmarktes und die Sicherung der Beschäftigung als „Kernstück der gemeinschaftlichen Sozialpolitik".

Besondere Bedeutung messen die EG-Regierungen nach der Erklärung der Weiterentwicklung der gemeinsamen Forschungspolitik zu. Vor Ablauf des Jahres 1984 soll ein Rahmenprogramm für die Bereiche Fernmeldewesen und Biotechnologie verabschiedet werden. Für notwendig halten die Regierungschefs auch die Vereinfachung der Formalitäten an den Binnengrenzen der Gemeinschaft, die Harmonisierung der Industrienormen, die Angleichung der Wettbewerbsbedingungen und die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs, vor allem in der Verkehrs- und Versicherungswirtschaft.

Schließlich brachte das Brüsseler Gipfeltreffen auch eine eindeutige Verpflichtung der Mitgliedsregierungen auf eine strengere Haushaltsdisziplin in der Gemeinschaft. Zu Beginn jeden Jahres soll künftig ein „Bezugsrahmen" für die Einnahmen und Ausgaben festgelegt werden. Dabei wollen die Mitgliedsstaaten dafür Sorge tragen, daß der Anstieg der Agrarausgaben unter dem Wachstum der Gesamteinnahmen der Gemeinschaft bleibt.

Schon in der letzten Woche hatten sich die EG-Regierungen auf die Grundzüge einer Reform der europäischen Agrarpolitik verständigt. Kernelemente: Die Milcherzeugung wird auf eine Höchstmenge begrenzt, der Währungsausgleich im Agrarhandel schrittweise abgebaut; auch für andere Agrarprodukte sollen „Garantieschwellen" gelten, die Agrarpreise werden in diesem Jahr um durchschnittlich ein Prozent gesenkt.

Kommt es bald zu Neuwahlen in Israel?

RS./DW. Bonn/Jerusalem

In Israel rechnet man seit Wochenbeginn allgemein mit vorzeitigen Neuwahlen. Aktueller Anlaß der neuesten Wahlspekulationen ist die Ankündigung der Tami-Partei, am kommenden Donnerstag gemeinsam mit der oppositionellen Arbeiterpartei für eine vorzeitige Auflösung der Knesset zu stimmen. Parteichef Abuhazeira begründete diese Entscheidung mit der katastrophalen Wirtschaftssituation des Landes.

Freilich, eine katastrophale Wirtschaftslage ist in Israel eher Regel als Ausnahme – und schließlich trägt die Tami als Koalitionspartner des Likud von Ministerpräsident Shamir auch Verantwortung an der ökonomischen Krise Israels. Weshalb möchte die Partei also gerade jetzt aus der Regierung ausscheren?

Die Tami war 1981 mit dem Versprechen zu den Wahlen angetreten, die soziale Benachteiligung der orientalischen Juden, für die sie die etablierten Parteien verantwortlich macht, zu beseitigen. Nach den Wahlen schlossen sich die drei Knesset-Abgeordneten der Tami der Regierungskoalition an. Die Politik der Regierung Shamir erbrachte jedoch keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, schon gar nicht für die sozial schwachen Schichten. Damit hatte die Tami in den Augen vieler ihrer Wähler ihre Existenzberechtigung eingebüßt.

Jüngste Meinungsumfragen zeigen, daß die Arbeiterpartei gute Chancen hat, bei den kommenden Wahlen sogar die absolute Mehrheit zu erringen. In dieser Situation sah sich Tami-Chef Abuhazeira zum Handeln gezwungen. Beobachter glauben, daß ihm der Vorsitzende der Arbeiterpartei, Peres, im Gegenzug für die Hilfe beim Sturz der gegenwärtigen Regierung ein Wahlbündnis und damit die Sicherung von Mandaten der Tami zugesagt hat.

Rasche Neuwahlen kämen Ministerpräsident Shamir ungelegen. Gerade jetzt werden erste Erfolge der neuen Sparpolitik von Finanzminister Cohen-Orgad sichtbar. Auch hat Shamir, dem das Charisma seines Amtsvorgängers Begin fehlt, noch nicht Zeit gefunden, in der Bevölkerung große Popularität zu gewinnen. Das ungeliebte Engagement israelischer Truppen in Libanon tut ein übriges die Wahlchancen des Likud zu schmälern.

MAD-Bericht wurde verfälscht

Kießling-Ausschuß: Wörner entschied auf der Grundlage einer überzeichneten Darstellung

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Düsseldorfer Rechtsanwalt Friedhelm Spiess, der den Schriftsteller Ziegler aus Zürich am 20. Januar 1984 zu einem Gespräch mit Bundesverteidigungsminister Wörner begleitet hatte, hat gestern vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Affäre Kießling ausgesagt. Spiess berichtete, Wörner habe sich „sehr begeistert" darüber geäußert, daß Ziegler bereit sei, zur Aufhellung der Affäre beizutragen.

Ziegler habe das angebliche Protokoll mit von ihm behaupteter Telefongespräche zwischen Kießling und einem gewissen „Achim Müller", die eine homophile Veranlagung des Generals beweisen sollten, zu dem Gespräch mitgebracht. Rechtsanwalt Spiess berichtete vor dem Ausschuß, die Benennung zum Rechtsbeistand für Ziegler sei für ihn überraschend gekommen. Er habe in der Besprechung auf der Hardthöhe geraten, die Aussagen des genannten Achim Müller einmal aus der Sicht von Kießlings Rechtsanwälten zu betrachten: Dann sei einiges „leicht zu kippen". Minister Wörner habe entgegnet, seine anwaltliche Erfahrung in Ehren (die von Spiess, die Red.), er, Wörner sei Volljurist und könne die Sache gut beurteilen. Wörner habe Ziegler mehrere Male gesagt, als Zeuge „sind Sie bei weitem der Glaubwürdigste; ich rechne Ihnen hoch an, gekommen zu sein".

Wörner hatte vor dem Ausschuß am 8. Februar bereits zugegeben, mit dem Empfang von Ziegler in seinen Diensträumen einen Fehler gemacht zu haben. Der Minister hatte angegeben, mit Ziegler etwa eine Stunde gesprochen zu haben. Spiess schilderte gestern, allein das Gespräch am Vormittag des 20. Januar habe rund eine Stunde gedauert. Nach der Rückkehr Wörners aus dem Bundestag habe er mit Ziegler nochmals in seinem Amtszimmer und später beim Mittagessen eine weitere Stunde gesprochen.

Nach der Schilderung von Rechtsanwalt Spiess war Staatssekretär Schreckenberger, der an dem Gespräch zeitweise teilgenommen hatte, plötzlich hereingekommen. Wörner habe ihn vorgestellt und, zu Ziegler gewandt, gesagt: „Herr Professor Schreckenberger kommt für den Bundeskanzler. Sie werden verstehen, daß er nicht selber kommen konnte, worum Sie ja gebeten hatten."

Zur Abrechnung seiner Kosten habe der Adjutant Wörners am 20. Januar Spiess nahegelegt: „Wir können das doch jetzt bar machen." Dies habe er, Spiess, abgelehnt und angekündigt, eine „ordentliche Rechnung" zu schicken. Dies habe er bereits am folgenden Montag getan, sei jedoch daraufhin vom Adjutanten telefonisch gebeten worden, die Rechnung über Ziegler laufen zu lassen. Obwohl er dem nachgekommen sei, habe er bis jetzt kein Geld bekommen. Noch gestern morgen habe der Adjutant neuer Wünsche wegen wieder mit ihm telefoniert, berichtete der Rechtsanwalt vor dem Ausschuß. Die WELT erfuhr von unterrichteter Seite, die Kostenaufstellung von Spiess umfasse 2500 Mark.

Als weiterer Zeuge trat gestern Hauptmann Josef Fasoli vom Kölner Amt für Sicherheit der Bundeswehr auf, das den MAD führt. Er schilderte die Amtspraktiken, die den SPD-Abgeordneten Jahn zu der grimmigen Bemerkung verleiteten, das Amt habe sich über ein „Phantom" hergemacht: Am 8. November vergangenen Jahres habe ihm sein Vorgesetzter, Regierungsdirektor Waldmann, einen Aktenvermerk diktiert, in dem Kießlings angeblicher Umgang in der Kölner „Homo-Szene" zu Schulungszwecken für Unterrichte an der Nachrichtenschule in Bad Ems „hypothetisch überzeichnet" worden war. Die Befragung Fasolis durch den FDP-Abgeordneten Ronneburger ließ deutlich werden, welche Bedeutung dies später gewinnen sollte: Eine Person im Kölner „Café Wüsten" hatte den ermittelnden Polizeibeamten gesagt, der auf dem Foto Erkannte sei der „Günter von der Bundeswehr". Zuletzt sei er im Lokal „vor zwölf Jahren" gewesen. Im Diktat von Waldmann für Fasoli wurde daraus „seit zwölf Jahren". Diese Verfälschung erschien dann im Bericht des Chefs des Sicherheitsamtes an das Ministerium. Auf diesem schließlich fußte Wörners Feststellung, Kießling sei ein Sicherheitsrisiko.

Warnstreiks weiten sich aus

Metall-Tarifverhandlungen jetzt auch in Hessen abgebrochen

dpa/AP/rtr, Bad Nauheim/Stuttgart

Die fünfte Runde der Tarifverhandlungen für die 310 000 hessischen Metallbeschäftigten ist gestern in Bad Nauheim bereits nach einer halben Stunde von der IG Metall abgebrochen worden. Der Frankfurter Bezirksleiter Hans Pleitgen nannte weitere Gespräche sinnlos, da bei den Arbeitgebern in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung keine Kompromißbereitschaft bestehe. Die hessische IG Metall will die Verhandlungen in den anderen Regionen bis zum 29. März abwarten, bevor die Tarifkommission beim Vorstand das Scheitern der Verhandlungen offiziell beantragen soll.

Die Tarifverhandlungen in Hessen wurden am Vormittag von Warnstreiks begleitet, an denen sich nach Gewerkschaftsangaben mehr als 12 000 Metaller beteiligten. An einer Demonstration in Frankfurt sollen rund 200 Mitarbeiter des Armaturenherstellers VDO teilgenommen haben, in drei Limburger Betrieben hätten rund 800, bei Siemens in Bensheim 250 Metaller die Arbeit niedergelegt.

Auch in Baden-Württemberg gab es Warnstreiks. In vier Stuttgarter Betrieben unterbrachen nach Angaben der Gewerkschaft 850 Beschäftigte für eine halbe Stunde die Arbeit. Auch bei Daimler-Benz in Sindelfingen sollen 15 000 Beschäftigte für 30 Minuten die Arbeit niedergelegt haben. Ein Sprecher von Daimler-Benz gab an, tatsächlich seien nur etwa 500 Metallarbeiter an den Protesten beteiligt gewesen.

Ohne Einigung auf einen neuen Verhandlungstermin sind gestern die Tarifverhandlungen für die rund 135 000 Beschäftigten der Metallindustrie in Hamburg und Schleswig-Holstein in Travemünde vertagt worden. Die Eröffnung der Verhandlungen war von einer Demonstration von rund 300 Beschäftigten für die 35-Stunden-Woche begleitet worden.

SPD-Leitantrag: Mehr Staat und weniger Markt

■ Fortsetzung von Seite 1

(auch wenn das Wort nur umschrieben wird) sind unter anderem Bestandteile des Katalogs.

Allerdings zieht das Papier auch gewisse Konsequenzen aus der Regierungserfahrung der sozialliberalen Ära, wenn es heißt: „Da die staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten begrenzt sind und die gestiegene Zinsbelastung den staatlichen Handlungsspielraum auf allen Ebenen zu sehr einengt, halten wir grundsätzlich eine Konsolidierung für notwendig." Jedoch wird sogleich ein Vorbehalt gemacht, der die Umsetzung dieser Erkenntnis zumindest auf Jahre verhindert: „Solange Massenarbeitslosigkeit besteht, dürfen Konsolidierungen nicht die notwendige Beschäftigungspolitik behindern." Verbunden damit wird der Vorwurf an die Bundesregierung, sie verstoße „in eklatanter Weise" gegen den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Ausgewogenheit bei der Lastenverteilung, sie begünstige die Besserverdienenden und belaste die Bezieher durchschnittlicher Einkommen.

Bekommen Saudis aus Ägypten Leopard 2?

dpa, Bonn

Der FDP-Verteidigungsexperte Olaf Feldmann hat die Bundesregierung aufgefordert, „schnellstens, klar und eindeutig" zu Berichten Stellung zu nehmen, wonach das Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei den Auftrag habe, die Errichtung eines Montagewerkes in Ägypten zu prüfen, in dem der deutsche Panzer Leopard-2 aus Einzelbauteilen zusammengefügt und dann nach Saudi-Arabien geliefert werden soll. In einer parlamentarischen Anfrage will Feldmann wissen, ob die Bundesregierung ausschließen kann, daß deutsche Panzer durch Zwischenschaltung ausländischer Firmen und unter Umgehung der offiziellen Exportgenehmigung durch Bonn an die Saudis verkauft werden. Der Abgeordnete betonte, die sich häufenden Meldungen über Kooperationspläne deutscher Rüstungsfirmen mit Staaten des Nahen Ostens vermittelten den Eindruck, die Bundesregierung sei bei der Entscheidung über Waffenexporte in dieses Krisen- und Spannungsgebiet nicht mehr Herr des Verfahrens.

Kräftig einheizen

Bm. – Die Hoffnung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, daß die Zeit die Wogen um ihren Entwurf eines Gesetzes zum Anschluß- und Benutzungszwang für Fernwärme glätten würde, trog. Nach Kommunen, Versorgungswirtschaft und Fernwärmeverteiler heizen ihr nun die Verbände der Wohnungsunternehmen kräftig ein.

In einem Brief an den Präsidenten des Landtages von Nordrhein-Westfalen, der mit der Aufforderung endet, auf ein solches Gesetz zu verzichten, werfen sie Düsseldorf vor, gegen das Grundgesetz zu verstoßen. Die eigentumsrechtlichen Verfassungsgrenzen für den Anschluß- und Benutzungszwang seien erst in jüngster Zeit noch einmal bekräftigt worden.

Die Wohnungswirtschaftler, lange genug der Freiheit des Marktes entwöhnt, sehen hier neue Fesseln, kaum daß die alten leicht gelockert wurden. Ihre Argumentation ist so simpel, daß sie selbst in die Köpfe der Düsseldorfer Verwaltungsideologen hineingehen sollte: Wenn Fernwärme etwas so Kostengünstiges ist, dann bedarf es keines Anschluß- und Benutzungszwanges.

Doch die reiche Erfahrung der Wohnungsverbände merkt an, daß Fernwärme teilweise erheblich teurer ist als die eigene Versorgung durch Zentralheizungen oder Etagenheizungen. Die Wohnungswirtschaft zieht nicht nur gegen neuen Preisauftrieb fürs Wohnen ins Feld. Sie ist auch besorgt, daß über die Fernwärme – verordnet – die Bürokratie wieder zum „Regulator" für Preise am Markt der Energie werden könnte.

Schul-Computer

Wb. – Spät kam sie, doch sie kam: die Idee der Wirtschaftsverbände ZVEI und VDMA eine Fördergemeinschaft „Schule und elektronische Datenverarbeitung" zu gründen. Die Gemeinschaftsinitiative von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft sei „erforderlich, damit unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zur stärkeren Einbeziehung der Informations- und Kommunikationstechnik in die Ausbildung der Schüler ergriffen werden" könnte. Damit ist freilich die Dringlichkeit eines solchen Projekts noch völlig ungenügend umschrieben. Tatsächlich ist eine solche Initiative schon seit Jahren überfällig. Und der Rückstand ist offenkundig: An etwa 25 000 Schulen in der Bundesrepublik fehlen immer noch Computer, der Aufwand dafür wird bei 400 bis 600 Millionen Mark liegen. Die Industrie will sich „im Rahmen ihrer Möglichkeiten" am Auffüllen der Lücke beteiligen. Und wenn es dem Staat bei der Finanzierung seines Anteils an Phantasie mangeln sollte, hilft vielleicht ein Blick in Richtung USA. Dort gibt es ansehnliche Steuervorteile für Unternehmen, die ihre Rechner stiften.

1988 ist zu spät

Von HEINZ HECK

Man unterschätze nicht die geschlossene Phalanx der Finanzminister von Bund und Ländern. Es überrascht kaum, daß Stoltenberg bei den Orientierungsgesprächen mit seinen Länderkollegen Ende letzter und Anfang dieser Woche mit seiner Vorstellung, die geplante Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs bis 1988 hinauszuschieben, auf Wohlwollen und Zustimmung gestoßen ist.

Dabei sah es zeitweise so aus, als sei die Sache politisch schon „gelaufen": Verbesserung des Familienlastenausgleichs und Tarifreform mit einem Volumen von wenigstens 25 Milliarden Mark zum 1. Januar 1987, also rechtzeitig vor der Bundestagwahl. Für die Finanzminister ist hier noch nichts entschieden. Sie fürchten vor allem um die Konsolidierung ihrer Haushalte, also die kontinuierliche Verminderung der Nettokreditaufnahme.

Doch kein Politiker kommt an einer Güterabwägung vorbei: Die Abkehr von leistungsfeindlicher Besteuerung darf nicht beliebig hinausgeschoben werden. Auch mit diesem Ziel ist die neue Bonner Koalition angetreten, wohl wissend, daß sich hier Zielkonflikte auftun. „Ich habe mich nicht für die Wende eingesetzt, damit wir am Ende der ersten Legislaturperiode dieser Regierung mit einer größeren Steuerlast dastehen, als sie sich die sozialliberale Koalition jemals erlaubt hat", meinte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in der letzten wirtschaftspolitischen Bundestagsdebatte, ganz offenbar an die Adresse seines Kollegen Gerhard Stoltenberg.

Dieser begeht einen großen Fehler, wenn er tatsächlich an 1988 festhalten sollte. Schreitet nämlich die Konsolidierung in den nächsten Jahren so erfolgreich fort, wie es sich 1983 abgezeichnet hat, kann er sich im Wahljahr 1987 vor Verteilungswünschen der Volksvertreter nicht retten – erst recht dann, wenn die voraufgegangenen Landtagswahlergebnisse Bonner „Handlungsbedarf" zu erzwingen scheinen. Die Gefahr ist also, daß seine Sparbemühungen keinen Konsolidierungsgewinn bringen, daß aber die Konzentration der verfügbaren Mittel auf das vorrangige Ziel der Steuerreform gefährdet werden könnte, weil die Verteilungsmasse wieder verzettelt wird. Diese Gefahr ist in einer Volkspartei wie der Union naturgemäß größer als in der kleinen FDP.

Je früher die Reform kommt, desto größer ist der Druck auf die öffentlichen Kassen, der letztlich Stoltenberg selbst in seinen Haushaltsverhandlungen der nächsten Jahre zugute kommt. Inzwischen ist jedem Fachmann klar, und Politiker geben es im vertraulichen Gespräch zu, daß beim Subventionsabbau kein nennenswertes Finanzierungsvolumen für die Reform zu holen ist. Nur von der Ausgabendisziplin, die sich in bescheidenen Zuwachsraten von maximal drei Prozent niederschlägt, ist die Wiedergewinnung des finanzpolitischen Handlungsspielraums zu erwarten. Doch dürfte es – nicht nur wegen der Brüsseler Risiken – von Jahr zu Jahr erheblich schwieriger werden, Zuwachsraten unter zwei Prozent – wie im '84er Haushalt geschehen – durchzusetzen; vor allem dann, wenn man es in der Konsolidierung – vermeintlich – schon so weit gebracht hat.

Auch das konjunkturpolitische Argument sollte nicht zu kurz kommen. Zwar zeigen sich alle Indikatoren derzeit von ihrer besten Seite, und sogar am Arbeitsmarkt sind erste Anzeichen der Besserung in Sicht. Doch vermag niemand zu sagen, wie lange diese Entwicklung anhält. Der nächste Abschwung kommt bestimmt, und hier sollte rechtzeitig Vorsorge getroffen werden. Der Bundesregierung kann selbstverständlich nicht daran gelegen sein, im Zeichen eines Abschwungs, der möglich ist, in den Wahlkampf zu gehen.

An der möglichst frühzeitigen Korrektur des Steuertarifs führt daher kein Weg vorbei: 1987, besser noch 1986. Schon die Durchschnittsbelastung der Arbeitnehmereinkommen aus der Lohnsteuer ist von zwölf Prozent 1970 auf rund 17 Prozent heute gestiegen, die Grenzbelastung noch weit empfindlicher (22 auf 27). Was nützt es der Staatskasse, wenn der Marsch in die Schattenwirtschaft forciert wird? Eine Sorge des Finanzministers ist in jedem Falle unbegründet: so lange dieser Stoltenberg heißt, wird ein leichtes Anziehen der Neuverschuldung im Jahr der Steuerreform nicht als Abkehr vom Sparkurs interpretiert.

KONJUNKTUR / WELT-Gespräch mit Sparkassenverbandspräsident Helmut Geiger

Die Wirtschaftsinstitute sind zu vorsichtig mit ihren Prognosen

K. SÖHLER/H. STÜWE, Bonn

Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute der Bundesrepublik Deutschland sind zu vorsichtig in ihren Prognosen. Der Aufschwung sei durchaus schon selbsttragend, erklärte Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, in einem Gespräch mit der WELT. Schließlich zählten die Exporte ebenfalls zu den eigenständigen Antriebsmotoren. Ebenso habe sich das Investitionsklima erheblich verbessert. Neben den gestiegenen Erträgen hätten auch die vom Staat geschaffenen Rahmenbedingungen dazu beigetragen.

Geiger rechnet für 1984 mit einem realen Wachstum von 3,5 Prozent. Dieser Auftrieb werde in den folgenden beiden Jahren anhalten, dann jedoch rechnet der Präsident aus rein zyklischen Gründen wieder mit einem Abflauen des konjunkturellen Aufwindes. Eine weitere Stütze der gegenwärtigen Konjunkturbelebung sieht Geiger in der Spartätigkeit, die sich wieder stabilisiert habe. Die Sparquote werde sich bei etwa 13,5 Prozent einpendeln, nachdem sie im vergangenen Jahr erheblich zurückgegangen war. Berücksichtigen müßten die Finanzinstitute allerdings, daß die Sparer zinsempfindlicher geworden seien. Die Nachfrage konzentriere sich inzwischen deutlich auf langfristige, höherverzinsliche Angebote.

Die günstige Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunft gelte freilich nur, wenn die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung nicht mit „größeren Flächenauseinandersetzungen" verbunden sei. Auch die Gewerkschaften müßten sich der Einsicht fügen, daß die Wirtschaft eine Kostenbelastung von maximal vier bis fünf Prozent, je nach Branche, verkraften kann. Wo der Kompromiß liegen könnte, damit diese Höchstgrenze nicht überschritten wird, ist Geiger allerdings nicht klar. Das Thema sei sachlich kaum noch faßbar, weil es sich stark politisiert und emotionalisiert habe. Die Gewerkschaften argumentierten vielfach wider besseren Wissen aus dem vermeintlichen „Zwang heraus, Solidarität mit den Ärmeren beweisen zu müssen."

Beim Blick auf neue Technologien nahm auch Geiger die vielen Finanzinstituten eigene Haltung ein. Vorwürfe, die Sparkassen öffneten sich zu wenig der Wagnisfinanzierung, ließ er nicht gelten. Seine Organisation sei bereit, dazu beizutragen, die Kapitalbasis der Unternehmen zu verbreitern. Geiger verwies auf die langjährigen Erfahrungen der Sparkassenorganisation mit eigenen Kapitalbeteiligungsgesellschaften und neuere Initiativen einzelner Institute. Die Nachfrage nach Venture Capital von seiten innovativer Firmen sei jedoch nicht sehr groß, bemühte sich der Sparkassenpräsident übertriebene Erwartungen zu dämpfen, die an das „Modewort" Risikokapital geknüpft würden. Die Hauptschwierigkeiten sieht Geiger ohnehin nicht bei innovationsfreudigen Unternehmen – „die bekommen ihe Kredite" – sondern bei den Neugründungen. Hier sei das Risiko nur schwer zu erfassen und zudem die Management-Probleme oft entscheidender als die ungenügende Kapitalausstattung.

Keinen Zweifel ließ Geiger daran, daß eine staatliche Förderung der Risikokapitalbereitstellung für die Sparkassen Grund zu neuen Aktivitäten wäre. „Dann müßten leistungsfähige Kapitalgesellschaften hingestellt werden", meinte der Präsident. Das in Aussicht genommene Konzept, unter seiner Beteiligung mit der Regierung erarbeitet, hält Geiger für „tragfähig". Es sieht im wesentlichen eine erleichterte Refinanzierung für Kapitalgesellschaften durch staatlich zinsverbilligte Kredite nach dem Vorbild des ERP-Beteiligungsprogramms vor. Geiger hält in diesem Bereich eine Institutionalisierung für unerläßlich. Dies auch, um private Anleger zu schützen. Andernfalls würden die „Schwindler nur so angezogen".

Hoffnungen, die geplanten Genußscheine der Sparkassenorganisation könnten eine Ausweitung ihres Kreditspielraums bringen, müssen die Institute offensichtlich begraben. Die Genußscheine, die auf das neue Vermögensbildungsgesetz zugeschnitten sein sollen, würden nicht als Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt, erklärte Geiger.

MINERALÖLWIRTSCHAFT

Ölindustrie hat mehr als ihr Eigenkapital verloren

HANS BAUMANN, Essen

Für den Zeitraum 1980 bis 1983 addieren sich die Verluste der deutschen Mineralölindustrie in Verarbeitung und Vertrieb auf 15,4 Mrd. Mark. Sie übertreffen damit deutlich das in dieser Branche eingesetzte Eigenkapital von knapp 12,5 Mrd. Mark. Zu diesem Ergebnis kommt die neue Auswertung der Daten zur Kosten- und Ertragslage der deutschen Ölindustrie, die die Wirtschaft dem Bundeswirtschaftsministerium übermittelt und die vom Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln analysiert und veröffentlicht wird.

Im vergangenen Jahr belief sich das betriebswirtschaftliche Defizit immer noch auf 29 Mark je Tonne eingesetztes Rohöl, das sind 2,4 Pfennig je Liter Fertigprodukt. 1982 hatte der Verlust noch im Durchschnitt 49 Mark je Tonne betragen, also 4,1 Pfennig je Liter. Wie das Institut feststellt, ist auch gegenwärtig keine Wiedererlangung der Wirtschaftlichkeit für die deutsche Ölindustrie in Sicht. Die Verluste, die im vergangenen Jahr zum Schluß auf 24 Mark je Tonne abgebaut werden konnten, zogen Anfang 1984 stark auf über 50 Mark je Tonne an, fielen dann aber auf gegenwärtig rund 15 Mark je Tonne.

Die Ölwirtschaft hat inzwischen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Verluste abzubauen:

- Stillegung von einem Drittel der Rohöldestillation,
- Umstrukturierung des Raffinerieparks in Richtung auf größere Verarbeitungstiefe und damit höhere Ausbeute an leichten Produkten (Erhöhung der Konversionskapazität um rund 75 Prozent seit der ersten Ölkrise 1973),
- Senkung der Einsatzkosten für die Verarbeitung durch Umstellung auf kostengünstige Spotbezüge und durch Einsatz von Halbfabrikaten,
- stärkeren Einsatz von Fertigprodukten, vornehmlich aus Importen aus Rotterdam, wodurch der Anteil der Produktenimporte am inländischen Mineralölbedarf auf 33 Prozent in 1983 gegenüber 27 Prozent in 1982 stieg.

Eine nachhaltige Verbesserung der Ertragslage kann nach Auffassung des Energiewirtschaftlichen Instituts nur dann erwartet werden, wenn die weltweite Verarbeitungskapazität an die gesunkene Nachfrage nach Mineralöl angepaßt worden ist und die Rohölseite sich konsolidiert hat. Auf der Rohölbezugsseite werden die Aussichten dafür relativ günstig eingeschätzt.

Das Problem liegt bei den Verarbeitungskapazitäten, deren Überhang allein für Westeuropa auf 100 bis 150 Mill. Tonnen pro Jahr geschätzt wird. Die Folge wird der Abschied weiterer Gesellschaften vom Markt sein. Nach Gulf, Occidental und Amoco zeichnet sich ab, daß nach Chevron auch Elf und Frisia nach 1984 aufgeben.

AUF EIN WORT



„Im Rahmen des internationalen Wettbewerbs stehen alle Unternehmen unter dem Zwang, ihre Produkte wirtschaftlicher herzustellen. Rationalisieren ist dringende Notwendigkeit. Dabei können Arbeitsplätze verlorengehen. Unterlassene Rationalisierungsmaßnahmen würden aber noch mehr Firmenzusammenbrüche bewirken und die Arbeitslosenziffer erhöhen."

Erich Menzel, Vorstandsvorsitzender des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft, Eschborn
FOTO: DIE WELT

Mehr Einnahmen für Gemeinden

dpa/VWD, Wiesbaden

Die kommunalen Steuereinnahmen sind 1983 gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Prozent gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden entfiel fast die Hälfte davon, genau 23,5 Mrd. Mark, auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der damit stärkste Finanzsäule der Gemeinden und Gemeindeverbände blieb. 21,8 Mrd. Mark machten die den Kommunen verbleibenden Gewerbesteuereinnahmen aus. Alle übrigen Kommunalsteuern trugen 8,5 Mrd. Mark zu den Einnahmen bei.

US-ZINSEN

Mehrzahl der Geldinstitute erhöhte die Prime Rate

H.-A. SIEBERT, Washington

Unter Führung der Citibank und Chase Manhattan hat die Mehrzahl der US-Großbanken die Prime Rate um 0,5 auf 11,5 Prozent angehoben. Es ist die erste Erhöhung des Zinssatzes für kurzfristige Kredite an bevorzugte Kunden seit August. Die Institute begründeten die Geldverteuerung mit höheren Refinanzierungskosten; so seien die Habenzinsen für Money Market Funds seit Jahresbeginn um rund 0,5 Prozent gestiegen. Die Prime Rate gilt immer noch als Leitzins, obwohl sie häufig durch Rabatte an große Unternehmen unterlaufen wird.

Auf die Heraufsetzung haben die US-Aktienmärkte mit starken Kursverlusten reagiert. Der Dow Jones-Industrie-Index fiel am Montag um 12,98 auf 1171,38, der breiter gestreute Nyse-Index um 0,86 auf 90,87 Punkte.

Für die Wall Street hat der lange erwartete Zinsschub begonnen; sie rechnet damit, daß die US-Notenbank schon bald den Diskontsatz (zur Zeit 8,5 Prozent) erhöhen wird. Das Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve System tritt am 26. März zusammen. Es verstärkt sich die Furcht vor einer konjunkturellen Überhitzung.

Den Geldpreis nach oben drückt jetzt die schnell steigende private Kreditnachfrage. In den beiden Wochen, die am 7. März endeten, nahmen die Unternehmen netto 4,2 Milliarden Dollar auf.

Dreimonatige Bills kletterten von 9,37 auf 9,65, sechsmonatige von 9,52 auf 9,79 Prozent. Das sind die höchsten Sätze seit Mitte August. Analysten sagen für das Jahresende eine Prime Rate zwischen zwölf und 13 Prozent voraus.

ALLEINERZIEHENDE

Am 28. März Entscheidung über steuerliche Entlastung

HEINZ HECK, Bonn

Am 28. März will das Kabinett über die steuerliche Behandlung Alleinerziehender entscheiden. Eine Neuregelung zum 1. Januar 1985 verlangte das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 3. November 1982. Sie ist Bestandteil des „Steuerbereinigungsgesetzes 1985".

Alleinerziehende sollen ab 1985 (nach Abzug der – einkommensabhängigen – zumutbaren Belastung) für das erste Kind 4000 Mark als außergewöhnliche Belastung geltend machen können. Für jedes weitere Kind kommen bis zu 2000 Mark hinzu. Die entstandenen Kosten müssen nachgewiesen werden. Sie werden bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens abgezogen und führen zu einer Steuerermäßigung, die mit steigendem Einkommen (also steigender Progression) zunimmt.

Das Finanzministerium (BMF) ist mit diesem Lösungsvorschlag auf die Vorstellungen des Familienministeriums eingegangen.

Der BMF-Vorschlag war seit der Veröffentlichung des Referentenentwurfs im Januar heftig kritisiert worden. Auch die Steuerexperten des BMF hatten von vornherein Bedenken. Allerdings habe, so heißt es, das Karlsruher Urteil den Gestaltungsspielraum für die Neuregelung sehr eng gezogen. Der Haupteinwand gegen die erste Fassung richtete sich gegen die Bestimmung, wonach Spitzenverdiener bis zu 22 000 Mark Betreuungsaufwendungen geltend machen können. Eine zusätzliche Schwierigkeit bei der Neuregelung ergibt sich durch den Umstand, daß Alleinerziehende steuerlich nicht besser gestellt werden dürfen als intakte Familien.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Kommission erwartet zwei Prozent Wachstum

Brüssel (dpa/VWD) – In der EG wird das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr um zwei Prozent wachsen. Diese Prognose gab die EG-Kommission in ihrem neuesten Lagebericht ab. Nach ihren Berechnungen werden dabei Dänemark und Großbritannien mit zwei Prozent und die Bundesrepublik mit drei Prozent über dem Durchschnitt liegen. Außerdem erwartet die Kommission, daß sich die Inflation weiter verlangsamen und um 5,2 Prozent steigen wird. 1980 hatte sie noch bei 11,2 Prozent gelegen. Unbefriedigend bleibt dagegen die Arbeitslosenrate mit elf Prozent nach 10,6 Prozent 1983.

Weniger Gold für Anleger

Zürich (VWD) – Für Privatanlagen werden 1984 aus der laufenden Produktion nur noch 45 Tonnen nach 80 Tonnen Gold im Vorjahr zur Verfügung stehen, schätzt die Schweizerische Kreditanstalt. Sie erwartet aber, daß 1984 die Goldproduktion in der westlichen Welt leicht zunehmen wird. Die Zürcher Großbank erwartet, daß die UdSSR ihren Goldabsatz im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr verdoppeln wird. Das gesamte osteuropäische Goldangebot am westlichen Markt werde sich auf etwa 125 (60) Tonnen stellen. Offizielle Goldverkäufe werden in einer Größenordnung von 80 bis 70 Tonnen erwartet. Damit würde sich das Gold-Gesamtangebot auf 1265 (1160) Tonnen erhöhen. Diesem Angebot werde ein Sprung der Nachfrage auf 1220 (1085) Tonnen im Berichtsjahr gegenüberstehen.

Kein Annahmezwang

Bonn (dpa/VWD) – Zur Frage nach einer versteckten Diskriminierung von Ausländern beim Abschluß einer Kfz-Haftpflichtversicherung hat jetzt der Parlamentarische Staatssekretär Hansjörg Häfele vom Bundesfinanzministerium Stellung genommen. Danach dürften die Versicherungen Anträge von Autofahrern ablehnen, wenn diese höhere Deckungssummen als die vom Gesetz vorgeschriebenen Mindestsätze (eine Mill. Mark für Personenschaden, 400 000 Mark bei Sachschäden und 40 000 Mark bei Vermögensschäden) enthalten. In Beantwortung einer Anfrage aus dem Bundestag heißt es, die Kfz-Haftpflichtversicherung sei dem Gesetz nach eine Pflichtversicherung. Der Annahmezwang durch die Versicherungen beschränke sich jedoch nach der Rechtsprechung auf den Abschluß von Verträgen zu den gesetzlichen Mindestversicherungssummen.

Bundesbank stützt D-Mark

Frankfurt (rtr) – Trotz festerer US-Zinsen ist der Dollar im europäischen Devisenhandel zunächst deutlich zurückgefallen. Am späten Vormittag erholte sich die Währung jedoch kräftig, so daß beim amtlichen Fixing in Frankfurt der Mittelkurs mit 2,6354 (2,6365) Mark nahezu unverändert festgestellt wurde. Die Bundesbank gab nach Angaben von Händlern bei der Kursfindung 21,8 Mill. Dollar an den Markt ab, nachdem sie am Vortag bereits 19,4 Mill. Dollar verkauft hatte.

Kursänderung in Belgrad

Belgrad (dpa/VWD) – Die jugoslawische Regierung will mit einer Wende ihrer Wirtschaftspolitik die angeschlagene Binnenwirtschaft in Schwung bringen. Kernpunkte des am Dienstag im Parlament vorgelegten Programms sind eine Abwertung des Dinars, die Aufhebung des Preisstopps und die Anhebung der Kreditzinsen in die Nähe der Inflationsrate. Diese Absichten entsprechen den Auflagen des IWF. Jugoslawien, mit 20 Mrd. Dollar im Westen verschuldet, kann bei Annahme dieser Bedingungen mit Finanzhilfen von 3,5 Mrd. Dollar rechnen.

Mangel an Software

Berlin (AP) – Zu wenig Software-Programme für die Produktionstechnik gibt es nach Einschätzung des Ostberliner Magazins „Wirtschaftswissenschaft" in der „DDR". Wie das Informationsbüro West (IWE) meldet, stellen dem Bericht des Magazins zufolge derartige Programme „noch den geringsten Anteil" am gesamten Softwarebestand der „DDR"-Industrie. Etwa die Hälfte des Programmvolumens diene dagegen der Wirtschaftsleitung, insbesondere dem Abrechnungswesen.

LANDESBANK RHEINLAND-PFALZ

DAL-Debakel dämpft Freude

INGE ADHAM, Frankfurt

Zwei wesentliche Ziele hatte die Geschäftspolitik der Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz, im vergangenen Jahr: Die Ertragskraft sollte weiter gestärkt und die geschäftliche Struktur verbessert werden. „Beides ist gelungen", betonte Erwin Sinnwell, Vorsitzender des Vorstands, bei seinem Jahresüberblick.

Der Jahresabschluß 1983 würde freilich noch viel besser aussehen, wenn nicht das DAL-Debakel zum Jahresende der Mainzer Landesbank (wie auch anderen Girozentralen) die (Ertrags-)Suppe verhagelt hätten. Mit rund 100 Mill. DM wurde die Bank für die gemeinsame Sanierung der in Schwierigkeiten gekommenen Leasing-Gesellschaft DAL zur Kassegebeten, mit 25 Mill. DM mußte sie zum Aufräumen bei der SMH-Bank beitragen, so daß die Freude am guten Betriebsergebnis einen erheblichen Dämpfer erhielt.

Die „sehr erfreuliche" Entwicklung der Zinsspanne auf 1,17 (i. V. 0,82) Prozent hat dafür gesorgt, daß das Betriebsergebnis (inklusive 40 (29) Mill. DM Handelsergebnis) im vergangenen Jahr auf 256 (148) Mill. DM gestiegen ist. Nach den hohen Aufwendungen für Risikovorsorge, Abschreibungen und Wertberichtigungen kann die Bank freilich (nach Steuern) nur 38 (32) Mill. DM Jahresüberschuß zeigen, inklusive 14 (12) Mill. DM Gewinn bei der LBS, die sich mit 2 Mill. DM an der geplanten Ausschüttung von 4 Prozent auf 400 Mill. DM Stammkapital beteiligt. 10 (20) Mill. DM fließen in die Rücklagen der Bank, in die der LBS 12 Mill. DM. Zuletzt hatte die Landesbank Mainz für 1979 Dividende gezahlt.

Nach dem Motto „Ertrag geht vor Wachstum", das auch in diesem Jahr im Vordergrund stehen soll, hat sich die Bank im vergangenen Jahr hinsichtlich der Geschäftsausweitung zurückgehalten; die Bilanzsumme (inkl. LBS) wuchs um 1,7 (8,4) Prozent auf 31,3 Mrd. DM. Das Kreditvolumen (ohne Geldhandel mit Banken) stieg um 4,9 Prozent auf 20,8 Mrd. DM. Das Interbankengeschäft habe man bewußt zurückgeführt, ergänzt Sinnwell, die Forderungen an Nichtbanken machen jetzt 15,8 Mrd. DM (plus 4,8 Prozent) aus.

Wachstumsträger im Neugeschäft waren dabei die Immobilienkunden, Rückgänge gab es im Kommunalkreditgeschäft und bei der internationalen Kreditvergabe. Das konsolidierte Bruttoauslandsobligo im Konzern stellt sich am Jahresende auf 6,8 (7,5) Mrd. DM (Zusagen). Refinanziert hat sich die Bank zum größten Teil über die Placierung eigener Schuldverschreibungen; der Umlauf eigener Emissionen stieg um netto 4,7 Prozent auf knapp 15 Mrd. DM.

Für dieses Jahr gibt sich der Landesbank-Vorstand angesichts der bisher erreichten Strukturverbesserungen – dazu gehört auch eine Kapitalerhöhung um 250 Mill. DM, von denen 60 Mill. DM zum 1. Januar bereits eingezogen wurden – zuversichtlich, „insbesondere, was die Ertragslage betrifft". Denn die „Risikosituation" der Bank zeige sich auch vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld her günstiger als vor Jahresfrist.

Auch aus der noch laufenden DAL-Sanierung erwartet Sinnwell keine weiteren gewichtigen Belastungen. Privatisierungsplänen für die Landesbank gibt er aufgrund der damit verbundenen Probleme derzeit keine großen Chancen.

AUTOMOBILBAU / Verband wirft Bonn in der Umweltpolitik Versäumnisse vor

Fehlen finanzieller Anreize bedauert

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA) hat durch seinen Geschäftsführer Achim Diekmann in Bonn „voreilige Schuldzuweisungen" der Bundesregierung wegen angeblich „unerträglicher Verzögerungstaktik" auf dem Gebiet des Umweltschutzes zurückgewiesen. Vor Journalisten sagte Diekmann, die Autohersteller hätten „in diesen Monaten bereits Millionen in Katalysatoren investiert". Es fehle aber die von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zugesagte Schaffung finanzieller Anreize für Autobesitzer, auf umweltfreundliche Verbrennungsmaschinen umzusteigen.

Die Umweltpolitik der Bundesregierung drohe die Automobilindustrie in eine schwierige Lage zu bringen, meinte der VDA-Geschäftsführer unter Bezugnahme auf den Verzögerungsvorwurf, den der Staatssekretär im Bundesinnenministerium Carl-Dieter Spranger Ende Februar vorgebracht hatte. Der Bundesinnenminister habe die Katalysator-Frage zum „Sinnbild des Umweltschutzes hochstilisiert". Auf der anderen Seite hätten aber die Autohersteller die größte Strecke auf dem Wege zum abgasarmen Auto schon zurückgelegt. Seit 1969/70 seien zum Beispiel 65 Prozent der Kohlenwasserstoffe und 35 Prozent der Stickoxyde im Abgas bereits abgebaut worden. Das Einführungskonzept der Autohersteller für Katalysatoren vom 2. September habe sich auf der Basis einer europäischen Einführung verstanden und sei vom Bundesinnenminister dahingehend mißverstanden worden, daß er es zunächst als auf die Bundesrepublik bezogen betrachtet habe. Wenn die wirtschaftlichen Anreize, die Zimmermann für ein deutsches Vorpreschen angeboten habe, jetzt ausblieben, könne sich auch nichts bewegen.

„In allernächster Zeit", so Achim Diekmann, würde die Mineralölindustrie die Hindernisse, die es bisher noch mit der Oktanzahl von bleifreiem Benzin gegeben habe, beseitigt haben. Die Eckwerte von Super und Normalbenzin lägen fest. Es fehle jetzt nur noch der von der Bundesregierung zugesagte „Flankenschutz" für die Industrie.

„Keine erbauliche Situation" sei es für die Autohersteller, jetzt zu sehen, daß die Käufer sich nachweislich, auch wegen der Unsicherheit, beim augenblicklichen Autokauf möglicherweise eine spätere „Strafsteuer" auf sich zu nehmen, zurückhielten. Der Auftragseingang liege entgegen der Prognose, die eine Steigerung vorausgesagt habe, unter den Zahlen des Vorjahres im Februar.

Als „Hängepartie unter unrealistischen Daten" muß nach Diekmann der Versuch angesehen werden, die EG-Kommission für die deutschen Umweltschutzideen beim Auto zu gewinnen. Die Bundesregierung habe nach der Sachlage keine Gesetzeskompetenz, sondern nur Brüssel. Ein deutscher Alleingang sei „weder de jure noch de facto vollziehbar". Ein Erfolg sei dennoch nachweisbar, denn eine europäische Diskussion sei durch Bonn in Gang gekommen.

Der Verband der Automobilindustrie e. V. schlägt jetzt vor, Soforterfolge durch die Einführung einer jährlichen Abgas-Untersuchung durch die technischen Überwachungs-Vereine herbeizuführen. Außerdem würde sie sich verpflichten, schädliche Abgasmengen vorweg nochmals zu senken und eine gemeinsame europäische Ursachenforschung für Luftschäden in der Natur zu unterstützen. Günstig würde sich die Abschaffung der Hubraum-Besteuerung beim Kraftfahrzeug auswirken.

Sozialleistungen bleiben ungekürzt

dpa/VWD, Wien

Der Vorstand der VöEST-Alpine AG, des staatlichen österreichischen Stahlkonzerns, muß auf Anweisung von Bundeskanzler Fred Sinowatz seine Forderung nach Kürzung der freiwilligen Sozialleistungen um 600 Mill. Schilling (85,7 Mill. DM) zurückziehen. Dies erklärte der Regierungschef nach einem Gespräch mit VöEST-Generaldirektor Heribert Apfalter und dem Betriebsrats-Vorsitzenden, Franz Ruhaltinger. Die Lohnkosten der VöEST-Alpine und die sozialen Aufwendungen lägen unter dem Durchschnitt in Österreich, meinte der Bundeskanzler.

Angesichts der hohen Betriebsverluste hatte die Leitung des größten österreichischen Unternehmens mit 70 000 Mitarbeitern erwogen, den freiwilligen Sozialaufwand von derzeit 1,7 Mrd. Schilling (240 Mill. DM) um rund ein Drittel zu kürzen. Dies hatte zu einem Konflikt zwischen dem Vorstand und dem Betriebsrat geführt.

HANDELSFLOTTE / Erstmals geschrumpft

Noch Überkapazitäten

dpa/VWD, London

Die Welthandelsflotte ist erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg geschrumpft. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 1983 des Lloyd's Register of Shipping, London, hervor. Die Gesellschaft zur Registrierung von Seeschiffen verzeichnete 1983 nur noch 422,6 Mill. Bruttoregistertonnen (BRT), während im Rekordjahr 1982 noch 424,7 Mill. BRT registriert waren.

Neu gebaut wurden Schiffe mit einem Volumen von 19,9 Mill. BRT gegenüber 11,2 Mill. BRT im Jahre 1982. Die Gesellschaft sieht dennoch keinen Grund zum Optimismus: „Der allgemeine Ausblick für die Werften erscheint unsicher. Weltschiffahrt und -schiffbau durchleben gegenwärtig die schlimmste Wirtschaftskrise der vergangenen 50 Jahre." Die weltweite Schiffs-Überkapazität konnte nach Angaben von Lloyd's Register nicht abgebaut werden. Ende 1983 lagen 1663 Schiffe mit nahezu 80 Mill. Tonnen Tragfähigkeit still. Davon waren 70 Prozent Tanker.

Der Schiffbau wird eindeutig vom Fernen Osten dominiert, stellt Lloyd's Register fest. Fast drei Viertel (79,2 Prozent) aller Neubau-Aufträge in der Welt gingen 1983 an Japan (57,4 Prozent), Südkorea (19 Prozent) und China (2,8 Prozent). Die größte Handelsflotte ist in Liberia eingetragen: Schiffe mit über 67,5 Mill. BRT tragen die Flagge der afrikanischen Republik. Danach folgen Japan (41,1 Mill. BRT) und Griechenland (37,5 Mill. BRT) sowie Panama (35 Mill. BRT).

Die Bundesrepublik hat nach Angaben von Lloyd's Register im vergangenen Jahr Aufträge zum Bau von 84 Schiffen mit 477 000 BRT erhalten. Diese Zahl entspreche nahezu dem Vorjahr, doch während der Anteil deutscher Werften an den Welt-Neubauaufträgen 1982 noch 4,4 Prozent betrug, sank er 1983 auf 2,4 Prozent.

STEUERN / London streicht Ausländer-Freibeträge

Handelskammer protestiert

WILHELM FURLER, London

In einer nicht gerade alltäglichen Aktion werden zwölf ausländische Handelskammern am Platz London unter Führung der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Großbritannien versuchen, die britische Regierung zur Rücknahme oder zumindest zur Änderung einer einschneidenden Steuermaßnahme in ihrem kürzlich verlegten Frühjahres-Budget zu bewegen. Dabei geht es um den Wegfall der steuerfreien Pauschalen für nicht-britische Mitarbeiter und Führungskräfte ausländischer Unternehmen. Wie eine Bombe", so äußerten sich betroffene Arbeitnehmer, sei diese Budget-Maßnahme eingeschlagen.

Bisher konnten nicht-britische Arbeitgeber tätigen ausländischen Beschäftigten (also Mitarbeiter mit einem Entsendungsvertrag) in den ersten neun Jahren ihrer Tätigkeit in Großbritannien 50 Prozent ihres Gehaltes und danach immerhin noch 25 Prozent als Freibetrag geltend machen. Ersteres sol innerhalb der nächsten vier Jahre stufenweise abgebaut werden, während die 25 Prozent sogar schon im kommenden Fiskaljahr nicht mehr geltend gemacht werden können.

Betroffen von dieser Neuregelung sind rund 65 000 ausländische Arbeitnehmer und Führungskräfte, darunter zwischen 1000 und 1500 Deutsche. Wie Klaus Balzer, Chef der deutschen Kammer in London vor deutschen Korrespondenten erklärte, ist er fest davon überzeugt, daß die durch diese Maßnahme entstehenden Mehrbelastungen für ausländische Unternehmer und deren Mitarbeiter etliche Unternehmen veranlassen dürften, Großbritannien den Rücken zu kehren.

Britische Zeitungen schreiben sogar über einen zu erwartenden „Exodus" ausländischer Firmen, insbesondere amerikanischer. Denn rund 70 Prozent der in Großbritannien niedergelassenen amerikanischen Unternehmen haben hier ihr europäisches Hauptquartier.

ROBECO / Die Nachfrage nach Aktien bleibt hoch

40 Prozent Anlageergebnis

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die weltweit in Aktien anlegende niederländische Investmentgesellschaft Robeco N.V., Rotterdam, baut nach dem „außerordentlichen Börsenjahr 1983" auch im laufenden Jahr auf einen zunehmenden Wert der Aktien als Anlageinstrument. Diese höhere Wertschätzung werde Unternehmen wieder in die Lage versetzen, durch Aktienemissionen risikotragendes Kapital zur Finanzierung neuer Aktivitäten anzuziehen.

Das Geschäftsjahr 1983 nennt die Gesellschaft „außerordentlich günstig". Der Kurs der Robeco-Aktie wuchs um 35 Prozent auf 334 hfl, einschließlich der Dividende von 13 hfl ergab sich ein Anlageergebnis von 40 Prozent. Von dieser im Jahresverlauf sichtbaren Entwicklung profitierte auch das plazierte Aktienkapital. Mit anhaltender Nachfrage nach Robeco-Aktien stieg deren umlaufende Zahl auf 21,3 (20,5) Mill. Stück, über nominal 1,07 (1,03) Mrd. hfl.

Das Vermögen vor Gewinnverteilung erhöhte sich von 5,08 auf fast 7 Mrd. hfl (plus 36,8 Prozent). Nach Branchen hatten Banken (16,4 nach 16 Prozent), Erdöl (11,2 nach 13,6 Prozent), Elektro (11,1 nach 10,5 Prozent) daran die größten Anteile.

Als Anlageländer lagen die USA mit 37,2, (38,8) Prozent vor Japan mit 15,2 (13,8) Prozent, den Niederlanden mit 19 (20,7) Prozent sowie der Bundesrepublik mit 7,3 (7) Prozent des Fondsvermögens an der Spitze. Bedeutendste deutsche Anlagewerte waren Siemens, Allianz, Deutsche Bank, Bayerische Vereinsbank, Veba, BASF und Bayer.

Erträgen von 288 (275) Mill. hfl standen fast unverändert Aufwendungen von 11 Mill. hfl gegenüber. Der Reingewinn erreichte 277,4 (263,6) Mill. hfl. Ausgeschüttet werden 303 (293) Mill. hfl. Wie im Vorjahr wird jede Aktie mit 13 hfl bedient. Dabei kann die Bardividende erstmals kostenfrei in Robeco-Aktien wiederangelegt werden. Dies war bislang auf die Inhaber von Aktionärskonten beschränkt. Der Kurs wird am Tag der Hauptversammlung (29. 3. in Rotterdam) bekanntgegeben und ungefähr ein Prozent unter dem Tagesbörsenkurs liegen.

MASCHENINDUSTRIE / Beschäftigung verbessert

Importdruck aus der Türkei

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die deutschen Hersteller von Maschenware, die sich schon seit geraumer Zeit einem starken Importdruck vor allem aus Fernost ausgesetzt sehen, haben neuen Kummer. In letzter Zeit drängt zunehmend türkische Ware auf den Markt. Im Jahre 1983 wurde Maschenware im Werte von 170 Mill. DM aus der Türkei in die Bundesrepublik eingeführt, das ist mehr als dreimal so viel wie in 1981 (47 Mill. DM). Mehr noch als die Menge bedrückt die deutschen Hersteller dabei die Preispolitik der Türkei. Beispielsweise macht bei T-Shirts der türkische Fabrikabgabepreis lediglich 26 Prozent des Warenpreises aus deutscher Produktion aus.

Die Importquote aller im Inland angebotenen Maschenwaren hat sich in 1983 um weitere 3 Punkte auf 63 Prozent erhöht. Während die Exporte um 4 Prozent auf 3,2 Mrd. DM zunahmen, wuchsen die Importe um 9 Prozent auf 7,3 Mrd. DM. Das inländische Marktvolumen erhöhte sich um 5 Prozent auf 11,6 Mrd. DM. Gleichwohl glaubt der Gesamtverband der deutschen Maschenindustrie auch Grenzen für den Importdruck zu sehen, die in einer modischen Unbeweglichkeit und im relativ hohen Dollarkurs lägen. Umgekehrt hätten die deutschen Hersteller durch modische Kreationen an Kompetenz gewonnen.

Für das Jahr 1984 erwarten die deutschen Maschenware-Hersteller, die schwerpunktmäßig im Gebiet der Schwäbischen Alb ansässig sind, eher eine Stagnation bei der Menge. Aufgrund der Verteuerung von Rohstoffen sei mit Preiserhöhungen im Rahmen der Inflationsrate zu rechnen. In 1983 hatte die deutsche Maschenindustrie (einschließlich Miederwaren) etwa 7,2 Mrd. DM umgesetzt, also gleich viel wie im Jahr davor. Nach einer dreijährigen Rezessionsphase mit negativen Vorzeichen wird dies als gute Ausgangslage für 1984 gewertet. Deutlich über dem Branchenschnitt lagen Maschenstoffe und Teilbereiche der Sportbekleidung. Die verbesserte Beschäftigungslage drückt sich in deutlich gesunkenen Kurzarbeitszahlen aus. Der Industriezweig zählt 798 Betriebe (minus 5,8 Prozent) mit 65 150 Beschäftigten (minus 5,9 Prozent).

JACOBS-SUCHARD / Nach der Fusion Ertragskraft zur weiteren Expansion bei Kaffee und Schokolade

Der erste Abschluß zeigt Schweizer Solidität

JAN BRECH, Zürich

Für das erste volle Geschäftsjahr nach der Fusion präsentiert die Jacobs-Suchard-Gruppe, Zürich, einen Abschluß, der den landläufigen Vorstellungen schweizerischer Solidität schon sehr nahe kommt. Nach der Umstrukturierung der Gruppe, so betont Klaus J. Jacobs, Delegierter des Verwaltungsrats und Präsident der Generaldirektion, verfüge man über ein Fundament, um die Früchte der Zusammenlegung von Jacobs und der früheren Interfood AG (Suchard, Tobler) zu ernten.

Trotz Stagnation in vielen Märkten habe Jacobs-Suchard im Berichtsjahr 1983 den Umsatz um 12,3 Prozent auf 4,6 Mrd. sfr gesteigert und den Reingewinn um 20 Prozent auf 110 Mill. sfr verbessert. Jacobs verdiente damit 2,4 Prozent seines Umsatzes, eine Rendite, die zwar an die amerikanischer Lebensmittel- und Genußmittelhersteller noch nicht herankommt, doch die notwendige Ertragskraft zur weiteren Expansion erkennen läßt.

Dabei wird das Jacobs-Suchard-Geschäft auch künftig auf den zwei großen Pfeilern Kaffee und Schokolade ruhen, wobei Kaffee zur Zeit rund 67 Prozent zum Gesamtgeschäft beisteuert. Die Kaffeesparte ist im Berichtsjahr um 18,1 Prozent auf 3,1 Mrd. sfr gewachsen. Jacobs-Suchard ist Marktführer in Kanada, nach hartem Verdrängungswettbewerb nun auch in Frankreich, in Österreich und in der Bundesrepublik.

Vor allem auf dem deutschen Markt hat Jacobs weitere Expansionspläne. Den technologischen Vorsprung, den man durch die Einführung des Kurzzeitröstverfahrens im Herbst 1983 gewonnen habe, werde man nicht aufgeben, erklärte Jacobs. Nicht zuletzt nach der Umstellung der Spitzenmarke Krönung (sie macht fast 75 Prozent des gesamten Kaffeeumsatzes bei Jacobs aus) auf das Kurzzeitröstverfahren und das Angebot in einer 500-Gramm-Packung erwartet Jacobs einen Ausbau des Marktanteils von zur Zeit etwa 25 Prozent.

Rund 1,5 Mrd. sfr Umsatz (plus 2 Prozent) erreichte Jacobs-Suchard in dem Bereich Schokolade. Dabei hat das Unternehmen im Rahmen einer Überprüfung des gesamten Schokoladenangebots und der Produktionsstandorte einen Konzentrationsprozeß sowohl im Sortiment als auch in der Fertigung eingeleitet. Davon betroffen sind auch die beiden deutschen Firmen Suchard GmbH, Lörrach, und die Schocolat Tobler GmbH in Stuttgart. Auf dem preislich desolaten deutschen Schokoladenmarkt, so Jacobs, habe man mit Europas meist verkaufter Marke Milka und auch mit Tobler Marktanteile zugewonnen.

In der regionalen Streuung des Umsatzes ist der deutsche Markt mit einem Anteil von fast 44 Prozent mit Abstand wichtigstes Terrain geblieben. Es folgen Frankreich mit 21,4, die Schweiz mit 12,7, das übrige Europa mit 15,6 und Nordamerika mit 5,3 Prozent. Ziel bleibt es für Jacobs-Suchard, die Position des drittgrößten Kaffeekonzerns der Welt zu festigen und auch bei Schokolade ganz vorne mitzumachen.

Spätestens ab dem zweiten Halbjahr 1984 werde man sich intensiv mit der Planung der Exspansion befassen, erklärt Jacobs. Die Frage, ob künftig auch der größte Kaffeemarkt der Welt, die USA, im Visier sei, antwortet er mit dem Hinweis, daß man zunächst „die Äpfel dort pflücken wird, wo sie am reifesten sind". Angestrebt werden sowohl eine noch stärkere geographische Ergänzung zum dominierenden deutschen Geschäft als auch Produktinnovationen, vor allem im Schokoladenbereich.

An der nötigen Finanzkraft, um auf den großen Genußmittelmärkten weiterzukommen und nicht selbst unter die Räder eines gewaltigen weltweiten Konzentrationsprozesses zu gelangen, mangelt es Jacobs-Suchard nicht. Bilanz- und Finanzstruktur sind glänzend, der Cash-flow überdeckte 1983 mit 191 Mill. sfr die Investitionen um fast 45 Mill. sfr. Die eigenen Mittel machen mit 675 Mill. sfr 35,5 Prozent der Bilanzsumme aus. In der Hinterhand bleibt noch die Öffnung für die Kapitalmärkte. Ob und wann eine Kapitalerhöhung komme, ließ Jacobs offen. Die Erhöhung der Dividende von 26 auf 29 Prozent läßt aber erkennen, daß Jacobs die Aktionäre bei Laune halten will.

KWU / EVS

Engagement in Müllpyrolyse

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ein offenbar aussichtsreiches Verfahren zur umweltfreundlichen Müllverschwelung (Müllpyrolyse) geht jetzt in die großtechnische Verwendung. Im Interesse einer raschen Markteinführung dieser Technik übernimmt die Kraftwerk Union AG (KWU), Mülheim/Ruhr, eine 80prozentige Beteiligung an der Kiener Pyrolyse Gesellschaft für thermische Abfallverwertung mbH (KPA), Stuttgart, einer bisher 100prozentigen Tochter der Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS).

Die KWU sehe nach Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Klaus Barthelt in diesem Engagement (es besteht eine Option auf den Erwerb der restlichen 20 Prozent am 3 Mill. DM betragenden KPA-Kapital) einen weiteren Schritt, sich mit fortschrittlicher und umweltfreundlicher Technik an der Bewältigung der Umweltprobleme zu beteiligen. Als erstes größeres Projekt hofft die KWU, den Auftrag für den Bau einer Müll-Pyrolyse-Anlage zu bekommen. Für die dort in Betracht kommende Größenordnung (280 000 Tonnen Jahresdurchsatz Müll) wird mit Anlagekosten von 150 bis 160 Mill. DM gerechnet.

Die EVS wird ihr Pyrolyse-Engagement bis Mitte dieses Jahres knapp 27 Mill. DM gekostet haben. Davon entfällt ein erheblicher Teil auf die in Goldshöfe im Ostalbkreis errichtete Demonstrationsanlage. Deren Kosten dürften sich auf 36,5 Mill. DM belaufen, wobei öffentliche Fördermittel von 24 Mill. DM eingesetzt wurden. Die KWU wollte ihr Engagement nicht beziffern. Sie erwartet, auf diesem Felde bis spätestens in fünf bis sechs Jahren den Break-even-point erreicht zu haben.

Duni wächst kontinuierlich

DOMINIK SCHMIDT, Bramsche

Bei der Deutschen Duni GmbH, Bramsche, hat sich 1983 die günstige Geschäftsentwicklung der Vorjahre fortgesetzt. Nach Angaben des Unternehmens, das sich mit der Herstellung von Einmalerzeugnissen „rund um den Tisch" befaßt, stieg der Umsatz um 18 Prozent auf 84 (70,6) Mill. DM. Das Wachstum, das deutlich über dem Branchendurchschnitt liege, sei ausschließlich auf Mengensteigerungen zurückzuführen; Preiserhöhungen lasse der Markt nicht zu. Dennoch zeigt sich die Duni-Geschäftsführung auch mit der Ertragsentwicklung zufrieden.

Gestärkt hat Duni die Marktposition in den wichtigsten Produktgruppen. In besonderem Maße gilt dies für Servietten. Während die Branche ein Absatzplus von 8 Prozent erzielte, verzeichnete Duni einen Anstieg um 13,1 Prozent. Dadurch erhöhte sich der Marktanteil auf 27,5 Prozent. Kräftig zugenommen hat zugleich der Absatz von Party-Produkten. Mit dem von 17 Prozent auf 24 Prozent gestiegenen Marktanteil bei Partytellern wurde der Abstand zum Marktführer erheblich verringert. Zum Sortiment gehören ferner Papiertischtücher, Geschenkpapier und Kerzen. Jeweils die Hälfte des Umsatzes wikkelt Duni über Verbrauchermärkte und den Fachhandel sowie über den Distributionskanal Großverbraucher (Gastronomie) ab.

Die Geschäftsführung zeigt sich auch für 1984 zuversichtlich. Das Unternehmen, das zur schwedischen Bonnier-Gruppe gehört und rund 400 Mitarbeiter beschäftigt, geht davon aus, daß 1985 die 100-Mill.-DM-Umsatzgrenze überschritten wird.

Umsatzschraube kräftig gedreht

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Würth-Firmengruppe, Künzelsau, eines der führenden Unternehmen auf dem Gebiete der Montagetechnik, hat im Geschäftsjahr 1983 seinen Weltumsatz um 15,9 Prozent auf 778 Mill. DM ausgebaut. Das Betriebsergebnis dieses Vollsortimenters sei nach Angaben der Verwaltung „sehr zufriedenstellend" ausgefallen. Schon für das vorangegangene Jahr, das einen Umsatzzuwachs von 8,9 Prozent gebracht hatte, war über eine Verbesserung des Betriebsergebnisses von 39 Prozent berichtet worden.

Im Hinblick auf die konjunkturellen Aussichten, die Würth „mit marginalen Unterschieden in den einzelnen Ländern weltweit als sehr gut beurteilt", erwartet die Firmengruppe für das laufende Jahr 1984 eine Umsatzsteigerung um etwa 100 Mill. DM. Damit dürfte der Weltumsatz auf eine Größenordnung von 850 bis 900 Mill. DM hinauslaufen. Das bereits 1983 eingeleitete Investitionsprogramm ist um weitere 10 Mill. DM auf 35 Mill. DM aufgestockt worden. Die Zahl der Mitarbeiter der Würth-Gruppe hat um 10 Prozent auf 4012 zugenommen.

Stammhaus der Firmengruppe, die mit einem verfügbaren Sortiment von über 20 000 Positionen der Montagetechnik aufwarten kann, ist die Adolf Würth GmbH & Co KG, Künzelsau. Über mehrere Vertriebstöchter in der Bundesrepublik hinaus ist Würth mit rund 20 Gesellschaften im Ausland vertreten. Die Auslandstöchter, die in 1982 annähernd jede zweite Umsatzmark hereinholten, sind unter dem Dach der zur Familie Würth gehörenden Reca-Union GmbH, Chur/Schweiz, zusammengefaßt.

Massa steigt ins Autogeschäft ein

HARALD POSNY, Düsseldorf

Zusammen mit der Verbrauchermarkt-Gruppe Alfred Massa GmbH, Alzey, will die Austin Rover Deutschland GmbH, Neuss, ab 1. Oktober dieses Jahres den bislang immer noch schwachen Absatz ihrer Pkw auf dem deutschen Markt „deutlich steigern". Mit Abschluß eines Händlervertrages sollen in 18 von 26 Massa-Märkten die Austin Rover-Modelle Mini, Metro, Maestro (ab Herbst auch Montego) verkauft werden.

Neben den Verkaufsniederlassungen wird Massa mit entsprechendem eigenem Fachpersonal (5 bis 10 Leute je Betrieb) über eigene Werkstatt- und Service-Einrichtungen verfügen. Diese ungewöhnliche Vertriebsidee, für die es europaweit kein Vorbild gibt, bedeutet nach Angaben von Austin Rover keinen „Autoverkauf im Supermarkt". Vielmehr nutzen die Briten die expansive, ausschließlich in Ballungsräumen des Main-Gebiets angesiedelte, Unternehmensgruppe mit 4 Mrd. DM Umsatz (1983) für die eigene Absatzstrategie. Austin Rover denkt für 1985 an einen Absatz von 2000 bis 4000 Stück über Massa, zusammen mit den bestehenden Händlern von 12 000 bis 15 000.

Kautschukbranche positiv gestimmt

dpa/VWD, Frankfurt

Positiv beurteilt die deutsche Kautschukindustrie angesichts der zunehmenden Anzeichen für eine weitere Konjunkturbelebung im In- und Ausland die Aussichten für 1984. Wie Peter Weinlig, Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes der deutschen Kautschukindustrie e. V. (WdK), in Frankfurt erläuterte, planen 42 Prozent der Unternehmen in diesem Jahr höhere Investitionen als 1983 (500 Mill. DM) vorwiegend für Rationalisierung und Modernisierung. 19 Prozent wollen die Produktion erweitern.

Sorgen bereitet der Branche das Emporschnellen der Rohstoffpreise. Deshalb seien Preiserhöhungen nicht zu umgehen. Weinlig nannte für Reifen und technische Gummierzeugnisse eine Größenordnung von 4,8 Prozent. Im vergangenen Jahr ist der Branchenumsatz um knapp 6,5 (3,6) Prozent auf 12,97 (12,18) Mrd. DM gestiegen. Dabei nahmen die Inlandsverkäufe um 7,1 Prozent auf 10,29 Mrd. und die Exporte um 4,2 Prozent auf 2,68 Mrd. DM zu. Der um 1,6 (minus zwei) Prozent auf 1,14 (1,12) Mill. Tonnen gestiegene Mengenabsatz wurde primär von den Bereifungen getragen. Seit November hat sich jedoch auch der Absatz im technischen Bereich belebt. Mit 99 Mitgliedsfirmen repräsentiert der Verband etwa 90 Prozent der industriellen Herstellung von Gummierzeugnissen in der Bundesrepublik.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Verlust getilgt

Frankfurt (DW.) – Die Metallgesellschaft AG, Frankfurt, hat 1982/83 (30. 9.) einen Jahresüberschuß erzielt, der die vollständige Tilgung des Vorjahres-Verlustvortrags von knapp 17 Mill. DM erlaubt. Das teilte das Unternehmen nach der Aufsichtsratssitzung am Montag mit.

Wieder Dividende

Augsburg (VWD) – Die Ackermann-Göggingen AG, Augsburg, nimmt die Dividendenzahlung wieder auf, nachdem die Rationalisierungsmaßnahmen 1983 gegriffen haben. In einem Aktionärsbrief werden allerdings noch keine Angaben über die Höhe der für 1983 zu erwartende Ausschüttung gemacht. Zuletzt waren 5 Prozent für 1981 gezahlt worden. Der Umsatz ging 1983 auf 123,7 (129) Mill. DM zurück, was der Vorstand teilweise auf eine Sortimentsbereinigung zurückführt.

EVA: 10 DM Ausgleich

Düsseldorf (VWD) – Die freien Aktionäre der Eisenbahn-Verkehrsmittel AG für Transport und Lagerung erhalten für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) wieder eine Ausgleichszahlung von 10 DM je 50-DM-Aktie. Seit 1979 besteht mit der EVA Eisenbahn-Verkehrsmittel-Gesellschaft mbH, Düsseldorf, ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Umsatzplus

Offenbach (dpa/VWD) – Die Polaroid GmbH, Offenbach, deutsche Tochter des amerikanischen Fotokonzerns Polaroid, erzielte 1983 mit 150 Mitarbeitern einen leicht gestiegenen Jahresumsatz von über 200 Mill. DM. Davon entfielen 60 Prozent auf Amateur-Kameras und 40 Prozent auf Profi-Anwender in Medizin, Industrie, Forschung und Wissenschaft bis zur Kriminalistik.

Esterer erhöht wieder

Altötting (VWD) – Die Maschinenfabrik Esterer AG, Altötting, hat 1982/83 (30. 9.) den Umsatz trotz ungünstiger Entwicklung auf den meisten Abnehmermärkten, wie im Geschäftsbericht betont wird, mit 42,8 (42,6) Mill. DM gehalten. Erstmals wird ein Konzernabschluß vorgelegt, da die Esterer Gießerei GmbH ausgegliedert wurde. Die Exportquote sank auf 41 (45) Prozent. Aus dem Jahresüberschuß der AG von 398 000 DM werden 140 000 DM den freien Rücklagen zugeführt. Der Hauptversammlung am 11. Mai wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn von 264 000 DM zur Zahlung einer Dividende von 8 Prozent auf 3,3 Mill. DM Grundkapital zu verwenden. Im Vorjahr hatte Esterer die Ausschüttung auf 5 (15) Prozent gekürzt.

Gehe: Besseres Ergebnis

Stuttgart (nl) – Die im Pharma-Großhandel tätige Gehe AG, Stuttgart, hat 1983 ein „deutlich verbessertes Jahresergebnis" verbucht. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, ist der Umsatz um 11,8 Prozent auf 1,04 Mrd. DM angestiegen.

Reinhold Sellien wird 80

Bonn (DW.) – Der Gründer des Dr. Gabler-Verlages, Dr. Reinhold Sellien, wird heute 80 Jahre. Flaggschiff des Verlags, dessen Aufstieg nach dem 2. Weltkrieg mit der Herausgabe betriebswirtschaftlicher Literatur begann, ist das zweibändige „Wirtschafts-Lexikon", das in der 11. Auflage mit rund 200 000 verkauften Exemplaren vorliegt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Cloppenburg: REAL Vermögensverwaltung GmbH & Co. Anlageberatung KG; REAL Vermögensverwaltung GmbH & Co. SECURA KG f. Stillhaltergeschäfte; REAL Vermögensverwaltung GmbH & Co. THESAURA KG f. Stillhaltergeschäfte; REAL Vermögensverwaltung GmbH & Co. AUSTRAL Kapitalanlagen KG; REAL Vermögensverwaltung GmbH & Co. Aktienoptionen-KG; **Fürth:** Jörg GmbH, Veitsbronn; **Heilbronn:** Butz & Partner GmbH EDV-Beratungsunternehmen, Mannheim; **Landau:** Lagu-Werk, Türenfabrik, Beteiligungsges. mbH; **Wuppertal:** Thorsten G. Jarmuth, FA. Elektro-Heizung-Großhandel Thorsten G. Jarmuth, Velbert.

NAMEN

Peter von Windau (39), wurde zum Partner der Roland Berger & Partner GmbH, International Management Consultants, München, berufen.

Dr. Dr. Johannes Schießl, ist als Nachfolger des Ende März in den Ruhestand tretenden **Dr. Albert Schreiber** (63), zum Vorstandsvorsitzenden der Lebensversicherung von 1871 aG., München, bestellt worden.

Heribert Bastians (49) und **Winfried Drewes** (43) sind zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern der Stadtsparkasse Köln berufen worden.

Jürgen Sarrazin, stellvertretendes Mitglied des Vorstands der Dresdner Bank AG, ist als Nachfolger von **Dr. Manfred Meier-Preschany** zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Deutsch-Südamerikanischen Bank AG, gewählt worden.

Hans Messerschmidt, bisher Vorstandssprecher der Bergabau AG Lippe, ist zum Vorstandssprecher der Bergbau AG Niederrhein bestellt worden. Er wurde Nachfolger des im Dezember verstorbenen **Heiner Weber. Herbert Kleinherne**, bisher Vorstandsmitglied, wurde zum Sprecher des Vorstands ernannt.

Dr. Dietrich Natus wurde mit Wirkung vom 4. Mai 84 zum Vorstandsvorsitzenden der Metallgesellschaft AG ernannt. **Dr. Dietrich Ertel** wurde in den Vorstand der Metallgesellschaft AG berufen und übernimmt gleichzeitig als Nachfolger von Natus das Amt des Sprechers der Geschäftsführung der Lurgi GmbH.

Hans Georg Kirstein, Geschäftsführer der zum Krupp-Konzern gehörenden Theodor Wuppermann GmbH, Leverkusen, hat als Nachfolger von **Dr. Günter Flohr** (Hoesch-Vorstand) den Vorsitz in der Walzstahl-Vereinigung, Düsseldorf, übernommen.

WESTFÄLISCHE HYPO / Erträge verbessert – Reichlicher Emissionsspielraum

Risikovorsorge wurde verdreifacht

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Über eine deutliche Ertragsverbesserung berichtet die Westfälische Hypothekenbank, Dortmund. Mit einem um 27 Prozent auf 91,1 Mill. DM gestiegenen Zinsüberschuß einschließlich Einmalerträgen habe die Bank ihre Zielmarke erreicht und ihr bisher bestes Ergebnis erzielt, sagte Vorstandsmitglied Rudolf Nolting-Hauff. Aus dem von 24,5 auf 27,1 Mill. DM erhöhten Jahresüberschuß werden wieder 18 Prozent Dividende gezahlt und die Rücklagen mit 17 (15) Mill. DM dotiert, so daß das haftende Eigenkapital auf 248 Mill. DM steigt.

Die zunehmende Bonitätsverschlechterung im Hypothekengeschäft als Folge der zum Teil schlechten Situation des Immobilienmarktes und der hohen Arbeitslosigkeit machte im letzten Jahr eine Verdreifachung der Risikovorsorge notwendig. Es stelle sich jetzt heraus, daß die persönliche Bonität des Hypothekenschuldners zu wenig beachtet und der Sachwert gelegentlich zu hoch angesetzt worden sei.

Inzwischen ist die Westhyp bei der Bonitätsprüfung besonders im Kleingeschäft vorsichtiger. Aber nicht daran lag es, daß die 83er Hypothekenneuzusagen gegen den Branchentrend mit 864 Mill. DM um zwölf Prozent hinter dem hohen Vorjahresniveau zurückblieben. Auch im Kommunalgeschäft verlangsamte sich das Wachstum; die Neuabschlüsse gingen um 11,6 Prozent auf gut 1,3 Mrd. DM zurück.

Die Bank, so erklärte Nolting-Hauff, sei bestrebt, mit dem selbstverdienten Emissionsspielraum auszukommen, da sie so lange wohl kaum auf eine Kapitalzuführung von ihrer Mutter, der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank, rechnen könne, wie die Einbeziehung der Hypothekenbanken in die „Konsolidierung" im Rahmen der Novellierung des Kreditwesengesetzes noch in der Schwebe bleibe.

Nach der Rücklagendotierung verfügt die Bank über einen reichlichen Emissionsspielraum, so daß sie den Darlehensbestand erheblich stärker ausweiten könnte als im letzten Jahr, in dem die Hypothekenausleihungen um 14 Prozent auf gut 3,9 Mrd. DM und die Kommunaldarlehen um drei Prozent auf 7,1 Mrd. DM wuchsen. Zur Refinanzierung hat die Westhyp 1,6 (2,3) Mrd. DM Kommunalobligationen und 912 (766) Mill. DM Pfandbriefe sowie 100 Mill. DM sonstige Schuldverschreibungen plaziert. Die Bilanzsumme stieg um 5,3 Prozent auf 12,8 Mrd. DM.

Das Jahr 1984 ist nach Angaben des Vorstands sehr gut angelaufen. Im Hypothekengeschäft, das wegen der besseren Margen gegenüber dem Kommunalkredit Priorität genießen soll, wurde bisher gleich viel produziert wie vor einem Jahr.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Bundesanleihen

		20. 3.	19. 3.
F 5 Bund 78	6/84	99,95	99,95
6 dgl. 78 III	9/84	100	100
8¼ dgl. 76	9/84	100,8	100,8
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	100
6¼ dgl. 79	1/85	100	100,1
8½ dgl. 73 I	3/85	102,05	102,05
7 dgl. 79	4/85	100,75	100,8
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,9G	101
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,6bG	101,7
8 dgl. 78 IV	10/85	101,95	102
5½ dgl. 78 II	3/86	97,65	97,85
5¾ dgl. 78	5/86	97,5	97,8
7¾ dgl. 78 I	12/86	100,5	100,5
6½ dgl. 79	1/87	98,75	98,8
7¼ dgl. 76 II	1/87	100,4	100,55G
6¾ dgl. 77	4/87	99,3	99,3
6½ dgl. 77	7/87	98,4	98,5
6 dgl. 77	10/87	96,45	96,7
6 dgl. 78 I	1/88	95,8	96,05
6½ dgl. 78 I	9/88	97,05	97,25
6½ dgl. 78 II	12/88	96,7	97,1G
6¾ dgl. 79	1/89	97,55	97,55G
7¼ dgl. 79 I	4/89	99,35	99,5
10 dgl. 81	4/89	108,7	108,75
7½ dgl. 79 I	6/89	99,75	99,8
8 dgl. 79 I	7/89	101,45	101,45
8 dgl. 79 II	8/89	101,15	101,45
7½ dgl. 79 II	9/89	99,6	99,75
7¾ dgl. 79 II	11/89	100,3	100,45
7¾ dgl. 80 I	1/90	100,2	100,4
10 dgl. 80	4/90	109,5	109,55
5¾ dgl. 78	5/90	92	92,25
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,8	102,05
8¼ dgl. 80 II	11/90	101,8	102,05
7¾ dgl. 82	11/90	99,6	99,7
9 dgl. 81	2/91	104,5	104,7
10½ dgl. 81	7/91	111,2	111,35
10¾ dgl. 81	8/91	114,15	114,5G
10 dgl. 81 II	12/91	110,15	110,4
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,1	108,85
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,8	109,05
6 dgl. 78 II	3/93	90,87	90,87
9,5 dgl. 82	4/92	107,5	107,75
9 dgl. 82	5/92	104,6	104,8
8½ dgl. 82	6/92	101,8	102
9 dgl. 82	8/92	104,55	104,8
8¾ dgl. 82	9/92	103,25	103,6
7¾ dgl. 82	12/92	98,3	98,5
7½ dgl. 83	1/93	96,5	96,8
7½ dgl. 83 II	3/93	96,5	96,85
7¾ dgl. 83 III	5/93	97,75	98,05
8¼ dgl. 83	6/93	100,95	100,95bG
8 dgl. 83	7/93	99,5	99,7
8¼ dgl. 83 II	8/93	100,55	100,9
8¼ dgl. 83 III	10/93	100,65	100,9
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100,7	100,85
8¼ dgl. 83 V	12/93	100,65	100,9
8¼ dgl. 84	1/94	100,65bG	100,9
8¼ dgl. 84 II	2/94	100,65	100,9
8 dgl. 84	3/94	99,6	99,8bG
F 7¾ B Obl. 79 S.1	12/84	101	101,05
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,45	101,5
8½ dgl. 80 S.3	2/85	101,6	101,6G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,55	102,65
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,4	102,45
8½ dgl. 80 S.6	5/85	102,1	102,1
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,8	101,85
7½ dgl. 80 S.8	8/85	101,15	101,2
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	102,3	102,35
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	103,4	103,4G
9 dgl. 81 S.11	1/86	103,65	103,7
9½ dgl. 81 S.12	3/86	105,5G	105,5G
10 dgl. 81 S.13	3/86	105,8	105,85
9¾ dgl. 81 S.14	4/86	105	105
10 dgl. 81 S.15	4/86	106	106
10½ dgl. 81 S.16	6/86	107,35	107,45
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,75	108,8
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,95	107,95
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,9G	106,9
9½ dgl. 81 S.20	11/86	105,9G	105,9G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	107,6	107,6
10 dgl. 81 S.22	11/86	107,05G	107,1G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,95	105,95
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	106,35	106,5
9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,85	105,95
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	105,3	105,3
9 dgl. 82 S.27	4/87	104,7	104,7
8½ dgl. 82 S.28	5/87	103,3	103,3
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,9	105,95
9 dgl. 82 S.30	8/87	104,3	104,3
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	103,55	103,65
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	101,9	102,05
8 dgl. 82 S.33	11/87	101,15	101,35
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	100,45bG	100,6
7½ dgl. 82 S.35	12/87	99,7bG	99,85
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	98,7	98,85
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	97,4	97,8
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,9	98,05
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	98,8G	98,9G
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,65	99,75
8 dgl. 83 S.41	8/88	100,7	100,8
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,75	100,85
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,8	100,9
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,6	101,75
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,55bG	100,7

Bundesbahn

		20. 3.	19. 3.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100G	100,8G
8¼ dgl. 75	9/84	100,85G	100,95
6 dgl. 78 IV	11/84	99,95bG	99,95G

		20. 3.	19. 3.
F 6½ dgl. 79	2/85	100,2	100,2
8½ dgl. 73	2/85	101,75	101,85
7 dgl. 77	2/87	99,5	99,5
6 dgl. 77	9/87	96,2	96,4
6 dgl. 78 II	7/88	94,95	95,15
6½ dgl. 77	6/89	95,45	95,8G
8 dgl. 79 I	7/89	101,1	101,2
6 dgl. 78 I	2/90	92,6	92,65
8 dgl. 80 II	7/90	100,5	100,5
9 dgl. 81	3/91	104,45	104,6
10½ dgl. 81	9/91	112,4	112,56
10¼ dgl. 81	11/1	111,35	111,6
8 dgl. 80 I	2/92	99,7	99,75
10 dgl. 82	2/92	110,4	110,5G
9½ dgl. 80	7/92	107,6	107,9
8 dgl. 82	11/92	99,55	99,7
7¾ dgl. 83	1/93	98,65	98,7
8¼ dgl. 83	10/93	100,65	100,85

Bundespost

		20. 3.	19. 3.
F 6½ Bdpost 68	6/88	99G	99G
8 dgl. 72 I	9/87	101,6	101,65G
10 dgl. 81	3/89	108,45	108,85
10¼ dgl. 81	6/89	109,35	109,6
8 dgl. 80	3/90	100,65	100,75
7¾ dgl. 80	8/90	99,65	99,8
8¾ dgl. 80	12/90	104,2	104,35
10½ dgl. 81	10/91	112,4	112,7
9¾ dgl. 82	2/92	108,8	109,1
8¾ dgl. 82	8/92	103,35	103,65
8½ dgl. 82	10/92	101,65	102,15
7¾ dgl. 83	2/93	97,85	98,3
8½ dgl. 83	8/93	101,8	102,15
8¼ dgl. 84	2/94	100,85	100,85

Länder – Städte

		20. 3.	19. 3.
S 6¾ Bd.-Wttbg. 78	86	98	98G
8¼ dgl. 82	92	100,9	101
M 7 Bayern 66	86	101G	101G
6½ dgl. 67	87	101,5G	101,5G
6 dgl. 68	85	99,25	99,25
6 dgl. 78	88	95	95
8¾ dgl. 80	90	103,5	103,5G
8¾ dgl. 82	90	103,1G	103,1
7¼ dgl. 83	93	96,1G	96,1
B 8½ Berlin 70	85	102,5G	102,5G
8 dgl. 72	85	101,5G	101,5G
7 dgl. 77	85	100,35G	100,35G
6½ dgl. 78	88	97	97G
8¾ dgl. 80	88	103,75	103,75
Br 7¾ Bremen 71	87	101,2	101,2G
8 dgl. 72	87	101,5G	101,5G
7½ dgl. 83	93	96,5G	96,8
H 8½ Hamburg 70	85	101,3G	101,3G
6¼ dgl. 77	92	96G	96G
8 dgl. 80	92	100,2G	100,2G
9¾ dgl. 82	92	108,6G	108,6G
7½ dgl. 83	92	96,4G	96,4
F 8 Hessen 71	86	101	101
6¼ dgl. 78	88	95,25	95,4
Hn 8½ Nieders. 70	85	101,3	101,3
7½ dgl. 72	87	100,5G	100,5G
8 dgl. 72	87	101,8	101,8
7½ dgl. 79	87	99,6	99,8G
7¾ dgl. 82	92	97,5G	97,75
8 dgl. 83	93	99,55	99,55G
D 7½ NRW 83	93	96	95,75
7¾ dgl. 83	93	97,2	97,35G
8½ dgl. 83	93	101,6	101,85
8¼ dgl. 83	93	100,35G	100,7
8¼ dgl. 84	92	100,55	100,5
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8G	99,8G
8 dgl. 71	86	100,25	100,5
F 8½ Saar 70	85	101,2	101,1G
7 dgl. 72	87	99,75G	99,75G
6 dgl. 78	88	94,75	94,9
H 6 Schl.-H. 64 II	84	100G	100G
7¼ dgl. 72	87	100,5G	100,5G
8½ dgl. 73	85	101,75	101,75
D 7 Essen 72	85	100,25G	100,25G
M 6 München 64	84	99,75G	99,75G
S 7½ Stuttgart 71	86	101G	101G
7¾ dgl. 72	87	101,25G	101,25G
8 dgl. 83	93	99,75G	99,75G

Bankschuldverschreib.

	20. 3.	19. 3.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bakola Pf 104	100,95G	100,95G
9 dgl. Pf 106	104,1G	104,1G
10 dgl. Pf 108	108,8G	108,8G
7 dgl. KS 132	96,45G	96,45G
8 dgl. KS 155	100G	100G
9 dgl. KS 169	103,15G	103,15G

Renten unter Druck

Auch wenn sich der Dollar nicht mehr weiter befestigte, so setzte sich auf dem Rentenmarkt der Kursverfall mit Abschlägen bis zu einem halben Punkt fort. Dabei schien der Druck bei den länger laufenden Titeln am stärksten gewesen zu sein. Die letzte achtprozentige Bundesanleihe wurde weiter unter ihrem Emissionskurs gehandelt. Damit hat der Zinsanstieg in den USA die Hoffnungen auf einen Renditerückgang in der Bundesrepublik auch nachhaltig unter acht Prozent im langen Laufzeitbereich zunächst einmal zunichte gemacht. DM-Auslandsanleihen gaben ebenfalls nach. Pfandbriefe wurden dem steigenden Renditeniveau Zug um Zug angepaßt.

	20. 3.	19. 3.
M 5½ Bayer. Hyba Pf 14	92,5TG	92,5TG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	96,25G	96,25G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	91G	91,5
5 dgl. 47	79	79
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78TG	78TG
7 dgl. Pf 100	100,5bG	101G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Aktien ohne klare Tendenz

Größere Käufe bei Siemens und Degussa

DW. – Die Enttäuschung darüber, daß es trotz der vom US-Präsidenten Reagan angestrebten Etateinsparungen in den USA nun doch zu einer Zinsanhebung gekommen ist, machte sich an der Dienstag-Börse auf dem deutschen Aktienmarkt in einem ausgesprochenen Ordermangel bemerkbar. Da dies sowohl für die Käufer- als auch für die Abgeberseite galt, veränderte sich das Kursniveau insgesamt nur wenig. Eine eindeutige Tendenz konnte sich bei geringen Umsätzen nicht durchsetzen. Aus dem Rahmen fielen lediglich Siemens- und Degussa-Aktien, wo größere Kaufaufträge – zum Teil aus dem Ausland stammend – für festere Notierungen sorgten.

Wenn die Stimmung auf Teilgebieten noch zuversichtlich war, geht dies im wesentlichen auf das von der Bundesbank beschriebene wirtschaftliche Umfeld zurück, das immer deutlicher Belebungstendenzen zeigt. Gleichwohl gab es auch in den Investitionsgüterpapieren teilweise Rückschläge. Als sehr empfindlich erwiesen sich erneut die Autoaktien, mit Ausnahme von BMW. Solange dieser Bereich von massiven Streikdrohungen der IG Metall verunsichert wird, halten sich hier die in- und ausländischen Anleger zurück, bzw. sind immer wieder bereit, etwaige Kursgewinne kurzfristig zu realisieren.

Düsseldorf: Rheag verminderten sich um 5 DM auf 458 DM, Stolberger Zink gaben um 20 DM auf 1030 DM nach und Düwag fielen um 3 DM auf 138 DM. Kochs Adler verbesserten sich um 5 DM auf 325 DM, Kromschröder zogen um 4 DM auf 179 DM an, und Riedel befestigten sich um 5 DM auf 390 DM.

Frankfurt: Etwas freundlicher waren Elektro- und Versorgungswerte sowie einige Chemieaktien, vor allem Degussa im Zusammenhang mit dem positiven Jahresabschluß für 1982/83 (30. 9.) und Metallgesellschaft. Von Nebenwerten blieben Chemieverwaltung 317,50 DM plus 9,50 DM, Deutsche Steinzeug 247 DM plus 7 DM, Braun 466 DM plus 11 DM, Conti-Gas 299 DM plus 9 DM und Hartmann und Braun-Vorzüge 265 DM plus 10 DM.

Hamburg: HEW gingen zu 98 bis 97 DM minus 1,10 DM und NWK Vz. zu 178 DM plus 1 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi wurden mit 144 DM plus 2 DM bezahlt. Reichelt gaben auf 134,50 DM minus 1,50 DM nach. Beiersdorf blieben mit 350 DM unverändert. Erheblich schwächer verkehrten Haller Meurer mit 192 DM minus 11,50 DM.

München: Agrob St. verminderten sich um 5 DM auf 315 DM, Etienne Aigner sanken um 1 DM auf 285,50 DM, und Heilitt und Wörner fielen um 4,50 DM auf 280 DM. Grünzweig befestigten sich um 1 DM auf 156 DM, Gehe AG konnten sich um 5,50 DM auf 269,50 DM verbessern, und Würzburger Hofbräu stiegen um 3 DM auf 360 DM.

Berlin: Schering verbesserten sich um 1,50 DM und Berliner Kindl um 1 DM. Kempinski ermäßigten sich um 3 DM. Berthold wurden um 1,50 DM zurückgenommen.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 20. 3.: 151,3 (151,1);
WELT-Umsatzindex vom 20. 3.: 1937 (2629)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Mailand

London

Tokio

Wien

Zürich

Brüssel

Kopenhagen

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisen

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Warenpreise – Termine

Während sich am Dienstag keine einheitliche Tendenz bei den Goldnotierungen an der New Yorker Comex herausbilden konnte, zogen die Silbernotierungen durchweg leicht an. Kupfer schwächte sich überwiegend ab, lediglich die vordere Sicht schloß stetig. Die Kaffee-Notierungen lagen überwiegend fester. Kakao zog auf breiter Front an.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	20. 3.	19. 3.
März	353,50	355,75
Mai	349,50	350,50
Juli	341,00	341,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	20. 3.	19. 3.
Wheat Board cif, St. Lawrence 1 CW	259,85	259,85
Amber Durum	247,20	247,20

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	136,80	138,00
Mai	137,60	137,50
Juli	140,60	141,40

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	133,00	133,00
Mai	126,00	125,50
Juli	123,10	123,10

Hafer Chicago (c/bush)	20. 3.	19. 3.
März	182,75	184,00
Mai	178,50	177,25
Juli	175,75	175,25

Mais Chicago (c/bush)		
März	350,00	351,00
Mai	349,50	347,75
Juli	345,50	344,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	20. 3.	19. 3.
März	130,00	129,80
Mai	130,70	130,00
Juli	130,90	130,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	20. 3.	19. 3.
Terminkontr. März	153,90	151,40
Mai	144,85	144,10
Juli	138,71	138,25

Kakao New York ($/t)	20. 3.	19. 3.
Terminkontr. Mai	2557	2510
Juli	2540	2490
Sept.	2512	2480
Umsatz	4023	4033

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,15	7,03
Juli	7,55	7,51
Sept.	7,90	7,85
Okt.	8,13	8,10
Jan.	8,85	8,65
Umsatz	9 586	9 989

	20. 3.	19. 3.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,83	6,48

Kaffee London (£/t) Robusta-	20. 3.	19. 3.
Kontrakt März	2112–2113	2135–2145
Mai	1936–1938	1970–1972
Juli	1892–1894	1919–1920
Umsatz	4398	1692

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1820–1835	1785–1787
Mai	1842–1843	1795–1796
Juli	1838–1839	1785–1787
Umsatz	7758	5397

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	181,40–181,80	unerhältlich
Aug.	195,90–196,20	unerhältlich
Okt.	205,60–205,80	unerhältlich
Umsatz	2837	0

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	20. 3.	19. 3.
schw. Sarawak spez.	355,00	355,00
weißer Sarawak	632,50	632,50
weißer Muntok	840,00	840,00

Orangensaft New York (c/lb)	20. 3.	19. 3.
Mai	166,95	169,00
Juli	164,00	165,90
Sept.	162,60	163,20
Nov.	160,90	161,80
Jan.	158,00	160,25
Umsatz	1500	1500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	20. 3.	19. 3.
Südstaaten fob Werk	49,50	49,50

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,75	27,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	30,60	29,65
Mai	30,77	29,75
Juli	30,50	29,60
Aug.	29,35	28,40
Sept.	28,40	27,45
Okt.	26,50	25,95
Dez.	25,95	25,45

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	30,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	29,00	28,50
Choise white hog 4% fr. F.	22,00	21,75

Talg New York (c/lb)		
top white	20,25	20,00
fancy	20,00	19,50
bleichfähig	19,25	19,00
yellow max. 10% fr. F.	17,00	16,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Apr.	47,85	48,10
Juni	53,80	54,20
Juli	55,10	55,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	62,95	63,60
Mai	64,15	64,70
Juli	65,10	65,30

Häute Chicago (c/lb)	20. 3.	19. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	54,00	54,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	798,00	777,00
Mai	809,00	785,00
Juli	817,00	794,00
Aug.	802,00	783,00
Sept.	761,00	751,00
Nov.	733,50	725,00
Jan.	742,50	736,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	201,50	199,00
Mai	206,50	202,50
Juli	211,50	207,00
Aug.	211,00	207,00
Sept.	206,50	204,50
Okt.	199,50	199,00
Dez.	201,90	200,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	20. 3.	19. 3.
März	360,50	356,50
Mai	361,10	355,20
Juli	365,00	360,50

Kokosöl New York (c/lb)	20. 3.	19. 3.
Westküste fob Werk	53,00	53,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	20. 3.	19. 3.
jegl. Herk. cif	1130,00	1030,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	500,00	500,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	988,00	950,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	216,00	214,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1200,00	1185,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	296,00	297,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb)	20. 3.	19. 3.
Kontrakt Nr. 2: Mai	80,45	80,02
Juli	81,05	80,51
Okt.	77,15	76,65
Dez.	75,25	74,80
März	76,22	75,75
Mai	76,80	76,35

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS – 1:	58,00	58,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	20. 3.	19. 3.
März	422–427	423–430
Mai	431–438	432–436
Aug.	456–458	456–458
Umsatz:	63	51

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	20. 3.	19. 3.
März	49,70	49,70
Mai	49,20	49,20
Juli	49,70	49,60
Okt.	50,00	49,90
Umsatz:	–	–
Tendenz:		stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	20. 3.	19. 3.
März	583,0	563,0–567,0
Mai	576,5–178,0	574,5–576,0
Juli	587,6–588,0	585,5–586,0
Umsatz:	126	60

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	20. 3.	19. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	20. 3.	19. 3.
März	geschl.	13 900
April	geschl.	13 746

Kautschuk London (p/kg)	20. 3.	19. 3.
Nr. 1 RSS loco	80,00–81,50	79,00–83,50
April	77,50–79,00	85,00
Mai	78,00–79,00	78,00–81,00
April/Juni	78,00–78,60	78,50–80,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	20. 3.	19. 3.
April	258,50–259,50	262,50–263,50
Mai	262,50–263,50	267,00–268,50
Nr. 2 RSS April	254,50–255,50	256,50–257,50
Nr. 3 RSS April	254,50–255,50	252,00–253,00
Nr. 4 RSS April	243,00–244,00	245,00–246,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	20. 3.	19. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	20. 3.	19. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	121,63–121,82	120,97–121,16
drittfolg. Monat	123,91–124,00	123,25–123,44
Zink: Basis London		
laufend. Monat	272,32–272,70	275,08–275,46
drittfolg. Monat	265,67–265,86	267,84–268,22
Produz.-Preis	277,14	277,25
Reinzinn 99,9%	3569–3706	3633–3669

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	20. 3.	19. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	402,78–404,68	404,81–406,72
Blei in Kabeln	129,25–130,25	128,75–129,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	20. 3.	19. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	390–395	390–396
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430–433	429–435
MS 63	422–427	426–428

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	20. 3.	19. 3.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29.15	29.15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	20. 3.	19. 3.
Leg. 225	439–460	439–460
Leg. 226	441–462	441–462
Leg. 231	471–492	471–472
Leg. 233	481–502	481–502

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	20. 3.	19. 3.
Platin (DM je g)	35,308	35,508
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 850	33 950
Rücknahmepr.	33 100	33 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 600	33 760
Rücknahmepr.	33 070	33 230
verarbeitet	35 260	35 430
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 350	33 510
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	821,20	815,10
Rücknahmepr.	804,60	798,70
verarbeitet	857,60	851,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	20. 3.	19. 3.
10.30	393,70	392,15
15.00	393,85	393,60
Zürich mittags	392,50–393,40	393,25–393,75
Paris (Fr1-kg-Barren) mittags	102 100	102 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	662,75	655,35
3 Monate	676,50	668,65
6 Monate	690,55	682,35
12 Monate	722,20	709,35
Platin (£-Feinunze) London	20. 3.	19. 3.
fr. Markt	276,85	274,40
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	110,65	110,55

New Yorker Preise	20. 3.	19. 3.
Gold H & H Ankauf	393,85	393,60
Silber H & H Ankauf	955,00	957,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–402,25	400,00–402,25
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	158,50–160,50	159,00–161,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
März	954,00	963,00
April	966,50	962,00
Mai	971,00	967,00
Juli	990,00	985,00
Sept.	1009,10	1003,00
Dez.	1036,00	1025,00
Jan.	1045,60	1030,50
Umsatz	30 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	20. 3.	19. 3.
März	67,85	67,95
April	68,00	68,40
Mai	68,55	68,50
Juli	69,80	69,90
Sept.	71,20	71,10
Dez.	73,35	73,20
Jan.	73,75	73,85
Umsatz	9 000	12 000

Londoner Metallbörse

	20. 3.	19. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	1000,5–1001,5	1017,0–1018,0
3 Monate	1022,5–1023,5	1039,0–1040,0
Blei (£/t) Kasse	317,50–318,50	319,50–320,50
3 Monate	323,25–323,50	325,50–326,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1047,5–1048,5	1049,5–1050,5
3 Monate	1062,5–1063,5	1066,5–1067,0
abends Kasse	1044,5–1045,5	1054,0–1055,0
3 Monate	1060,0–1060,5	1071,0–1071,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1045,0–1047,0	1052,0–1054,0
3 Monate	1053,0–1055,0	1061,5–1062,5
Zink (£/t) Kasse	711,00–713,00	723,00–725,00
3 Monate	696,00–696,00	706,50–707,00
Zinn (£/t) Kasse	8445–8450	8485–8495
3 Monate	8590–8600	8635–8640
Quecksilber ($/Fl.)	300–310	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	86–89	85–90

Kein Leben ohne Tod,
Kein Tod ohne Leben.

Plötzlich und unerwartet, für alle unfaßbar, ist heute mein lieber Mann, mein lieber Bruder und Onkel

Hans Gutschlag

im 83. Lebensjahr von uns gegangen.

In tiefer Trauer
Friedl Gutschlag geb. Friedrich
und alle Verwandten

5300 Bonn-Bad Godesberg, den 17. März 1984
Klosterbergstraße 117 b

Die Trauerfeier und Beerdigung finden statt am Donnerstag, dem 22. März 1984, um 11.30 Uhr auf dem Friedhof in Bad Godesberg-Rüngsdorf, Konstantinstraße.

FINANZANZEIGE

BILANZ
zum 31. Dezember 1983 (in gekürzter Form)

Der ungekürzte Jahresabschluß 1983 mit dem uneingeschränkten gesetzlichen Prüfungsvermerk liegt in unseren Geschäftsräumen aus und wird im amtlichen Mitteilungsblatt der Stadt Wuppertal veröffentlicht sowie im Bundesanzeiger Mitte April bekanntgemacht.

Aktivseite	in Mio. DM
Kassenbestand, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Forderungen an Kreditinstitute	296
Schecks, Wechsel, Einzugspapiere	37
Wertpapiere	717
Forderungen an Kunden	2.566
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	619
gegen Kommunaldeckung	499
sonstige	1.448
Durchlaufende Kredite	12
Übrige Aktivposten	172
Summe der Aktiven	3.800

Passivseite	in Mio. DM
Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden einschließlich Schuldverschreibungen	3.518
darunter: Spareinlagen	1.948
andere Einlagen	1.570
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45
Durchlaufende Kredite	12
Rücklagen nach § 10 KWG	150
Rückstellungen	25
Übrige Passivposten	46
Bilanzgewinn	3
Summe der Passiven	3.800

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1983 (in gekürzter Form)

Aufwendungen	in Mio. DM
Zinsaufwendungen	158
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere	28
Personalaufwand	57
Sachaufwand	18
Steuern	47
Sonstige Abschreibungen und Aufwendungen	9
Jahresüberschuß	13
Summe der Aufwendungen	330

Erträge	in Mio. DM
Zinserträge	248
Laufende Erträge aus Wertpapieren, Schuldbuchforderungen und Beteiligungen	62
Andere Erträge	20
Summe der Erträge	330
Jahresüberschuß	13
Vorwegzuführung zur Sicherheitsrücklage	10
Bilanzgewinn	3



Stadtsparkasse Wuppertal



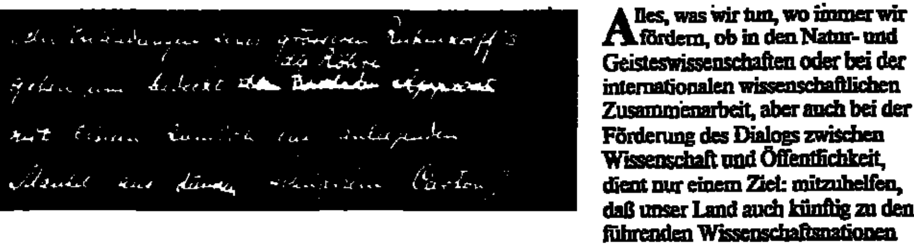




Seit dieser Notiz war der Mensch durchschaut.

Sie stammt aus dem Jahre 1895, aufgeschrieben von Wilhelm Conrad Röntgen*) und verkündet eine wissenschaftliche Sensation: die Entdeckung von Strahlen – von Röntgen selbst X-Strahlen genannt – welche die Eigenschaft haben, Körper mit unterschiedlicher Dichte ohne Brechung zu durchleuchten. Im Labor hatte der Physikprofessor dies zunächst an Papier, Hartgummi, Bleiblechen und an der Hand seiner Ehefrau Bertha getestet.

Dann wagte Röntgen die „Premiere": vor einem staunenden Auditorium der Würzburger Universität durchstrahlte er am 23. Januar 1896 die Hand des Anatomen Albert von Köllicker. Ein Jahrhundertereignis der Physik wurde zur Sternstunde der Medizin. Die wissenschaftliche Welt bedankte sich im Jahre 1901 bei Wilhelm Conrad Röntgen mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Physik.



Auch heute – fast ein Jahrhundert nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen – bleibt Forschung Wagnis, kaum vorausberechenbar. Heute mehr denn je bedarf es privater Forschungsinitiativen, damit der Mut zum Risiko auch in der Wissenschaft erhalten bleibt.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband aus Spenden seiner Mitglieder und Förderer und aus den Etats der von ihm betreuten Stiftungen – unabhängig vom Staat – Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Auch die medizinische Forschung. Hier sind unsere Schwerpunkte die Krebsforschung – vor allem die Früherkennungsforschung – und die Erforschung der Multiplen Sklerose. Aber auch die Erforschung der körpereigenen Immunabwehr. Bereiche, von denen wir uns immer bessere Heilungschancen versprechen.

Alles, was wir tun, wo immer wir fördern, ob in den Natur- und Geisteswissenschaften oder bei der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch bei der Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, dient nur einem Ziel: mitzuhelfen, daß unser Land auch künftig zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun möchten. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Weltmärkten von morgen sichert.



Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56–60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

*) * 27. 3. 1845 in Lennep; † 10. 2. 1923 in München.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Procbolt

Herstellung: Werner Koziok

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Der Mann, der dem ZDF Millionen in die Kasse brachte: Peter Gerlach

„Ein Fisch schluckt manches runter"

Nichts ist schwerer als das Leichte." Und: „Der Zuschauer ist besser als sein Ruf." Diese beiden Weisheiten, so banal sie auch sein mögen, stammen aus dem Munde Peter Gerlachs, des Vize-Programmdirektors im ZDF. Kein Wunder, daß einer, der so etwas sagt – zumal so einer wie dieser 46 Jahre alte, ausgesprochen ausgeschlafen auftretende ZDF-Manager – manchem Tugendwächter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens wie ein rotes Tuch erscheint. Vor und hinter den Kulissen, öffentlich und heimlich, ist man dabei, ihm Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Was hat er getan, was tut er? Ganz einfach: Er bemüht sich darum, durch Zusammenarbeit mit interessierten Partnern bei der Herstellung von TV-Programmen die ZDF-Einsätze zu mindern. Deutlicher: Er treibt die Ko-Produktionen mit der Privatwirtschaft voran, Partner sind unter anderem: Die „Bild"-Zeitung, Videofirmen, Buchverlage, andere Rundfunkstationen, freie Produzenten, Schallplattenfirmen. Die Vermarktung der „ZDF-Superhitparade" über den Merchandiser K-tel beispielsweise erbrachte dem Mainzer Sender zusätzliche Millionen, mit der Vermarktung der Titelrechte an der „Traumschiff"-Melodie holte Gerlach eine sechsstellige Summe zusätzlich in die ZDF-Kasse. Wo immer der Heinzelmann unter den Mainzelmännern einen potenten und veritablen Finanzpartner ausmacht, wo immer mit Rechten Kasse zu machen ist, ist Gerlach zur Stelle.

Anfangs geschah das eher verschämt und in aller Stille. Manche der Herren am Lerchenberg hatten wohl das Gefühl, so etwas sei nahe der Grenze des medialen Anstands. Das hat sich erfreulicherweise geändert: Intendant Dieter Stolte deckt Gerlachs Aktivitäten ab – das brachte dem ZDF allein 1983 etwa 20 Millionen Mark extra in die Kasse.

Von Bayern-Intendant Reinhold Vöth ist, aus seiner Zeit als ARD-Vorsitzender, dieser Satz überliefert: „Die Kooperation mit Dritten ist eine Überlebensfrage der öffentlich-rechtlichen Anstalten geworden." Der Satz des CSU-Mannes aus München war gemünzt auf das SPD-Mitglied Gerlach, den Erfinder dieser Kooperation. In der Medienkommission seiner Partei haben inzwischen (inklusive Peter Glotz) die meisten Leute begriffen, wo es langgeht. Anders ist das bei vielen Redakteuren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den von ihnen informierten Meinungsbildnern draußen in der Presse.

Dabei ist die Unterhaltung des ZDF, die er selbst von 1973 bis 1980 maßgeblich angeschoben hat, heute das Rückgrat des Senders, die Lebensversicherung für die kommerzielle Herausforderung, der das ZDF erheblich gelassener entgegensehen kann als die ARD. Gerlach hat, im Verein mit Intendant Stolte dem ZDF etwa fünf Jahre Vorsprung vor der ARD auf dem Gebiet Unterhaltung und damit eine Atempause geschaffen. Die ARD fängt jetzt erst an, unter dem Vorsitz des NDR-Chefs Räuker, ebenfalls auf Unterhaltung zu setzen. Natürlich: Wer den Rücken frei hat, kann locker kooperieren, das ZDF tut es heute aus einer Position der Stärke heraus, im Wissen über das eigene Know-how.

Daß er ganze Hundertschaften seiner Kritiker sozusagen miternährt, mag Gerlach nicht kommentieren. Daß sie nicht begreifen, warum das Wunderland Showgeschäft eine zusätzliche Finanzquelle ist, verdrießt ihn. Daß man ihn und auch den Münchener Medienmanager Hans R. Beierlein, der fürs ZDF gegen Honorar mitdenkt, persönlich attackiert („Medien-Mephisto", „Gong"), schmerzt ihn. Daß die Kritiker der Kooperation mit „Bild", Buchverlagen und Beierlein unversehens in die falschen Linien geraten, ringt ihm nur noch ein Kopfschütteln ab.

Denn diese Alternative ist klar: Entweder suchen sich die öffentlich-rechtlichen Sender private Partner – und machen so Inkasso. Oder sie verzichten auf Partner – dann fehlt ihnen Geld, das sie so dringend brauchen. Vor allem: Die kommenden privaten



Wegen seiner Erfolge attackiert: Peter Gerlach FOTO: TEUTOPRESS

Programmanbieter werden ohne zu fackeln all das tun, was Gerlach nach dem Willen seiner Kritiker nicht tun sollte. Paradox: Da stabilisiert einer die Rundfunkordnung und wird geprügelt und gescholten dafür.

Kein Wunder, daß Kenner glauben, Gerlach sei des mühseligen Geschäfts irgendwann in naher Zukunft schlicht überdrüssig. Er stammt aus Coburg und ist geboren im Zeichen des Fisches. „Ein Fisch frißt manches in sich rein", sagt er, „schluckt viel runter, ist Kummer gewohnt und hat ein weiches Herz".

An der Telebörse derer, die sich das Privatfernsehen gern angeln würden, wird er zur Zeit höher gehandelt als jeder andere.

HANS-HERMANN TIEDJE

KRITIK

Wenig Korrektur am Fan-Bild

Der Fußballfan hat keine Lobby! Und der Film **„Tarzan und die Donnergötter"** (ZDF) bestätigte seine eigene Aussage, auch wenn Olaf Buhl und Achim Gerloff mit ihrer Reportage „Fans und Fußball" (so der Untertitel) an dieser Tatsache eigentlich hatten rütteln wollen. Sicherlich war es verdienstvoll, durch die Beobachtung zweier Hamburger Fan-Clubs einmal herauszuarbeiten, daß fanatische Fußballanhänger nicht unbedingt rechtsradikal sind und daß sie mit „Sieg-Heil"-Rufen sowie dem Schimpfwort „Jude" nur provozieren, nicht agitieren wollen; daß sie unreflektiert das übernehmen, was ihnen von interessierter Seite eingetrichtert wird.

Aber dann hörte die Korrektur am gängigen Fan-Bild schon auf. Für die Erörterung des Politischen in der unpolitisch gesehenen Sportarena mußten dann Klischees herhalten. Demnach ist die Hälfte der Fans arbeitslos, hat zum Teil „keinen Bock" auf Arbeit. Neben dem Fußball sind Karten- und Glücksspiel die wichtigste Freizeitbeschäftigung, finanziert durch Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld. Im zwischenmenschlichen Bereich kommt die Freundin weit hinter dem geliebten Verein. In Hamburg gibt es über 100 Fan-Clubs. Viele werden sich in dem Bericht nicht wiedergefunden haben. Auch im Fernsehen haben Fußballfans keine Lobby.

ULRICH SCHMIDLA

Sie werden hier erst mündig

Ein einziges Thema beherrschte **„Kontraste"**, das Magazin des Senders Freies Berlin: die ansteigende Zahl der Übersiedler aus der „DDR" in die Bundesrepublik. Aber machen diese Schwalben schon einen ostpolitischen Sommer aus?

Es war einer der späten West-Berufenen, der frühere „DDR"-Renommier-Wissenschaftler und heutige Ordinarius für Wirtschaftsrecht an der Universität Kiel, Wolfgang Seiffert, der hier einiges zurechtrückte: Zum größten Teil werden in der „DDR" Antragsteller auf Ausreise abschlägig beschieden, die Genehmigungen kommen kaum über zehn Prozent hinaus. Die Ausreisenden würden von den „DDR"-Behörden als kaum integrationsfähig angesehen, ihre Ausreise liege deswegen durchaus im Interesse des Regimes. Und der sächsische Landesbischof Hempel nannte dankenswerterweise Gründe für die „DDR"-Müdigkeit gerade bei jüngeren Bürgern. Der vielleicht gravierendste: Anmaßung der Behörden.

Daß man auch gegen eine Behörde angehen kann, müssen Aussiedler erst in der Bundesrepublik lernen. Dies war die wichtigste Feststellung, die eine vor einiger Zeit „umgezogene" Familie – Vater: Physiker, Mutter: Lehrerin, beide noch ohne Beschäftigung – traf. Die halbflügge Tochter meinte: Wir werden hier erst mündig.

GISELHER SCHMIDT

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Und ewig singen die Wälder
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Kinder in Vietnam
Film von Peter Krebs
16.55 Dirk von Haveskerke
Kampf um Flandern, 3. Teil
17.40 Nudnik
Flops pflastern seinen Weg (3)
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 So lebten sie alle Tage
4. Erinnerungen eines Schulmeisters
Von Wolfgang Menge
Mit Helmut Brasch, Oliver Kinzer, Horst Bollmann u. a.
Regie: Ulrich Schamoni
Keine erfundene Geschichte, sondern die wirkliche Biographie eines preußischen Schulreformers ist der Inhalt und auch das Thema der vierten Folge der Serie. Eine der großen pädagogischen Figuren im Preußen des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts war Karl Friedrich von Klöden, Sohn eines einfachen Soldaten und späteren kleinen Beamten der untersten sozialen Schicht. Klöden erzählt in seinen Erinnerungen die Schwerpunkte der damaligen primitiven preußischen Erziehung: Bibeltexte, stupid auswendig lernen, Kirchenlieder singen und geprügelt werden.
21.45 Brennpunkt
Das Millionending – Handelsware Rummenigge
22.30 Tagesthemen
23.00 Mini & Maxi
Zwei kleine Clowns und ihre großen Träume
23.45 Tagesschau

ZDF

10.05 Ski-Weltcup
Sport aktuell – aus Zwiesel
Riesenslalom der Damen, 1. Lauf
13.35 Ski-Weltcup
Riesenslalom der Damen, 2. Lauf
14.40 Humor kennt keine Grenzen
Sachen zum Lachen
15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Wenn Vater schimpft
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Bären sind los
Amanda ist die Größte
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Edo Zanki, Roland Kaiser
17.50 Bret Maverick
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Direkt
Einer der Schwerpunkte von „Direkt" ist die Zusammenarbeit mit jungen Arbeitslosen. Die Redaktion hat mit mehreren Jugendgruppen zusammen häufig die Situation arbeitsloser Jugendlicher beschrieben.
20.15 ZDF-Magazin
Mit den Themen: 1. Neubeginn im Westen – Übersiedler von drüben berichten / 2. Frankfurter Startbahn West ist fertiggestellt / 3. US-Politik in Mittelamerika – Gespräch mit UNO-Botschafterin Kirkpatrick / 4. Afghanische Verwundete brauchen Hilfe.
Moderator: Fritz Schenk
21.00 Der Denver-Clan
Sorgen um Steven
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.20 Treffpunkt Ü-Wagen 4
Beim Diakonischen Werk „Brot für die Welt"
22.40 Sport aktuell
Fußball-Europapokal
24.00 heute



Szene aus der Serie „So lebten sie alle Tage", heute mit den „Erinnerungen eines Schulmeisters" – ARD, 20.15 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Englisch (41)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 off-off
22.15 Minnie und Moskowitz
Amerik. Spielfilm, 1971
Regie: John Cassavetes
0.05 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Freizeit (8)
19.15 Reisen in die DDR
Ausflug nach Potsdam
19.30 Agrarland UdSSR (1)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Zeitenwende
21.45 Chan ist verschwunden
US-Spielfilm, 1981
Original mit Untertiteln
23.00 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die fabelhafte Familie Ko in der Zauberkiste (1)
19.00 Eine Klassenreise (7)
19.15 Ökoland (5)
19.45 Tiersprechstunde
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Schwerpunkt
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Liebe ist etwas Zärtliches
Italienischer Fernsehfilm

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (41)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Vier Landsberger Schüler auf Spurensuche
20.15 „Ich trage Griechenland in mir wie eine Wunde"
Begegnungen mit griechischen Autoren
21.00 Sechs schwarze Pferde
Amerik. Spielfilm, 1961
Regie: Harry Keller
22.15 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux
5. In Spanien mit Goya

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
Bayern-Kini '84
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Alcatraz (1)
Amerik. Fernsehfilm in vier Teilen
22.35 Z. E. N.
22.40 Aug' um Aug', Zahn um Zahn
Ist der Mensch friedensfähig?
23.35 Rundschau
23.50 News of the Week

Design der Zukunft

mar – Da behauptet jemand, unsere Fach- und Kunsthochschulen, die versprechen, unseren künftigen Diplom-Designern das rechte Hand- und Denkwerkzeug auf den Lebensweg mitzugeben, hätten keine Phantasie. Die schlichten Fachbezeichnungen Grafik- oder Mode-Design sind zwar hier und da noch zu finden. Aber Objekt-, System-, Kommunikations-Design oder Visuelle Kommunikation klingt natürlich viel anspruchsvoller. Und in Kiel erwarten den Studenten nicht nur ein „Grafik-Design 3 D", sondern auch ein „Ästhetisch orientiertes Design" und ein „Baulich orientiertes Design".

Insgesamt 36 Ausbildungsstätten nehmen sich der künftigen Grafik-Designer an. Die Sache hat nur einen Haken, wie eine Untersuchung der Arbeitsgruppe Delta über die Ausbildungssituation in der Bundesrepublik Deutschland feststellt (die in der neuesten Nummer der Werkbundzeitshrift „Werk und Zeit" zu lesen ist): Deutschland hinkt hoffnungslos hinter der internationalen Entwicklung hinterher.

Die Schuldigen: Die Eingliederung der ehemaligen Werkkunstschulen in Fachhochschulen und damit die Verbürokratisierung der Ausbildung und des Berufungsverfahrens, bei dem statt des „engagierten, lebendigen, umfassend gebildeten, fordernden und deshalb unbequemen Anreger und Erneuerer des Fachs" eher die „anpassungsträchtigen, netten, pflegeleichten Bewerber" das Rennen machen. Die Folge ist, daß trotz etwa 7000 arbeitsloser Grafik-Designer Stellen für gute oder gar Spitzenkräfte nicht oder allenfalls mit Ausländern besetzt werden können

Die Vorschläge der Arbeitsgruppe sind allerdings angesichts der deutschen Bildungsbürokratie geradezu wahnwitzig: Weniger Hochschulen (statt 36 nur 20), weniger Studenten, mehr Dozenten. Daß so-etwas realisiert würde, braucht jedoch keiner zu befürchten, denn der Triumph der Mittelmäßigen über die Vernunft ist längst institutionalisiert. Das höchste der Gefühle wäre ein schöner neuer Name. Wie wäre es mit „Restringiertem Design"?

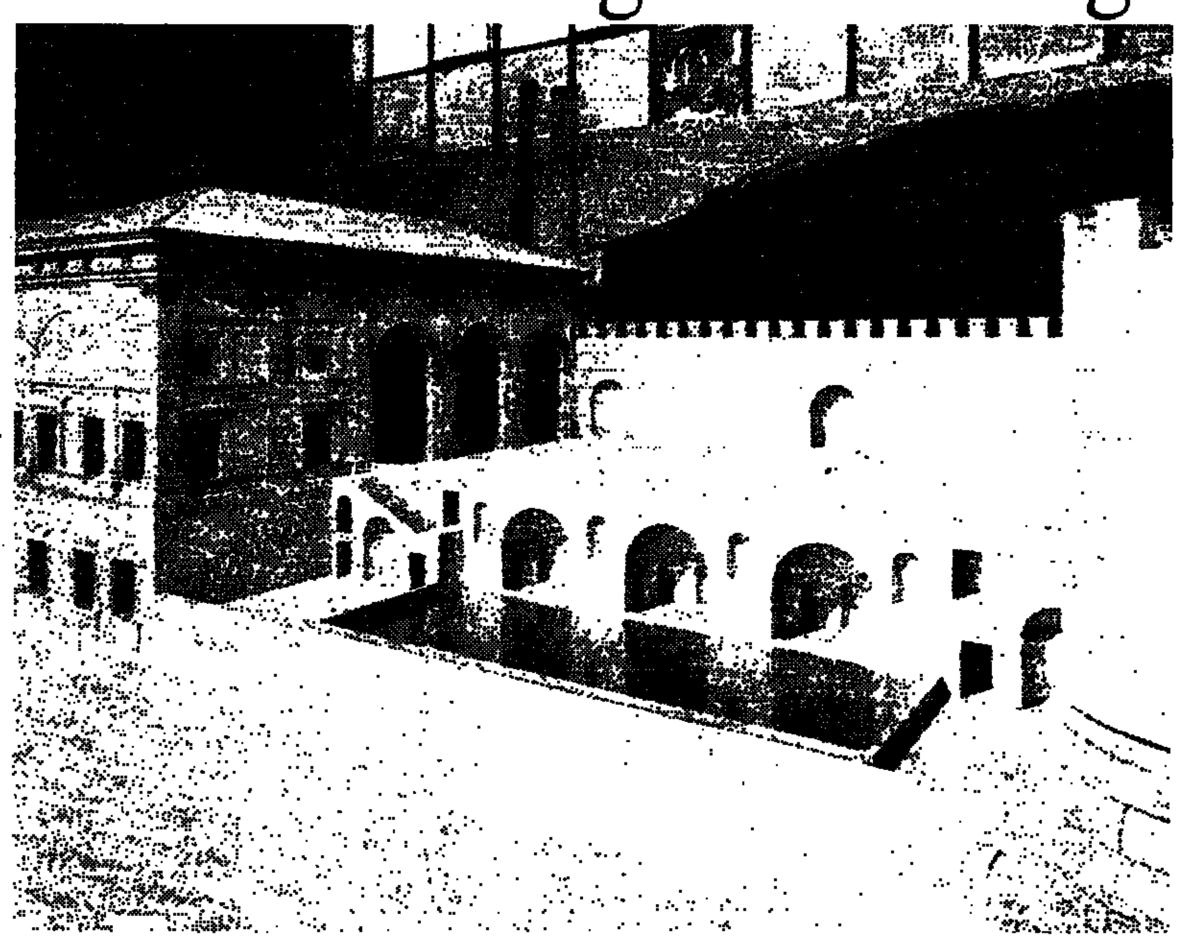
Späte Wiedergutmachung an einem Genie des Bauens – Die Ausstellung „Raffael als Architekt" in Roms Konservatorenpalast

In der Villa Madama zeigt sich seine große Kunst

Raffael als Architekt? Das Fragezeichen, das ein breites, generell kunstinteressiertes Publikum hinter diese Aussage zu setzen geneigt sein mag, ist verständlich. Denn der Meister aus Urbino, dessen 500. Geburtstages die Welt in diesem Jahr gedenkt, ist der Öffentlichkeit vor allem als Maler bekannt. Als Baumeister der Hochrenaissance gelangte er ebensowenig ins allgemeine Bewußtsein wie als Archäologe und Städteplaner. Dabei haben ihn in den letzten Jahren seines kurzen Lebens architektonische Aufgaben wahrscheinlich mehr beschäftigt als die Malerei. Allerdings ist sein Werk auf diesem Gebiet – im Gegensatz zu den Architekturen Michelangelos – zum großen Teil zerstört, entstellt oder schwer zugänglich, auch blieben bedeutende Projekte unausgeführt. Doch nun haben sich die besten Raffael-Spezialisten das Ziel gesetzt, dieses architektonische Oeuvre zu dokumentieren, zu rekonstruieren und als Ergebnis einer konsequenten künstlerischen Entwicklung vor Augen zu führen. Die Ausstellung auf dem Capitol, von der Stadt Rom organisiert und von C. L. Frommel (Biblioteca Hertziana), Stefano Ray (Universität Rom) und Manfredo Tafuri (Universität Venedig) betreut, ist die größte und wissenschaftlich aufwendigste des Raffael-Jahres.

Frommel sieht in Raffael, den Bramante auf dem Totenbett Papst Leo X. als Ersten Päpstlichen Baumeister empfohlen hatte, unbestritten den führenden Architekten Italiens und Europas während des Pontifikats des Medici-Papstes. Für den von Bramante begonnen Neubau der Peterskirche schuf Raffael als dessen Schüler ein neues Baumodell, mit dem er die Gedanken seines Lehrmeisters und urbinischen Landsmannes weiterentwickelte. Von Raffaels Projekt wurde zwar aus Geldmangel nur wenig ausgeführt und das Wenige dann von seinem Nachfolger Antonio da Sangallo auch noch umgeformt. Trotzdem ist es möglich einen Eindruck von Raffaels Ideen zu gewinnen, denn die Ausstellung präsentiert, was an Originalzeichnungen und Kopien erhalten blieb.

In der ersten Abteilung werden Raffaels architektonische Bildhintergründe mit Vorbildern verglichen – vor allem mit denen Peruginos. Die Gegenüberstellungen – etwa des Tempel auf Peruginos „Sposalizio" von Caen (um 1500-1503) und auf Raffaels „Sposalizio" der Brera (1504) – zeigen „die allmähliche Entfaltung eines großen Architekten" (Frommel). Von den ersten umbrischen Gemälden, den vatikanischen Predellen von 1503 bis hin zu den Stanzen und der von Schülern nach seinem Tod ausgeführten „Adlocutio" der Sala di Costantino, wird an den architektonischen Elementen der Gemälde deutlich, welche Entwicklung der „Architekt" Raffael nach seiner Übersiedlung nach Rom (1508) unter dem beherrschenden Eindruck Bramantes genommen hat. Erst in Rom gewinnt baubare Architektur eine dominante Bedeutung für seine Kunst.



Das Meisterwerk von Bramantes Meisterschüler: Modell der rekonstruierten Villa Madama, die Raffael schuf. Aus der Ausstellung in Rom FOTO: BIBLIOTECA HERZIANA

Die nächste Sektion ist dem leidenschaftlichen und kompetenten Archäologen Raffael und seiner Auseinandersetzung mit der Antike gewidmet. Als er starb, „beklagten viele vor allem den Verlust des großen Archäologen, der sich gerade angeschickt hatte, erstmals das antike Rom nach modernsten Methoden systematisch zu vermessen" (Frommel). In den letzten zwei, drei Lebensjahre versuchte er fast ausschließlich die Architektur der Antike wiederzubeleben. Sein architektonisches Hauptwerk, die römische Villa Madama, ist nach den antiken Villenvorbildern entworfen. Gleichzeitig bemühte sich Raffael im Auftrag des Papstes, „das alte Rom, so weit man es heute erkennen kann, zu zeichnen". Damit wollte er wenigstens graphisch die verwüsteten antiken Bauwerke wiederherstellen. V. Gorzi zitiert ihn in „Raffaello nei documenti" zu diesen Verwüstungen: „Wie viele Päpste haben erlaubt, daß antike Tempel, Statuen, Bögen und andere Bauwerke abgetragen wurden? . . . Wieviel Kalk hat man aus Statuen und anderen antiken Monumenten gebrannt? So daß ich zu sagen wage, diese ganze neue Rom, das man heute sieht – so groß, schön und geschmückt mit Palästen, Kirchen und anderen Gebäuden es auch sein mag – , sei gebaut aus Kalk von antikem Marmor."

Raffaels Antikezeichnungen sind mit wenigen Ausnahmen, z. B. der „Veduta con rovine" (Windsor Royal Library), seit dem 16. Jahrhundert verschollen. In größerer Anzahl erhalten sind dagegen Kopien seiner Schüler und Mitarbeiter. Raffael ging sogar so weit, Zeichner nach Griechenland und bis nach Byzanz zu schikken, um sich Abbilder antiker Ruinen zu verschaffen. Immerhin zeugen selbst diese Kopien noch „von einer Präzision und einem historischen Bewußtsein, wie es erst seit Winkelmann übertroffen wurde" (Frommel).

Den Kern der Ausstellung bilden die Dokumentation und Rekonstruktion von Raffaels architektonischen Projekten – von den ersten Bauten für Agostino Chigi (seit 1512) bis zur späten Villa Madama. Auf drei verschiedenen Ebenen werden originale Entwürfe, spätere Nachzeichnungen und Verduten, Rekonstruktionen und Fotos des heutigen Bestandes sowie schließlich Vergleichsbeispiele oder Vorbilder gezeigt. Raffaels architektonisches Oeuvre wird dabei erweitert um die römischen Paläste von Jacopo da Brescia und Albertini (für die Raffaels Autorenschaft bisher zweifelhaft war, die ihm aber von der neueren Forschung zugeschrieben werden), sowie um einige bisher unbekannte Projekte (etwa für San Lorenzo in Florenz).

Die beiden letzten Säle sind Raffaels Tätigkeit als päpstlichem Baumeister im engeren Sinn gewidmet. Die von Leo X. in Auftrag gegebene, nur fragmentarisch ausgeführte Villa Madama am Hang des Monte Mario wurde im Maßstab 1 : 37 rekonstruiert. Damit soll dem Publikum eine Vorstellung von dieser wohl bedeutendsten Villa der Renaissance vermittelt werden, deren Gartenhalle Leo Bruhns in „Die Kunst der Stadt Rom" als „klassisches Denkmal Raffaelischer Dekorationskunst" preist.

Im letzten Saal sind auch die Porträts einiger der wichtigsten Bauherren Raffaels zu sehen, darunter das vom Louvre ausgeliehene Doppelportrait, auf dem sich Raffael wahrscheinlich mit seinem Freund und Auftraggeber C. B. Branconio dell'Aquila dargestellt hat. Obwohl auf Raffael als Architekten spezialisiert, scheint die Ausstellung mit der künstlerischen Attraktion schöner Zeichnungen, Bilder und Objekte geeignet, auch das breite Publikum anzusprechen. (Bis 15. Mai; Katalog, Electa Editrice Milano, 38 000 Lire)

FRIEDRICH MEICHSNER

JOURNAL

Riccardo Muti wird Leiter der Scala

AP. Mailand

Der 42jährige Riccardo Muti ist zum neuen Musikalischen Leiter der Mailänder Scala berufen worden. Der Dirigent wird im Jahre 1986 die Stelle antreten. Muti ist zur Zeit Dirigent des Philadelphia Orchestra und kann wegen seiner weltweiten sonstigen Verpflichtungen erst nicht vor der Saison 1986/87 nach Italien gehen. Aus Theaterkreisen verlautete, daß der jetzige Musikalische Leiter der Scala, Claudio Abbado, der diese Position seit 1968 innehat und dessen Vertrag Ende April ausläuft, bis 1986 in Mailand bleiben wird.

Geringere Zahl der Infarktopfer

dpa. Düsseldorf

Trotz zunehmender Überalterung der Bevölkerung sinkt die Zahl der Infarkttoten weiter. In Nordrhein-Westfalen starben 1983 annähernd 22 600 Menschen an akutem Herzmuskelinfarkt, 4,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Rückgang war erstmals 1980 beobachtet worden. Den neuesten Angaben zufolge waren fünf Prozent der Infarktopfer im letzten Jahr jünger als fünfzig Jahre. Zwanzig Prozent lagen in der Altersgruppe zwischen fünfzig und sechzig Jahren. Am weitaus stärksten betroffen waren mit fünfundsiebzig Prozent Menschen über dem 65. Lebensjahr. Die Sterblichkeit bei Herzinfarkt war unter Männern nahezu sechzig Prozent höher als unter Frauen.

Späte Ehrung des Malers Helmuth Macke

DW. Bonn

Immer im Schatten seines Vetters, des genialen August Macke, gelang es Helmuth Macke (1891-1936) schon zu Lebzeiten nicht, öffentliche Anerkennung zu finden. Erst in den letzten Jahren erinnerte man sich wieder an den in Krefeld geborenen Maler. Das Städtische Kunstmuseum Bonn hat jetzt im Bad Godesberger Haus an der Redoute eine Ausstellung mit rund 30 Gemälden sowie 50 Aquarellen und Zeichnungen eingerichtet, die Macke als einen Künstler vorstellen, der in seinen besten Beispielen einen eigenständigen Weg zwischen fauvistischen und orphistischen Stiltendenzen gegangen ist. (Bis 15. April, Bielefeld: 27.4.–27.5., Mülheim-Ruhr: 3.6.–8.7., Siegen: 26.8.–30.9., Berlin: 11.10.–15.11.; Kat. 16 Mark)

Bilder und Plastiken von Marino Marini

DW. München

Im Alten Herkulessaal der Münchner Residenz zeigt die Galerie Ruf die Ausstellung „Marino Marini in München". Sie umfaßt 150 Plastiken, Bilder und Zeichnungen, die bereits im vorigen Sommer im Palazzo Grassi von Venedig (s. WELT v. 15.7.83) zu sehen waren. Die Münchner Ausstellung dauert bis zum 1. Mai.

Technische Denkmäler im Kreis Borken

DW. Borken

Ein Broschüre, die technische Denkmäler im westmünsterländischen Kreis Borken vorstellt, wurde jetzt von der Kreisverwaltung (Postfach 1420; 1 Mark) zusammengestellt. Sie umfaßt 64 Gebäude – von der Haarmühle in Ahaus-Alstätte bis zur Ziegelei Wantia in Vreden-Wennewick –, die in jüngster Zeit restauriert wurden oder deren Wiederherstellung vor dem Abschluß steht.

Schaffhausens Hallen für neue Kunst

DW. Schaffhausen

Mit den „Hallen für neue Kunst" erhält Schaffhausen am 5. Mai ein interessantes Museum der Gegenwartskunst. Es wird im Gebäude einer ehemaligen Kammgarn-Spinnerei eingerichtet und verfügt über eine Ausstellungsfläche von etwa 5000 qm. Die Kunstwerke stammen hauptsächlich aus der privaten Sammlung Crex. Sie umfaßt vor allem Werke der 60ger und 70ger Jahre von Andre, Flavin, Judd, LeWitt, Mangold, Nauman, Beuys, Kounellis, Merz, Long u. a. Das Museum geht auf eine Privatinitiative zurück, die von der Stadt finanziell unterstützt wurde.

Die Kunst des Buddhismus

DW. Los Angeles

„Das Licht Asiens – Buddha Sakyamuni in der asiatischen Kunst" heißt eine große Ausstellung des Los Angeles County Museum. Mit 190 Statuen und Gemälden aus allen buddhistischen Ländern Asiens werden dieser Buddha und seine Lebensgeschichte, wie sie sich in den Werken der Künstler seit dem 5. Jahrhundert spiegeln, dargestellt. Die Ausstellung ist in Los Angeles bis zum 20. Mai zu sehen. Anschließend geht sie nach Chikago (30. Juni bis 20. Aug.) und New York (1. Nov. bis 10. Febr.).

Eine Tagung des Instituts für Demokratieforschung

Was heißt Gemeinwohl?

Die Schwierigkeit der Lösung gesellschaftspolitischer Probleme tritt bei der Untersuchung konkreter Vorgänge zumeist weit deutlicher hervor als bei rein theoretischen Erörterungen von Grundsatzfragen. Dies zeigte sich deutlich in den Referaten und Diskussionen des Symposions, das in Würzburg vom Institut für Demokratieforschung zusammen mit der Aktionsgemeinschaft „Soziale Marktwirtschaft" veranstaltet wurde mit dem Thema: „Gruppenmacht gegen Gemeinwohl? – Gemeinwohl und Gleichgewicht der Kräfte sind Grundbedingungen der Demokratie".

Nach grundsätzlichen Darlegungen von Prof. Kurt Herbert über die Wechselwirkungen von individueller Freiheit und der Verpflichtung zum Gemeinwohl und der Notwendigkeit des Ausgleichs zwischen diesen beiden Polen brachte das Referat des Erlanger Staatsrechtlers Hans Leisner „Politischer Streik und Grundgesetz der Bundesrepublik" den Eintritt in die Beschäftigung mit der aktuellen Situation. Sie wurde fortgeführt mit den Referaten des Würzburger Volkswirts Otmar Issing „Arbeitslosigkeit als Gleichgewichtsstörung", des Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft „Soziale Marktwirtschaft" Wolfgang Frickhöffer „Arbeitszeitverkürzung – Machtmißbrauch zum Schaden der Freiheit" und des Würzburger Soziologen Lothar Bossle „Generalstreik: eine untaugliche Waffe gegen die Demokratie – Die Rolle der Generalstreiksdiskussion in der sozialistischen Theorie und Strategie". Eine Podiumsdiskussion „Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung" rundete die Tagung ab.

Leisner legte dar, daß jeder Streik „ein politisches Phänomen" ist und Arbeitskämpfe als „Revolution auf Raten" zur „permanenten Revolution" benutzt werden können. Mit der Streikdrohung zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gehen die Gewerkschaften über den Bereich der klassischen Tarifautonomie hinaus und versuchen, den Gesetzgeber unter Zwang zu setzen. Hier sei der Jurist aufgefordert, Grenzen zu setzen. Dafür sei die Rechtswissenschaft „nur höchst mangelhaft gerüstet". Dennoch stehe sie vor der Aufgabe der Grenzziehung und der Gewaltenbegrenzung.

Dazu erhoben sich in der Diskussion Fragen, mit denen die ganze Problematik gesetzlicher Ordnung gesellschaftspolitischer Konflikte hervortrat: Wie können Verbände, vor allem die Gewerkschaften, mit ihrer bisher nicht angetasteten Monopolmacht in das Gemeinwohl eingebunden werden? Durch ein Verbändegesetz? Oder besser durch eine Fortentwicklung des Richterrechtes, obwohl dieses sich mit dem immer fragwürdiger gewordenen Begriff der „Verhältnismäßigkeit" auf einer unsicheren Bahn bewegt?

Auf Issings Analyse der Arbeitslosigkeit und ihrer gesellschaftspolitischen Auswirkungen folgte Frickhöffers Kritik aller Forderungen und Vorschläge zur Kürzung der Arbeitszeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Sie umfaßte auch die Vorschläge der Arbeitgeber und der Regierung zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch die Vorruhestandsregelung; denn auch mit ihr würden Kosten erhöht und praktisch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.

Frickhöffer verwarf die These, daß mit ihr ein Kompromiß gefunden sei, „um maßvolleren Gewerkschaften die 35-Stunden-Woche abzukaufen". Das löste eine Debatte darüber aus, ob es richtig sei, einen Konflikt im Arbeitskampf mit allen Konsequenzen auszukämpfen, oder ob Kämpfe im Interesse des Gemeinwohls nach Möglichkeit vermieden werden müßten. Die Verfechter des Kompromisses zitierten einen Adenauer zugeschriebenen Satz: „Man muß auf dem Leim kriechen, um überhaupt vorwärtszukommen."

Mit dem Hinweis auf die Drohung aus der Führung der Gewerkschaft IG Metall, im Falle der Ablehnung der 35-Stunden-Woche sei „mit einer neuen Qualität" gewerkschaftlicher Aktionen zu rechnen, begann Bossle seinen Vortrag über die Rolle des Streiks und des Generalstreiks in der internationalen Arbeiterbewegung. Er konnte darauf hinweisen, daß die meisten Führer der Arbeiterbewegung die Forderung Rosa Luxemburgs nach dem Generalstreik entschieden zurückgewiesen hätten und daß die Geschichte der Generalstreiks eine Geschichte seines stets wiederholten Scheiterns gewesen sei. Allein der von den deutschen Gewerkschaften 1920 zur Abwehr des Kapp-Putsches ausgerufene Generalstreik habe keinen Mißerfolg gebracht. Der aber war kein Streik gegen den Staat, sondern ein Generalstreik zur Erhaltung der demokratischen Staatsform.

Bossle unterstrich, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit eine Folge des wirtschaftlichen Ungleichgewichts sei, das die Belastung durch die Gesetze der sechziger Jahre herbeigeführt hat. Die 35-Stunden-Woche würde eine „neue Klassengesellschaft" mit einer Trennung in „Freizeitler" und „Leistungsberufler" schaffen, wie sie schon im Entstehen begriffen sei. Bei einer Arbeitspause von Donnerstagabend bis Montag früh – oder gar, wie in der Diskussion bemerkt wurde, bis Montag mittag – müßte unsere Dienstleistungsgesellschaft zusammenbrechen, sagte Bossle.

HEINZ PENTZLIN

Jean-Pierre Ponnelles „Carmen" jetzt in Köln

„Sie hat mich nie geliebt"

Die Vorstellungen sind auf Monate hinaus ausverkauft. Am Premierentag tröstete der WDR in seinem Unterhaltungsprogramm (sic!), daß sich ja einen schönen Abend mit Rundfunk und Fernsehen machen könne, wer für die Kölner „Carmen" keine Karte mehr ergattert habe – als ob man noch in Münster und Detmold wissen müsse, welche Kunst-Sensation da am Rhein anstand.

Aber war nicht, was da entstand, nur ein Neuguß von Jean-Pierre Ponnelles seinerzeit für Zürich erarbeiteter „Carmen"-Inszenierung, einstudiert von einem Troß dienstreicher Hände, erst in den letzten Tagen vom Meister selbst mit individuellem Feinschliff versehen? Ja und nein. Tatsächlich ist es nicht mehr als eine Neuauflage, aber das Buch ist eben so gut, daß man es überall und immer wieder verschlingen kann.

Dabei ist Bizets „Carmen" ein übel schwieriges Stück, ein Opernmythos nicht nur dank Nietzsche und auf der Bühne kaum einmal befriedigend Wirklichkeit geworden. Das hat zuletzt München wieder erleben müssen.

Ponnelle hat aus den notorischen Schwierigkeiten mit „Carmen" die risikoreiche Konsequenz gezogen. Er greift zurück auf die originale Dialogfassung des Stücks, und das noch in der Fritz-Oeser-Bearbeitung, die kein Wort und keinen Takt unter den Tisch fallen läßt. Die Aufführung, in französischer Sprache, streckt sich beinah vier Stunden lang – und ist doch die kurzweiligste „Carmen", die man je zu sehen bekam!

Das Stück stimmt wieder, hat Proportion, Logik und statt andalusischem Folklorezauber den weiten Atem des Musikdramas. Man kann darüber rechten, ob Ponnelle die eine oder andere Szene zu detailverliebt ausmalt, sie mit skurrilen Statisten bestückt, nur um Leben auf die Bühne zu bringen. Richtiger ist wohl, daß er damit Milieu und Hintergrund zeichnet, ohne die Carmens Tragödie verpuffen müßte.

Den Brief von der Mutter buchstabiert Don José in aufreizender Langsamkeit vor sich hin. Natürlich, der Kleinbauernsohn aus Navarra ist Analphabet, und die Mutter hat den Brief wohl vom Pfarrer schreiben lassen. Aber klar wird aus einer solchen Regie-Idee Ponnelles, in wie ausgestoßener, verzweifelter Lage sich José befindet.

Ohnehin müßte das Stück in Köln eigentlich „Don José" statt „Carmen" heißen. Was der peruanische Tenor Luis Lima da einbringt, lohnt allein schon den Abend. Seine Stimme ist so elastisch wie sein Körper. Er hechtet meterweit über die Bühne in den Dreck, um ein Messer zu greifen. Er springt die Stufen mit der Behendigkeit eines Indianers auf und ab. Und singt noch dabei: in berückendem Piano und schlanker Phrasierung, wo es gefordert ist. Mit heldisch auftrumpfender Kraft, wo es nötig ist. Lima singt sich an diesem Abend in die schmale Spitzengruppe der Tenöre von Weltgeltung. Und einen Darsteller wie ihn hat es darin noch nicht gegeben.

Kathleen Kuhlmann ist die Carmen, von Ponnelle nachdrücklich vergattert, diesen José keinen Augenblick lang wirklich zu lieben, sondern ihn nur auszunutzen für ihre Zwecke. Die Kuhlmann spielt das geschickt aus. Sie muß unsympathisch sein. Sie ist es. Der volle, warme Klang ihres Mezzosoprans täuscht darüber nicht hinweg.

Barbara Daniels gibt die Micaela couragiert und standfest: Eine Gegenspielerin Carmens, die nicht zu unterschätzen ist. Der ausladende, helle Sopran der Daniels unterstreicht das. Als vierter gesellt sich Robert Hale, von Stimme und Statur ein Escamillo ohne Fehl, zum Bunde, der von John Pritchard am Pult umsichtig geführt wird.

REINHARD BEUTH



Opernbiest der Sonderklasse: Kathleen Kuhlmann als Carmen in der Kölner Aufführung FOTO: STEFAN ODRY

Zum neunten Mal: Die „Sinziger Orgelwoche"

Japaner ans Manual!

Initiative und Ausdauer stecken hinter dieser „Sinziger Orgelwoche". Zu den Organisten, die zum neunten Mal aus allen klassischen Orgelländern anreisten, sind neuerdings die Japaner zu zählen, die sich mit Energie, doch in glücklicher Voraussetzungslosigkeit europäische Traditionen aneignen. Frei von Traditionseinengungen ließ Seiji Kuboto aus Osaka seine Phantasie in sensiblen Registrierungen walten; in einer Uraufführung seines Landsmannes Eisei Tsuji kostete er impressionistische Farbmischungen und Schattierungen aus.

Die Walcker-Orgel von St. Peter in Sinzig, in deren Ausbau der Sinziger Organist Peter Bares ebensoviel Engagement gesteckt hat wie in diese Kirchenmusikwoche, ist dazu bestens geeignet. Die malerisch-deftigen Effekte von Schlagwerkregistern und spanischen Trompeten konkurrieren hier mit Mixturen und Kombinationen von raffinierter Durchsichtigkeit, die vielleicht ihren stärksten Reiz ausmachen.

Dieses Werk zu beherrschen, erfordert Übung. Organisten, die schon mehrfach in Sinzig waren, wie der in Freiburg lebende Ungar Zsigmond Szathmáry und der Warschauer Andrzej Chorosiński, zeigten in der ästhetischen Beherrschung seiner Klangfarben verblüffende Resultate. Polens Orgeltraditionen sind ohnehin naiver und verspielter, keine rigoristische liturgische Erneuerungsbewegung hat hier die unfrommen weltlichen Effekte des 19. Jahrhunderts ausgegrenzt, und so konnte sich Chorosiński den Werken seiner Landsleute Marian Borkowski, Eugeniusz Knapik und Marian Sawa als „naiver Maler" nähern; sein eigenes uraufgeführtes „Ecce homo" läßt an elektronische Klänge und Einflüsse Messiaens denken. Bei Szathmáry gewinnen die Tongestalten eine plastische, mitunter geradezu dramatische Qualität – bei seiner Interpretation von Kazuo Fukushimas „Ranjoo" mochte man vergessen, daß diese Töne aus einer Orgel stammten.

Mit Werken des Dresdner Komponisten Jörg Herchet – „Selig sind die Barmherzigen . . ." als Uraufführung und dem „Orgelstück 1,1" – gaben Reimund Böhmig, Stuttgart, und der neuberufene Dresdner Kreuzorganist Michael-Christfried Winkler dem Publikum Nüsse zu knacken: Stücke in erzählender Breite, deren Uferlosigkeit an Ives erinnert und deren Unruhe neugierig macht auf die „Mitteilung", die sie enthalten.

Wie jedes Jahr, war das Kölner Collegium vocale unter Wolfgang Fromme beteiligt. Diesmal mit der Uraufführung einer Messe von Peter Bares, deren stachelige Sprödigkeit auf ihre Weise Hindemiths Traditionen fortsetzt.

DETLEF GOJOWY

Düsseldorf: Die Wahnsinnsbühne des P. H. Lindner

Ein großer Kleinmeister

Einen „Neo-Manieristen" nennt Anton Henze den Graphiker Pierre H. Lindner. Und da der Begriff des Manierismus längst seine negative Bedeutung verloren hat, ist das als Lob zu verstehen. Das läßt sich in der kleinen Ausstellung in Düsseldorf Alt-Pempelfort 6 (der Galerie einer Apotheke) nachprüfen.

Pierre H. Lindner, 1934 in Stralsund geboren, lebt seit 1959 bei Varese am Lago Maggiore. Aber ein Südländer ist er nicht geworden. Auf seinem Werk lasten nordische Schatten. Es sind figurenreiche Kompositionen in einem, unbestimmten Raum, in dem sich Menschen und menschenähnliche Wesen, meist nackt und oft von ihren Schatten oder Spiegelungen bedrängt, in ein undurchschaubares Geschehen verstrickt haben.

Die Bildtitel sprechen von einer skeptischen Weltsicht. „Ende wie Anfang" heißt ein Zyklus oder „Nach der Apokalypse", auch „Wahnsinnsbühne". Lindner benutzt dazu die Technik der Surrealisten, Wirklichkeitspartikel zu verwirrenden neuen Wirklichkeiten zusammenzusetzen. Dabei liebt er die Anspielung und das Zitat. In seinen Tiermenschen und Menschentieren wird die Welt von Bosch und Breughel variiert, in den Kompositionen entdeckt man Bildformen von Picasso und Escher, die Requisiten scheinen manchmal bei Magritte ausgeborgt. Aber das überlagert nicht die eigenen Erfindungen Lindners, es gibt ihnen eine weitere Dimension. Denn diese Blätter begnügen sich nicht mit dekorativen Effekten, sie versprechen Geschichten (in denen sich der Betrachter dann verfängt und verirrt).

Das alles ist sehr fein radiert, graphisch überzeugend gelöst, ohne daß das Handwerkliche das Künstlerische übertönt. Pierre H. Lindner erweist sich hier als ein Kleinmeister im klassischen (nicht abwertenden) Sinne, wie er für die Zeitgenossen und Nachfahren Dürers geprägt wurde, die ihre Kunst am überzeugendsten in kleinen Formaten zum Ausdruck brachten. (Bis 15. Mai; Katalogbuch 15 Mark)

PETER JOVISHOFF

Ein Handwerk mit Tradition zieht in ein Haus mit Geschichte

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

Das erste „Deutsche Maler- und Lackierer-Museum" wird am 18. Mai nach niederländischem und schwedischem Vorbild in Hamburg eröffnet. Der Name soll den gesamtdeutschen Charakter betonen, um der Geschichte des alten Handwerks gerecht zu werden. Die Vorgänger der Innungen waren die Maler-Ämter, die 1196 in Magdeburg, 1293 in Freiburg, 1375 in Hamburg, 1378 in Worms und 1386 in Breslau gegründet wurden.

Die gute Verbindung zwischen Denkmalschutz und Innung brachte den Malern an der Elbe ein restauriertes, historisches Gebäude im Osten der Stadt an der Bille. Bis es soweit war, brauchte es allerdings seine Zeit. Wo sich heute ein Industriegebiet ausdehnt und triste Mietkasernen als Asylanten- und Auswanderer-Wohnheime dienen, bauten vor 350 Jahren gutsituierte Hanseaten ihre Landhäuser. Eines von ihnen ist das „Glockenhaus" am Billwerder Billdeich, Nummer 72.

Zum ersten Mal wird das Anwesen 1563 erwähnt. Anfang 1600 kaufte der Bürger Jacob Trocke das ehemalige Bauernhaus, dessen Wirtschaftsteile später abbrannten. Trocke baute das Haus um und machte es zu seinem „Lust- und Landhaus" – Honny soit qui mal y pense. Es wohnten im Laufe der Zeit noch andere betuchte Familien darin, die per Schiff über die Elbe in die Bille „aufs Land" fuhren.

Das „Glockenhaus" wurde 1779 von Paridom D. Kern erworben. Seine heutige Form bekam es ein Jahr später. Jahrhunderte gingen über das Kleinod hinweg und hinterließen ihre unübersehbaren Spuren. 1971 drohte der Abriß des total verlotterten Hauses.

Das war der Moment, in dem man wieder aufmerksam wurde auf das alte Gemäuer. Ein Bildhauer wollte das „Glockenhaus" erwerben, ein Architekt meldete sich als Interessent und von einem „Haus der offenen Tür" für die Gemeinde war die Rede. Die beste Idee hatte der Obermeister der Hamburger Maler- und Lackierer-Innung, Joachim Germann. Er wollte ein Musuem für sein traditionsreiches Handwerk. Er und Geschäftsführer Horst-Wilfried Kremer setzten sich mit Denkmalschützern zusammen und schrieben 380 Innungen in der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" an, um Zeugnisse der alten Handwerkstechnik für das Museum zu bekommen.

Mit Geldern des Bundes und der Stadt wurde das „Glockenhaus" seit 1971 für rund eine Million Mark restauriert. 135 000 Mark hat die Innung mit einer zu diesem Zweck gegründeten Stiftung eingebracht. Der Restaurator Lothar Hoffmann, ein Meister seines Metiers, legte im ersten Stock des „Glockenhauses" Holzdecken mit barocker Malerei frei, die über lange Zeit mit Brettern abgehängt waren.

Das erste Deutsche Maler- und Lackierer-Museum will in dem historischen Gebäude seine Vergangenheit aufzeigen. Der neunteilige Silberschatz, mehr als eine halbe Million Mark wert, schreit geradezu nach einer Alarmanlage, über deren Installierung die Behörden jedoch noch nicht entschieden haben. Die kostbaren Stücke stammen aus dem Besitz der Gesellen und Meister anno 1787. Gezeigt werden alte Raumentwürfe, bemalte Möbel und Geräte, Marmor- und Holzmalerei, Zeichnungen, Fahnen, Wanderbücher, Amtsrequisiten und vieles mehr. Die Museen „Hamburgische Geschichte" und „Kunst und Gewerbe" liehen dem „Glockenhaus" zeitgerechte Möbel aus ihren Magazinen.

Die originalgetreue Nachbildung einer alten Malerwerkstatt, die eher an eine Alchimistenküche erinnert, legt ebenso wie ihre Schriften und Urkunden von Arbeit und Leben der Altvorderen Zeugnis ab. Noch immer treffen von vielen Innungen Pakete mit Entwurfsmappen alter Handwerksmeister ein, deren Arbeiten auf verstaubten Speichern in Vergessenheit geraten waren.



Mit viel Liebe restauriert: Das Glockenhaus am Billwerder Billdeich wird zur „Heimat" für das Maler- und Lackiererhandwerk. FOTO: G.K.

Können Silikon-Spritzen Venedig retten?

dpa, Venedig

Kann das langsame Absinken Venedigs durch Beton- oder Silikon-Spritzen in den Stadt-Untergrund aufgehalten werden oder reicht es aus, die Grundwasserentnahme strenger zu regeln? Über diese und ähnliche Lösungen zur Stabilisierung des Sockels der Adria-Stadt debattieren bis Freitag etwa 200 Wissenschaftler aus aller Welt in Venedig.

In den vergangenen 75 Jahren – so die Berechnungen der Experten ist die Lagunenstadt um insgesamt 22 Zentimeter abgesunken. Neun Zentimeter seien auf das Zusammensinken des Bodens aus Sand, Torf und Ton sowie auf das langsame Ansteigen des Meeresspiegels zurückzuführen. Die gewichtigere Ursache liege aber in der unkontrollierten Entnahme des Grundwassers vor allem seit den 50er Jahren durch die Gemeinde und die Industrie, sagen die Wissenschaftler. Die Tagung in Venedig ist nach Treffen in Tokio und Kalifornien die dritte dieser Art. Dabei geht es nicht nur um Venedig, sondern auch um das langsame Absinken des Bodens von Städten in anderen Gegenden der Welt.

Eisiger Abschied

dpa, New York

Mit einem heftigen Sturm, der den US-Bundesstaat Nebraska unter mehr als 40 Zentimeter Schnee begrub und weite Gebiete des mittleren Westens mit einer dicken Eisschicht überzog, hat sich der Winter verabschiedet. Mehr als 100 000 Menschen waren ohne Elektrizität, weil der Sturm reihenweise Leitungen knickte.

Mini im Supermarkt

SAD, Birmingham

British Leyland (BL) versucht mit einer neuen Verkaufsinitiative wieder stärker auf dem deutschen Markt Fuß zu fassen. Der britische Konzern hat einen Vertrag mit einer deutschen Supermarktkette abgeschlossen. In deren Läden sollen künftig auch „Mini" und „Metro" zu haben sein.

Sintflut

AFP, Buenos Aires

Nach sintflutartigen Regenfällen mußten in mehreren Regionen Argentiniens rund 12 000 Menschen evakuiert werden, während 100 000 praktisch von der Umwelt abgeschnitten sind.

Tiere verbrannt

AP, Athen

Mehr als 300 Tiere – Affen, Papageien und Schlangen – des deutschen Wanderzirkus „Micky Maus" sind im Athener Vorort Peristeri verbrannt. Zirkusbesitzer Jürgen Prink erklärte, das Feuer sei durch einen explodierenden Gasofen verursacht worden.

Haschisch-Fang

AP, London

Auf einem Parkplatz südlich von London hat die britische Polizei eineinhalb Tonnen Haschisch beschlagnahmt, die aus einem holländischen Lkw in einen Lieferwagen verladen werden sollten. Bei anschließenden Razzien wurden 20 Verdächtige festgenommen.

LEUTE HEUTE

Auftritt im Ring

Klassische Musik im Madison Square Garden. Diese ungewöhnliche Premiere wird New Yorks berühmteste Box-Arena am 16. August erleben, wenn der italienische Tenor **Luciano Pavarotti** sein Konzert mit



Arien und Liedern seiner Heimat gibt. Verstärker werden die Töne bis in den letzten Winkel dieser 19 968 Menschen fassenden Halle tragen.

Lauter Liebes

Der britische Popsänger **Elton John** ist von der australischen Stadt Sydney geehrt worden. Bei einem Empfang der Stadt wurde dem Sänger, der am 14. Februar in Sydney seiner deutschen Ehefrau **Renate** das Jawort gegeben hatte, ein goldener Stadtschlüssel und sein „Markenzeichen", ein Strohhut, überreicht. Oberbürgermeister **Doug Sutherland** rühmte Elton Johns „lange Liebesbeziehung" mit Australien. Der Geehrte revanchierte sich und erklärte den Australiern seine Liebe.

Glück im Spiel

Die New Yorkerin **Lula Aaron** (54) ist die Glückliche, die den bislang größten Lottogewinn einer Einzelperson in den Vereinigten Staaten einstreichen kann – rund 26 Millionen Mark (siehe WELT von gestern). Die Gewinnerin, deren Mann bislang zwei Jobs hatte, um die siebenköpfige Familie durchbringen zu können, erhält 21 Jahresraten von jeweils mehr als 476 000 Dollar. Erste Reaktion: Ihr Mann Robert könne nun eine seiner beiden Stellen aufgeben.

WETTER: Sonnig

Wetterlage: Das Hochdruckgebiet über Osteuropa verlagert sich langsam südostwärts, bestimmt aber zunächst noch mit trockener Festlandsluft das Wetter, von Südwesten her wird langsam feuchtere und mildere Luft herangeführt.



Vorhersage für Mittwoch:

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: Meist sonnig, nur im Südwesten zeitweise wolkig, jedoch auch dort durchweg niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen im Norden und Osten um 6 Grad, sonst um 10 Grad, im Südwesten bis 14 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Südwesten zunehmende Bewölkung und gelegentlich Regen, sonst nochmals heiter. Etwas ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	21°
Bonn	7°	Kopenh.	2°
Dresden	0°	Las Palmas	19°
Essen	6°	London	5°
Frankfurt	5°	Madrid	9°
Hamburg	2°	Mailand	8°
List/Sylt	1°	Mallorca	15°
München	3°	Moskau	–5°
Stuttgart	4°	Nizza	14°
Algier	14°	Oslo	–2°
Amsterdam	5°	Paris	6°
Athen	11°	Prag	2°
Barcelona	12°	Rom	11°
Brüssel	7°	Stockholm	–1°
Budapest	3°	Tel Aviv	20°
Bukarest	0°	Tunis	17°
Helsinki	–3°	Wien	2°
Istanbul	5°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 6.20 Uhr, Untergang: 18.39 Uhr, **Mondaufgang:** 0.20 Uhr, Untergang: 8.47 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Schweizer Nationalfonds sperrt deutschem Professor das Konto

Nach Freispruch von Fälschungsverdacht fehlt Illmensee nun das Geld für seine Arbeit

JOCHEN AUMILLER, München

Erst als nobelpreisverdächtiger Spitzenwissenschaftler gefeiert, dann von seinen Mitarbeitern als Datenfälscher an den Pranger gestellt, schließlich von einer internationalen Expertenkommission vom Verdacht des Wissenschaftsverbrechens, dessen man ihn verdächtigt hatte, freigesprochen: Karl Illmensee, Professor für Embryologie und Leiter der Labors für Zellteilung an der Universität Genf, hat für seine nachweisliche Schlamperei beim Abfassen von Versuchsprotokollen wahrlich genug Prügel bezogen. Aber die Geschichte ist längst nicht zu Ende. Die Absolution der internationalen Wissenschaftler-Kommission war offenbar nicht lupenrein genug.

Jedenfalls war der Freispruch für den Schweizer Nationalfonds Anlaß, Illmensee den Geldhahn zuzudrehen: Die Fränklis bleiben künftig aus. Genauer: Der noch nicht gezahlte Teil des Nationalfonds-Kredits für den Zeitraum von 1982 bis 1985 in der Höhe von 869 000 Franken wird gestrichen. Nationalfonds-Sprecher Richard Patthey erklärte: „Illmensees Forschung entspricht nicht den Anforderungen, die der Fonds an die Wissenschaftlichkeit stellt."

Das Urteil der Untersuchungskommission deutete Patthey so: Man habe zwar festgestellt, daß es keine zwingenden Beweise für die Illmensee vorgeworfene Fälschung von wissenschaftlichen Daten gebe, die Arbeit des Professors sei jedoch nicht auf wissenschaftliche Art zustande gekommen. Zudem seien gewisse Irrtümer nicht erklärbar.

Tatsächlich hat die Kommission empfohlen, die inkriminierten Experimente zu wiederholen. Es ging dabei um die Vervielfältigung von Krebszellkernen, die dann in Mäuseembryos eingepflanzt werden sollten, ein für die Krebsforschung aufschlußreicher Beitrag.

Dieser wurde damals von zwei seiner Kollegen an der Genfer Universität in Zweifel gezogen. Anfang letzten Jahres gab dann eine aus drei Professoren gebildete Kommission bekannt, Illmensee habe zugegeben, die Protokolle für die Experimente gefälscht zu haben. Illmensee selbst bestritt später diese Aussagen. Daraufhin war die internationale Kommission mit einer Untersuchung beauftragt worden.



Muß wohl gehen: Professor Karl Illmensee FOTO: AP

Die Schweizer Taktik ist offenkundig: Man will den skandalumwitterten Forscher finanziell aushungern, um ihn so loszuwerden. Ein Forscher ohne Etat muß wohl das Handtuch werfen. Titel und Stellung als Laborleiter allein nützen dann gar nichts mehr. Illmensee wird an seiner Genfer Universität vermutlich des Lebens nicht mehr froh. Denn über 100 Assistenten und Vertreter des universitären Mittelbaus forderten in einem offenen Brief seinen Rücktritt. Die Assistenten bestehen auf dem totalen Sieg.

Nun ist Illmensee keineswegs nur eine Schweizer Größe. Er genießt internationales Renommee und bezog viele Jahre lang auch Forschungsgelder vom Amerikanischen Nationalen Gesundheitsinstitut (NIH). Aber auch die Amerikaner haben, als die Vorwürfe gegen Illmensee ruchbar wurden, zunächst das Konto gesperrt.

Wie geht diese vertrackte Geschichte nun wohl weiter? Wird das Gutachten der Experten in den Wind geschlagen und Illmensee unter Schimpf und Schande von der Universität gejagt? Oder greift der Forscher jetzt zur Vorwärtsverteidigung und sucht sich in einem toleranteren Land einen Arbeitsplatz, an dem er beweisen kann, daß er kein Falschspieler ist? Wir werden es schon bald erleben.

Schweres Beben in Zentralasien

dpa, Moskau

Die Moskauer Erdbebenwarte hat gestern von einem schweren Erdbeben in der mittelasiatischen Sowjetrepublik Usbekistan berichtet. Es habe rund 150 Kilometer nordwestlich der 2500 Jahre alten Stadt Buchara die Stärke 7,2 auf der nach oben offenen Richterskala erreicht. Über mögliche Opfer wurde nichts bekannt.

Das Straßburger Physikalische Institut hatte ermittelt, daß am Montag kurz vor Mitternacht ein großes Gebiet an der sowjetisch-iranischen Grenze von einem schweren Erdbeben erschüttert worden ist. Die Meßgeräte hätten das Beben zwischen der in der usbekischen Kysyl-Kum-Wüste liegenden Stadt Gasli und dem rund 560 Kilometer entfernten iranischen Wallfahrtsort Meschéd geortet. Gasli liegt im Zentrum eines der größten Erdgasfelder der UdSSR. Die Wüstenstadt war 1976 von zwei schweren Beben in einen Trümmerhaufen verwandelt und nach der Katastrophe wieder neu aufgebaut worden.

Usbekistan wird seit Anfang dieses Jahres von einer anhaltenden Welle schwacher und mittlerer Erdbeben heimgesucht. Nach Angaben der Moskauer Erdbebenwarte wurden bisher rund 1500 dieser Beben registriert. Sie richteten im Fergana-Tal, der Stadt Pap und im Bezirk Namangan große Schäden an. Zerstört wurden Wohnhäuser, Krankenhäuser und Geschäfte. Tausende von Menschen wurden in Zelten untergebracht. Auch damals gab es keine Angaben über Tote oder Verletzte.

Bei der Darien-Rallye ist der Durchschnitt Trumpf

WOLFGANG WILL, New York

Eine ungewöhnliche Auto-Rallye, die im umgekehrten Uhrzeigersinn an den Grenzen der USA entlang führt, beginnt am 13. April in Darien (US-Bundesstaat Connecticut), in der Nähe von New York. Das Besondere an dieser Tour: Es darf weder gerast noch getrödelt werden. Die Strecke ist mit 14 080 Kilometer bis auf den Meter genau festgelegt, wie die Dauer der Fahrt mit 168 Stunden.

Sieger wird, wer der Durchschnittsgeschwindigkeit von 83,81 Kilometer pro Stunde am nächsten kommt. Das klingt nicht nach einem rasanten Rennen, ist andererseits aber auch nicht besonders langsam, bedenkt man, daß die generelle Höchstgeschwindigkeit in den Vereinigten Staaten bei 88 Kilometer pro Stunde liegt.

Tag und Nacht muß also versucht werden, diese errechnete Durchschnittsgeschwindigkeit zu halten, ob es regnet oder schneit, ob die Straßen frei sind oder verstopft. Wer rast, um Zeit wettzumachen, läuft Gefahr wegen Geschwindigkeitsübertretung von der überall lauernden Polizei geschnappt zu werden. Außerdem gibt es viele „Checkpoints" der Veranstalter, die Fahrweise und Fahrverhalten der Teilnehmer kontrollieren. Wer etwa vor dem 21. April auffallend lange vor dem Ziel „herumlungernd" ausgemacht wird, um Zeit abzubummeln und somit möglichst nahe an die vorgeschriebene Stundenzahl zu kommen, wird disqualifiziert.

Mehr als 60 Teams haben sich bisher angemeldet, darunter auffallend viele auf europäischen Wagen. VW und Mercedes, Saab und BMW beherrschen die Szenerie. Pro Wagen sind bis zu vier Insassen zugelassen – eine Crew, die 168 Stunden (eine Woche und vier Stunden) auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen ist. Fällt nur einer aus, wird die ganze Mannschaft gestrichen. Jeweils 70 Dollar kostet die Startgebühr für die ersten beiden Teilnehmer, 100 für die weiteren. Das Geld wird karitativen Zwecken zugeführt. Zu gewinnen gibt es nichts – von der Ehre abgesehen.

Die Route führt von Darien nordwärts nach Boston, dann entlang der kanadischen Grenze nach Seattle im äußersten Westen der USA. Von hier verläuft sie Tausende von Kilometer nach Süden bis San Diego, wo sie ostwärts Richtung Florida abbiegt, ehe sie via Miami und Jacksonville Darien erreicht. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Ich würde sofort in den Wahlkampf ziehen, falls Jimmy noch einmal kandidieren würde. Ich bin viel politischer eingestellt als er." Rosalynn Carter in ihren demnächst erscheinenden Memoiren.